

**GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN**  
**GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION**  
**GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT**  
**COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

D. 98 — 3119

[C - 98/33100]

**31. AUGUST 1998. — Dekret über den auftrag an die schulträger und das schulpersonal  
sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen bestimmungen für die regelschulen**

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

*KAPITEL I. — Allgemeine Bestimmungen und Definitionen*

**Artikel 1 - Anwendungsbereich**

Vorliegendes Dekret findet Anwendung auf das Regelgrundschul- und -sekundarschulwesen, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert und subventioniert wird, mit Ausnahme des ergänzenden berufsbildenden Unterrichts.

Die Artikel 23, 24, 32 und 57 bis 59 finden gleichzeitig Anwendung auf den von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten und subventionierten Sonderunterricht und Teilzeitsekundarunterricht.

**Art. 2 - Personenbezeichnungen**

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für beide Geschlechter.

**Art. 3 - Volljährigkeit**

Ab dem Tag, an dem ein Schüler volljährig wird, gelten die im vorliegenden Dekret festgelegten Rechte und Pflichten der Erziehungsberechtigten für den Schüler.

**Art. 4 - Definitionen**

Für die Anwendung des vorliegenden Dekretes versteht man unter

1. Rat: Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. Regierung: Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. Schule: Bildungs- und Erziehungseinrichtung, die unter der Leitung eines Schulleiters steht und in der Unterricht nach einem Studienprogramm erteilt wird, das von der Regierung festgelegt oder genehmigt wurde;
4. Schulträger: juristische oder natürliche Person, die für die Einrichtung, Organisation und Verwaltung einer oder mehrerer Schulen rechtlich die Verantwortung trägt und zum Unterhalt der Schule eigene Leistungen erbringt
5. Erziehungsberechtigte: Personen, die entweder die elterliche Gewalt ausüben oder die Aufsicht des schulpflichtigen Kindes in rechtlicher oder tatsächlicher Form wahrnehmen;
6. Hausunterricht: Unterricht, der schulpflichtigen Kindern erteilt wird und der von den Erziehungsberechtigten selbst organisiert und finanziert wird;
7. offizielles Unterrichtswesen: Unterrichtswesen, das von einer juristischen Person des öffentlichen Rechts organisiert wird;
8. freies Unterrichtswesen: Unterrichtswesen, das von einer natürlichen oder juristischen Person des privaten Rechts organisiert wird;
9. Studienprogramm: Wochenstundenraster und Lehrpläne einer Klasse in der Primarschule beziehungsweise in der Sekundarschule;
10. Wochenstundenraster: Auflistung der Unterrichtseinheiten eines Faches oder Fachbereiches während einer Unterrichtswoche;
11. Aktivitätenplan: Plan, der die pädagogischen Aktivitäten auflistet, die im Kindergarten dazu dienen, die Entwicklungsziele zu erreichen;
12. Lehrplan: Plan, der die Ziele, Inhalte, Schlüsselkompetenzen, Kompetenzen und Hinweise für die Gestaltung eines bestimmten Unterrichtsfaches oder Fachbereiches in der Primarschule beziehungsweise in der Sekundarschule enthält;
13. Fachbereich: Gruppierung von Fächern, die inhaltlich in Zusammenhang gebracht werden;
14. Entwicklungsziele: Ziele, die im Kindergarten auf dem Gebiet des Wissens, der Wahrnehmung, der Fähigkeiten und des Verhaltens angestrebt werden;
15. Kompetenzen: Fähigkeiten und Fertigkeiten auf dem Gebiet des Wissens, des Könnens und des Verhaltens; sie können sowohl fachbezogen als auch fachübergreifend sein;

*(Die Fußnoten zu diesem Text befinden sich auf der Seite 37702.)*

16. Schlüsselkompetenzen: fachbezogene Kompetenzen, die als Mindestanforderungen von jedem Schüler erreicht werden müssen;

17. Stufe: jahrgangsübergreifende Struktur innerhalb einer Schulebene;

18. Schulebene: die Einteilungen des Regelschulwesens in Kindergarten, Primarschule und Sekundarschule;

19. Klasse: bestimmte Schülergruppe, die gemeinsam unterrichtet wird. Diese Schülergruppe kann sowohl aus Schülern desselben Schuljahrgangs oder mehrerer Schuljahrgänge bestehen;

20. Religion: eine der Religionen, die in Artikel 8 des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung erwähnt werden

21. Kultusträger: eine vom Föderalstaat anerkannte Behörde einer Religion;

22. Konfessionelles Unterrichtswesen: das Unterrichtswesen, das auf einer der Religionen beruht, die in Artikel 8 des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung erwähnt werden und das im Einverständnis mit dem für die jeweilige Religion zuständigen Kultusträger, falls es ihn gibt, organisiert wird;

23. Schüler mit erhöhtem Förderbedarf: schulpflichtiger Schüler, der in Anwendung von Artikel 1 des Gesetzes vom 06. Juli 1970 über das Sonderschulwesen und den integrierten Unterricht als behinderter Schüler bezeichnet wird und der dem integrierten Unterricht folgen kann;

24. Inspektion: Person beziehungsweise Personen, die von der Regierung mit der Schulaufsicht und der pädagogischen beziehungsweise fachlichen Begleitung der Personalmitglieder der Schulen beauftragt werden;

25. Unterrichtsstunde: Einheit von 50 Minuten, während der Unterricht erteilt wird oder andere pädagogische Aktivitäten im Rahmen der schulischen Ausbildung stattfinden;

26. Ausbildungsträger: alle von der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannten Einrichtungen des öffentlichen oder privaten Rechts, die ein Ausbildungsziel haben;

27. Studiennachweise: die gesetzlich oder verordnungsrechtlich vorgeschriebenen Nachweise, die am Ende eines Studienjahres vergeben werden.

## KAPITEL II. — Auftrag der Gesellschaft an die Schulträger und das Personal der Regelschulen

### Abschnitt 1. — Gesellschaftsprojekt

#### Art. 5 - Allgemeines

Jede Schule, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird, hat in ihrer Bildungs- und Erziehungsarbeit einen Auftrag der Gesellschaft zu erfüllen. Zu diesem Auftrag gehört es, die allgemeinen Zielsetzungen, die in den Artikeln dieses Abschnitts angeführt werden, in allen Unterrichten und sonstigen pädagogischen Aktivitäten anzustreben.

Unbedingte Grundlage jeder Bildungs- und Erziehungsarbeit ist:

1. die Anerkennung und Einhaltung der Menschenrechte, wie sie

a) in der universellen Erklärung der Menschenrechte, die in der allgemeinen Versammlung der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 verkündet worden ist bzw.

b) in der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. Mai 1950 festgeschrieben sind;

2. der Schutz und die Veranschaulichung der Sprache sowie die Förderung von Kultur und Identität.

#### Art. 6 - Persönlichkeitsentwicklung

Die Schule fördert den Reifungsprozeß der Schüler, indem sie ihrer Persönlichkeit und ihrem Bedürfnis nach Selbstverwirklichung Rechnung trägt, ihr Selbstvertrauen stärkt und ihr eigenverantwortliches Handeln entwickelt. Hierbei beachtet die Schule alle Aspekte im kognitiven, sozio-affektiven, psychomotorischen und gesundheitlichen Bereich.

Die Schule berücksichtigt die soziale und kulturelle Herkunft der Schüler und fördert somit die Chancengleichheit.

Die Schule erzieht die Schüler zu der Erkenntnis, daß alle Mitmenschen den gleichen Anspruch auf Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung haben. Ihre Beziehungen untereinander sind nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Toleranz sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter zu gestalten.

Die Schüler sollen befähigt werden, bei der Gestaltung der zwischenmenschlichen Beziehungen in der Familie, in und außerhalb der Schule, im Beruf, in der Gesellschaft und im Staat Mitverantwortung und Aufgaben zu übernehmen.

#### Art. 7 - Achtung vor Mensch und Umwelt

Die Schule erzieht zur Achtung vor dem Mitmenschen und zu einem verantwortlichen Umgang mit der Umwelt und der Natur.

#### Art. 8 - Schüler in der Gesellschaft

Die Schule hat die Aufgabe, bei allen Schülern einen Sinn für das Gemeinwesen und demokratisches Grundverhalten zu entwickeln, indem sie ihr Interesse für gesellschaftliche, politische, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenhänge weckt. Sie bereitet die Schüler darauf vor, im gesellschaftlichen und beruflichen Leben eine aktive und kreative Rolle zu übernehmen.

Die Schule als Lebensraum schafft Möglichkeiten, die es der gesamten Schulgemeinschaft erlauben, in schulischen Fragen mitzuwirken, die sie betreffen.

#### Art. 9 - Vermittlung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten

Die Schule muß Wissen und Kenntnisse vermitteln, Fähigkeiten und Fertigkeiten entwickeln. Sie erzieht zur Aufgeschlossenheit für Kultur und Wissenschaft sowie zur Achtung religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen der Mitmenschen.

#### Art. 10 - Weltoffenheit

Die Schule erzieht zur Weltoffenheit, fördert den europäischen Gedanken und die Mehrsprachigkeit.

**Art. 11 - Entwicklungsziele**

Die Erziehung im Kindergarten verfolgt Entwicklungsziele und fördert hauptsächlich die psycho-motorischen, sozio-affektiven und kognitiven Fähigkeiten des Kindes.

Die Kindergärtner haben den Auftrag, diese Entwicklungsziele als Grundlage für ihre Bildungs- und Erziehungsarbeit zu betrachten, damit alle Vorschüler optimal auf die Primarschule vorbereitet werden.

**Art. 12 - Kompetenzen**

Das Bildungsziel aller Primar- und Sekundarschulen ist die Vermittlung von Kompetenzen.

Die Schule hat den Auftrag, allen Schülern zu ermöglichen, sich ein Maximum an Kompetenzen anzueignen und sie zum Erwerb der Schlüsselkompetenzen zu führen.

**Art. 13 - Fachübergreifende Kompetenzen**

Der Lernprozeß ist so zu gestalten, daß sich die Schüler am Aufbau des eigenen Wissens und bei der Aneignung von Kompetenzen aktiv beteiligen können.

Die Schüler sollten immer wieder erfahren, daß Wissen und Können Sinn machen und anwendbar sind.

Die Schule bemüht sich demnach, die Lernsituationen zu aktualisieren und sie in die Lebenswelt der Schüler einzubeziehen.

Zu den fachübergreifenden Kompetenzen gehört der Erwerb geeigneter Lern- und Arbeitsmethoden. In der schulischen Bildung und Ausbildung sind das Lernen des Lernens und die Förderung der Leistungsbereitschaft wichtige Voraussetzungen, die zum lebenslangen Lernen befähigen.

Hierbei berücksichtigen die Schulen auch den Umgang mit den Informations- und Kommunikationstechnologien in einer Form, die dem Alter der Schüler angemessen ist.

**Art. 14 - Gleichwertigkeit der Ausbildungswege**

Die Studienrichtungen und Ausbildungsformen sind unterschiedliche, aber gleichwertige Wege, um die Zielsetzungen des vorliegenden Dekretes zu verwirklichen.

Sie sind ausnahmslos sowohl Jungen als auch Mädchen zugänglich.

Um diesen Gesellschaftsauftrag zu erfüllen, arbeiten die Regelschulen mit den anderen Ausbildungsträgern jedes Mal dann zusammen, wenn es sich als sinnvoll erweist.

**Art. 15 - Ausbildungs- und Berufsberatung**

Die Schulen sind verpflichtet, in Zusammenarbeit mit den Psycho-medizinisch-sozialen Zentren beziehungsweise anderen spezialisierten Einrichtungen die Schüler und ihre Erziehungsberechtigten über Studien-, Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten zu informieren und zu beraten.

**Abschnitt 2. — Spezifischer Auftrag an die Schulträger****Art. 16 - Erziehungsprojekt**

Jeder Schulträger erstellt ein eigenes Erziehungsprojekt für seine Schulen.

Das Erziehungsprojekt muß mit dem Gesellschaftsprojekt vereinbar sein.

**Art. 17 - Aktivitätenplan, Studienprogramm und Lehrplan**

§ 1 - Jeder Schulträger erstellt oder übernimmt für seine Kindergärten einen Aktivitätenplan.

Für seine Primar- und Sekundarschulen erstellt oder übernimmt er Studienprogramme oder Lehrpläne pro Fach beziehungsweise Fachbereich und pro Stufe.

Die Aktivitätenpläne und die Lehrpläne enthalten erkennbar die Entwicklungsziele beziehungsweise die Schlüsselkompetenzen, mit Ausnahme der Lehrpläne für die Fächer Religion und nichtkonfessionelle Sittenlehre

Darüber hinausgehende Kompetenzen werden ebenfalls als Ziele in die entsprechenden Lehrpläne aufgenommen.

§ 2 - Der Aktivitätenplan, die Studienprogramme und die Lehrpläne, die von einem subventionierten Schulträger erstellt werden, werden der Regierung zur Genehmigung vorgelegt.

Die Regierung überprüft, ob sie die in § 1 Absatz 3 angeführten Bedingungen erfüllen.

Falls die Regierung Aktivitätenpläne, Studienprogramme oder Lehrpläne eines subventionierten Schulträgers nicht genehmigt, werden sie vom Schulträger angepaßt und der Regierung erneut zur Genehmigung vorgelegt. Zwischenzeitlich wendet der Schulträger für die betroffenen Schulen die in den Gemeinschaftsschulen angewandten oder die von der Regierung bereits genehmigten Studienprogramme, Aktivitätenpläne oder Lehrpläne an.

**Art. 18 - Lehrpläne für den Religionsunterricht**

In Abweichung von Artikel 17 legen die Kultusträger, die für den Religionsunterricht zuständig sind, der Regierung die Lehrpläne zur Kenntnisnahme vor.

**Art. 19 - Pädagogische Freiheit des Schulträgers und Verbot politischer Tätigkeit**

§ 1 - Jeder Schulträger entscheidet frei, auf Vorschlag des in Kapitel V Abschnitt 2 vorgesehenen Pädagogischen Rates, über die didaktischen Grundlagen und pädagogischen Methoden in seinen Schulen.

§ 2 - Jegliche politische Tätigkeit und Propaganda sowie jegliche Tätigkeit mit Gewinnerzielungsabsicht sind in den Schulen untersagt, die von der Gemeinschaft organisiert oder subventioniert werden.

Unlauterer Wettbewerb zwischen den Schulen ist verboten.

**Abschnitt 3. — Spezifischer Auftrag an die einzelnen Schulen****Art. 20 - Schulprojekt**

Der Pädagogische Rat erarbeitet im Auftrag des Schulträgers für die Schule(n) ein eigenes Schulprojekt.

Das Schulprojekt muß mindestens folgende Elemente umfassen:

1. eine Beschreibung des pädagogischen Gesamtkonzeptes einschließlich der pädagogischen Methoden, das in der betreffenden Schule beziehungsweise in der Schulgruppe angewandt wird;

2. die pädagogische Organisationsstruktur der Schule, insbesondere die Kriterien für die Einteilung der Schüler in Klassen beziehungsweise in Gruppen;

3. die Maßstäbe, gemäß denen die Entwicklung des Schülers beurteilt und seine Leistungen bewertet werden;
  4. die Form und den Zeitpunkt der Mitteilung dieser Bewertungen;
  5. gegebenenfalls eine Beschreibung der Maßnahmen, die für Schüler mit erhöhtem Förderbedarf getroffen werden, einschließlich der Formen der Zusammenarbeit mit Sonderschulen oder anderen, durch die Regierung oder durch die Dienststelle für Personen mit einer Behinderung anerkannten Diensten;
  6. eine Information über die Möglichkeiten, die Schülern beziehungsweise ihren Erziehungsberechtigten gegeben werden, um Entscheidungen zu beanstanden, die sie betreffen;
  7. gegebenenfalls die mit der Schülerversammlung vereinbarte Form ihrer Mitwirkung am Leben der Schule;
  8. die mit der Elternvertretung vereinbarte Form ihrer Mitwirkung am Leben der Schule.
- Das Schulprojekt wird der Inspektion auf Anfrage bei ihrem Schulbesuch zur Kenntnisnahme vorgelegt.

### KAPITEL III. — *Struktur des Regelschulwesens*

#### *Abschnitt 1. — Die Grundschule*

##### **Art. 21 - Struktur**

§ 1 - Die Grundschule besteht aus dem Kindergarten und der Primarschule.

§ 2 - Der Kindergarten richtet sich an Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind.

Die Primarschule richtet sich an schulpflichtige Kinder und umfaßt höchstens drei Stufen von mindestens zwei Studienjahren.

In Abweichung zu den Absätzen 1 und 2 kann zum einen ein schulpflichtiges Kind während des ersten Jahres der Schulpflicht den Kindergarten besuchen und zum anderen ein nichtschulpflichtiges Kind die Primarschule ab dem Schuljahr besuchen, das in dem Kalenderjahr beginnt, in dem das Kind das Alter von fünf Jahren erreicht.

In beiden Fällen treffen die Erziehungsberechtigten eine entsprechende Entscheidung nach Kenntnisnahme eines begründeten Gutachtens des Klassenrates und des zuständigen Psycho-medizinisch-sozialen Zentrums.

Bei einem Kind, das noch keinen Kindergarten besucht hat, ist lediglich das Gutachten eines Psycho-medizinisch-sozialen Zentrums erforderlich.

§ 3 - Am Ende der letzten Stufe entscheidet der Klassenrat über die Vergabe des Abschlußzeugnisses der Grundschule.

§ 4 - Der Klassenrat kann beschließen, daß der Schüler während seiner Primarschulzeit einmal ein zusätzliches Jahr in einer Stufe verbleibt.

Die Erziehungsberechtigten können auf Vorschlag des Klassenrates und auf der Grundlage eines Gutachtens des Psycho-medizinisch-sozialen Zentrums beschließen, daß ihr Kind ein achttes Jahr in der Primarschule verbleibt.

§ 5 - Die Erziehungsberechtigten können auf der Grundlage eines positiven Gutachtens des Klassenrates beschließen, das ihr Kind die Primarschulzeit um ein Jahr verkürzt.

#### *Abschnitt 2. — Die Sekundarschule*

##### **Art. 22 - Struktur**

§ 1 - Die Sekundarschule richtet sich an Schüler, die Inhaber des Abschlußzeugnisses der Grundschule sind oder bis zum 31. Dezember des laufenden Schuljahres das Alter von zwölf Jahren erreichen. Sie umfaßt drei Stufen von jeweils zwei Studienjahren.

§ 2 - In der zweiten und dritten Stufe unterscheidet man zwischen Studienrichtungen des Übergangsunterrichts und Studienrichtungen des Befähigungsunterrichts.

§ 3 - Es gibt drei Unterrichtsformen:

1. den allgemeinbildenden Unterricht,
2. den technischen Unterricht,
3. den berufsbildenden Unterricht.

Im berufsbildenden Unterricht kann die dritte Stufe drei Studienjahre umfassen.

Die zweite und dritte Stufe des allgemeinbildenden und technischen Übergangsunterrichtes bereiten hauptsächlich auf ein Hochschul- beziehungsweise Universitätsstudium vor, ermöglichen aber auch den direkten Einstieg ins Berufsleben.

Die zweite und dritte Stufe des technischen und berufsbildenden Befähigungsunterrichtes bereiten hauptsächlich auf einen direkten Einstieg ins Berufsleben vor, ermöglichen aber auch ein weiterführendes Studium.

§ 4 - Die Regierung schlägt dem Rat vor, welche außerschulisch erworbenen Ausbildungsabschlüsse bei den Zulassungsbedingungen für den Befähigungsunterricht berücksichtigt werden können. Die Regierung koordiniert zwischen den Schulen und den anderen Ausbildungsträgern die berufliche Erstausbildung. Sie legt gegebenenfalls fest, wie verschiedene Ausbildungswege miteinander verknüpft werden. »

### KAPITEL IV. — *Der Schüler im Regelschulwesen*

#### *Abschnitt 1. — Freie Schulwahl und Zulassung*

##### **Art. 23 - Hausunterricht**

Die Erziehungsberechtigten entscheiden sich für den Unterricht ihrer Kinder in einer Schule oder für den Hausunterricht.

##### **Art. 24 - Freie Schulwahl**

Die Erziehungsberechtigten, die sich für einen Unterricht ihrer Kinder in einer Schule entscheiden, bzw. die Schüler haben grundsätzlich die freie Wahl zwischen dem von der Gemeinschaft organisierten, dem offiziellen, von der Gemeinschaft subventionierten, dem freien konfessionellen, dem freien nichtkonfessionellen und dem pluralistischen Unterrichtswesen.

Aus pädagogischen und/oder finanziellen Überlegungen kann es jedoch auf den verschiedenen Unterrichtsebenen und für verschiedene geographische Räume in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Absprachen zwischen mehreren Unterrichtsnetzen oder Trägerschaften in gemeinsamer Verantwortung von mehreren Unterrichtsnetzen bezüglich Koordinierung oder gegenseitiger Ergänzung der Unterrichtsangebote geben.

Die Erziehungsberechtigten haben einen Anspruch auf anteilige Kostenerstattung der Schülerbeförderung zur nächstgelegenen Schule ihrer freien Wahl, falls die Distanz zwischen dem Wohnsitz des Schülers und der betreffenden Schule nicht unter der Mindestentfernung liegt, die von der Regierung festgelegt wird.

**Art. 25 - Einschreibepflicht der Gemeinschaftsschulen**

Gemeinschaftsschulen sind verpflichtet, jeden Schüler einzuschreiben,

1. der seinen Wohnsitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat;
2. der die Zulassungsbedingungen erfüllt, die für die betreffende Schulebene gelten.

**Art. 26 - Einschreibepflicht der Gemeindeschulen**

Subventionierte Schulen in kommunaler Trägerschaft sind verpflichtet, jeden Schüler einzuschreiben,

1. der seinen Wohnsitz auf dem Gebiet dieser Gemeinde oder in einer Nachbargemeinde hat, wobei in letzterem Fall die Schule, in der er sich einschreiben möchte, die nächstgelegene ist;
2. der die Zulassungsbedingungen erfüllt, die für die betreffende Schulebene gelten.

**Art. 27 - Einschreibepflicht der freien subventionierten Schulen**

Der Schulträger einer freien subventionierten Schule ist verpflichtet, jeden Schüler einzuschreiben,

1. der seinen Wohnsitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat;
2. der die Zulassungsbedingungen erfüllt, die für die betreffende Schulebene gelten;
3. wenn der Schüler beziehungsweise sein Erziehungsberechtigter mit dem Erziehungsprojekt einverstanden ist.

Im Falle einer Ablehnung der Einschreibung ist dem Erziehungsberechtigten die Begründung durch einen eingeschriebenen Brief mitzuteilen.

**Art. 28 - Kontrolle der Einschreibung**

Die Regierung regelt die Überprüfung der Einschreibungen und des regelmäßigen Schulbesuchs der Schulpflichtigen. Sie bestimmt, in welchem Maße Abwesenheiten annehmbar sind.

Der Schulleiter ist verpflichtet, den Kontrolldiensten bei der Überprüfung der Einschreibung und des regelmäßigen Schulbesuchs behilflich zu sein.

*Abschnitt 2. — Einschreibung von Schülern mit erhöhtem Förderbedarf*

**Art. 29 - Prinzip**

Auf Antrag des Erziehungsberechtigten, mit dem Einverständnis des Schulleiters der Regelschule und nach Anhörung des Pädagogischen Rates dieser Schule kann ein Schüler mit erhöhtem Förderbedarf, der in einer Sonderschule eingeschrieben ist, die Regelschule besuchen, wenn ein gemäß Artikel 30 erarbeitetes Förderprojekt vorliegt.

**Art. 30 - Förderprojekt**

Die Regelschule muß in Absprache mit den Erziehungsberechtigten, mit der betreffenden Sonderschule und in Zusammenarbeit mit den zuständigen Psycho-medizinisch-sozialen Zentren oder den weiteren in Artikel 5 des Gesetzes vom 6. Juli 1970 über das Sonderschulwesen und das integrierte Schulwesen erwähnten Einrichtungen ein Förderprojekt entwickeln, das auf diesen Schüler abgestimmt ist. Dieses Förderprojekt legt in bezug auf die Kompetenzen genaue Zielsetzungen fest; es wird jährlich überprüft und gegebenenfalls angepaßt. Einrichtungen, die durch die Regierung oder die Dienststelle für Personen mit Behinderung anerkannt sind, können an der Entwicklung des individuellen Förderprojektes beteiligt werden.

Aus diesem Projekt muß hervorgehen, welche Mittel die Regelschule und die Sonderschule hierfür bereitstellen.

**Art. 31 - Informationspflicht**

Die Schulleiter sowohl der Regel- als auch der Sonderschule sind verpflichtet, das Ministerium über die Integration eines Schülers mit erhöhtem Förderbedarf zu informieren.

*Abschnitt 3. — Unentgeltlicher Zugang zum Unterricht*

**Art. 32 - Unentgeltlicher Zugang zum Unterricht**

§ 1 - Der Zugang zum Vorschul-, Primar- und Sekundarunterricht einer Unterrichtseinrichtung, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird, ist unentgeltlich.

§ 2 - Der Rat legt auf Vorschlag der Regierung eine Liste der Dienstleistungen und Lernmittel fest, für die die Schule von den Erziehungsberechtigten eine Entschädigung verlangen kann. Für diese Dienstleistungen und Lernmittel darf lediglich der Selbstkostenpreis verlangt werden.

§ 3 - In Abweichung von § 1 wird eine Einschreibegebühr für einen Vorschüler erhoben, wenn gleichzeitig

1. keiner der Erziehungsberechtigten des Schülers die belgische Staatsbürgerschaft besitzt;
2. der Wohnsitz des Schülers sich nicht in Belgien befindet;
3. in dem Staat, in dem der Schüler seinen Wohnsitz hat, eine gleichartige Gebühr erhoben wird.

Die Regierung legt die Höhe der Einschreibegebühr sowie die Modalitäten der Entrichtung fest. Die Gebühr darf in keinem Fall 50.000 Franken übersteigen.

*Abschnitt 4. — Allgemeine Richtlinien hinsichtlich der Einschreibung***Art. 33** - Informationen anlässlich der Einschreibung

Anlässlich der ersten Einschreibung eines Kindes in eine Schule informiert der Schulleiter die Erziehungsberechtigten in schriftlicher Form über

1. die juristische Form und die Zusammensetzung des Schulträgers,
2. das Erziehungsprojekt sowie das Schulprojekt,
3. die Schulordnung und die konkrete Organisation des Wochenstundenplanes und des Schultages,
4. die Schülerbeförderung,
5. die Kontakte mit den Erziehungsberechtigten,
6. die Identität und die Aufgaben des zuständigen Psycho-medizinisch-sozialen Zentrums beziehungsweise des zuständigen Gesundheitszentrums,
7. die interne und externe Schul- und Berufsberatung,
8. gegebenenfalls die Maßnahmen, die für Schüler mit erhöhtem Förderbedarf getroffen werden, einschließlich den Formen der Zusammenarbeit mit Sonderschulen.

*Abschnitt 5. — Wahl zwischen einem Religionsunterricht und einem Unterricht in nichtkonfessioneller Sittenlehre***Art. 34** - Entscheidung über den Unterricht in Religion oder nicht konfessioneller Sittenlehre

Die Erziehungsberechtigten entscheiden bei der Einschreibung ihres Kindes in eine Schule des offiziellen Unterrichtswesens, ob das Kind einem Religionsunterricht oder einem Unterricht in nichtkonfessioneller Sittenlehre folgt. Dazu bedarf es einer schriftlichen Erklärung des Erziehungsberechtigten.

Diese Wahl kann bis zum letzten Schultag des Monats September eines jeden Schuljahres einmal geändert werden.

*Abschnitt 6. — Rechte und Pflichten des Schülers und der Erziehungsberechtigten***Art. 35** - Allgemeines

Der Schüler hat das Recht und die Pflicht,

1. am Unterricht und den schulischen Veranstaltungen und Aktivitäten teilzunehmen;
2. an seinem eigenen Bildungsweg mitzuarbeiten.

**Art. 36** - Rechte des Schülers

Der Schüler hat das Recht,

1. über alle Angelegenheiten, die ihn betreffen, informiert zu werden;
2. über seinen Leistungsstand unterrichtet zu werden;
3. in Fragen der Schullaufbahn beraten zu werden;
4. Entscheidungen, die ihn betreffen, zu beanstanden;
5. angehört zu werden, bevor Disziplinarmaßnahmen angewandt werden;
6. seine Meinung frei zu äußern, und zwar im Respekt der physischen und moralischen Integrität seiner Mitschüler sowie aller Personalmitglieder.

**Art. 37** - Pflichten des Schülers

Der Schüler hat die Pflicht, daran mitzuwirken, daß die Aufgaben der Schule erfüllt werden und das Bildungsziel erreicht wird; er ist insbesondere verpflichtet,

1. die im Rahmen des Unterrichts oder im Interesse eines geordneten Schullebens notwendigen Anordnungen der Personalmitglieder der Schule zu befolgen und die Schulordnung zu respektieren;
2. alles zu unterlassen, was eine geordnete Unterrichts- und Erziehungsarbeit beeinträchtigt;
3. die schulischen Anlagen und Ausrüstungen pfleglich zu behandeln.

*Abschnitt 7. — Einspruchsstruktur für den Schüler beziehungsweise seinen Erziehungsberechtigten im Falle einer Nichtversetzung, einer Nichtvergabe eines Studiennachweises oder eines Schulverweises***Art. 38** - Schaffung, Zusammenstellung und Mandat

§ 1 - Die Regierung setzt eine Einspruchskammer ein, die sich mit Beschwerden gegen folgende Entscheidungen befaßt:

1. Schulverweis,
2. Versetzung,
3. Vergabe eines Studiennachweises.

§ 2 - Die Einspruchskammer setzt sich zusammen aus:

1. zwei Mitgliedern der Inspektion,
2. zwei Beamten des Ministeriums,
3. einer vom Schulträger bezeichneten Person, die nicht dem Personal der betreffenden Schule angehört.

Die in Absatz 1 Nummer 1 und 2 erwähnten Mitglieder werden für eine Dauer von vier Jahren bezeichnet. Das in Absatz 1 § 2 Nummer 3 erwähnte Mitglied wird lediglich für das jeweilige Verfahren bezeichnet.

§ 3 - Die Einspruchskammer trifft ihre Entscheidungen mehrheitlich. Stimmenthaltungen sind nicht zulässig. Bei Stimmgleichheit gilt der Einspruch als abgelehnt

§ 4 - Die Mitglieder haben Anrecht auf Fahrtkosten- und Aufenthaltsentschädigungen entsprechend den Modalitäten, wie sie für Beamte der Stufe 10 gelten.

**Art. 39 - Verfahrensweise**

§ 1 - Der Schüler oder sein Erziehungsberechtigter, der eine Entscheidung des Klassenrates über die Versetzung oder Vergabe eines Studiennachweises beanstanden möchte, wendet sich innerhalb von zwei Arbeitstagen nach Mitteilung der Entscheidung an den Schulleiter. Der Schulleiter bestätigt die Entscheidung des Klassenrates oder legt aus formalen oder inhaltlichen Gründen diesen Fall erneut dem Klassenrat zur Entscheidung vor. Die Bestätigung oder die erneute Entscheidung erfolgt innerhalb von drei Arbeitstagen.

Ist der Schüler oder sein Erziehungsberechtigter mit der Bestätigung durch den Schulleiter oder mit der erneuten Entscheidung des Klassenrates nicht einverstanden, hat er das Recht, die Einspruchskammer mit der Angelegenheit zu befassen.

Die Einspruchskammer wird ebenfalls angerufen, um Beschwerde gegen einen Schulverweis einzulegen.

§ 2 - Der Einspruch muß begründet sein und erfolgt schriftlich innerhalb von zehn Tagen nach Erhalt der Entscheidung. Es steht dem Beschwerdeführer frei, der Einspruchskammer Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die zum besseren Verständnis der Angelegenheit beitragen können. Die Unterlagen beinhalten keine Schriftstücke über Entscheidungen bezüglich anderer Schüler.

§ 3 - Der Einspruch wird per Einschreiben an das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Abteilung "Organisation des Unterrichtswesens" gerichtet, das die Einspruchskammer unverzüglich einberuft. Der Beschwerdeführer stellt dem Schulleiter gleichzeitig eine Kopie des Einspruchs zu. Der Schulleiter ist berechtigt, der Einspruchskammer ein begründetes Gutachten oder Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die zum besseren Verständnis der Angelegenheit beitragen können.

Die Einspruchskammer kann sämtliche zweckdienliche Unterlagen von der Schule anfordern. Sie kann Personen anhören und sich von Experten beraten lassen. Der Klassenrat ist berechtigt, angehört zu werden.

§ 4 - Die Einspruchskammer befindet darüber, ob die gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen bei der Entscheidungsfindung eingehalten worden sind. Sie kann Schulverweise annullieren. Sie kann Entscheidungen über die Versetzung oder die Vergabe eines Studiennachweises aufheben; der Klassenrat wird in diesem Falle erneut mit der Angelegenheit befaßt.

Gegen diese Entscheidung des Klassenrates kann kein erneuter Einspruch erhoben werden.

§ 5 - Die Regierung legt die weitere Verfahrensweise fest.

**Abschnitt 8. — Schulordnung****Art. 40 - Allgemeines**

§ 1 - Der Schulträger legt auf Vorschlag des jeweiligen Pädagogischen Rates für jede seiner Schulen eine Schulordnung fest.

Die Schulordnung enthält insbesondere Bestimmungen über

1. die Beziehungen zwischen den Personalmitgliedern der Schule und den Schülern beziehungsweise Erziehungsberechtigten,
2. das Einschreibungsverfahren,
3. die Grundsätze der Bewertung und die Vergabe der Abschluszeugnisse,
4. die Rechte und Pflichten des Schülers, insbesondere bezüglich der Pünktlichkeit und des regelmäßigen Schulbesuchs,
5. die Öffnungszeiten der Schule,
6. die Schülerarbeiten, Hausaufgaben und das Führen eines Schultagebuchs,
7. Einspruchsmöglichkeiten gegen eine Entscheidung des Klassenrates,
8. die Ordnungs- und Disziplinarmaßnahmen und das diesbezügliche Verfahren.

**Art. 41 - Informationspflicht**

Die Schulordnung wird den Erziehungsberechtigten und dem Sekundarschüler bei der Einschreibung sowie bei jeder Änderung zur Unterschrift vorgelegt.

**Abschnitt 9. — Disziplinarmaßnahmen****Art. 42 - Allgemeines**

§ 1 - Der vorübergehende Ausschluß vom Unterricht und der Schulverweis sind die einzigen Disziplinarmaßnahmen.

Sie werden nur in außergewöhnlichen Fällen verhängt und müssen in einem angemessenen Verhältnis zu den Beanstandungen stehen.

§ 2 - Disziplinarmaßnahmen werden vom Schulträger beziehungsweise seinem Bevollmächtigten ausgesprochen.

**Art. 43 - Vorübergehender Ausschluß**

Bei einem vorübergehenden Ausschluß ist der Schüler von allen Unterrichtsstunden und anderen Schulveranstaltungen seiner Klasse ausgeschlossen. Seine Anwesenheit in der Schule ist verpflichtend, es sei denn, es wird schriftlich eine andere Vereinbarung mit den Erziehungsberechtigten getroffen.

Ein Schüler kann im Laufe eines Schuljahres während höchstens 10 Schultagen vorübergehend von allen Unterrichtsstunden ausgeschlossen werden.

**Art. 44 - Schulverweis**

Ein Schulverweis wird erst zum Zeitpunkt der Einschreibung in eine andere Schule wirksam, jedoch spätestens 15 Kalendertage nach Erhalt des in Artikel 45 Nummer 4 angeführten Einschreibebriefs.

Bis zu diesem Zeitpunkt gilt der betroffene Schüler als vorübergehend ausgeschlossen. Die Schule sorgt für eine Begleitung des Schülers.

**Art. 45 - Verfahren beim vorübergehenden Ausschluß und beim Schulverweis**

Bei einem vorübergehenden Ausschluß von drei Schultagen oder weniger muß der Schüler angehört werden.

Ein vorübergehender Ausschluß von mehr als drei Schultagen oder ein Schulverweis kann nur anhand eines Verfahrens vorgenommen werden, das folgende Grundsätze beachtet:

1. ein vorhergehendes Gutachten des Klassenrates muß eingeholt werden;
2. die Erziehungsberechtigten haben Einsicht in die Disziplinarakte;
3. der Schüler wird in Anwesenheit seiner Erziehungsberechtigten sowie gegebenenfalls seines Rechtsbeistandes angehört;
4. die getroffene Entscheidung wird schriftlich begründet und den Erziehungsberechtigten anhand eines Einschreibebriefs zugestellt.

**KAPITEL V. — Mitwirkung in Regelschulen****Abschnitt 1. — Allgemeine Bestimmungen****Art. 46 - Ziel**

Ziel der Mitwirkung ist es, die Eigenverantwortung und das Zusammenwirken aller Beteiligten in der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule zu fördern.

**Art. 47 - Rechte und Pflichten**

Aus diesem Zusammenwirken ergeben sich für alle Beteiligten Rechte und Pflichten. Dies erfordert eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aller.

**Abschnitt 2. — Der Pädagogische Rat****Art. 48 - Allgemeines**

Der Schulträger setzt an jeder Schule einen Pädagogischen Rat ein.

In Abweichung von Absatz 1 steht es dem Schulträger frei, einen Pädagogischen Rat für mehrere Schulen oder mehrere Pädagogische Räte für eine Schule einzusetzen.

Der Pädagogische Rat hat ein Informations- und Beratungsrecht in allen pädagogischen Fragen und in allen Angelegenheiten, die die Organisation der Schule betreffen.

**Art. 49 - Zusammensetzung und Arbeitsweise**

Der Pädagogische Rat besteht aus dem Schulleiter oder den Schulleitern, dem Vertreter des Schulträgers sowie aus mindestens 5 Mitgliedern des Lehr- und Erziehungspersonals.

In einer Schule oder Niederlassung mit weniger als 5 Mitgliedern des Lehr- und Erziehungspersonals besteht in Abweichung von Absatz 1 der Pädagogische Rat aus allen Mitgliedern des Lehr- und Erziehungspersonals.

Alle Mitglieder des Pädagogischen Rates haben Stimmrecht. Der Schulleiter oder einer der Schulleiter ist Vorsitzender des Pädagogischen Rates.

Der Pädagogische Rat kann andere Personen mit beratender Stimme zu seinen Sitzungen einladen.

Alle Mitglieder des Pädagogischen Rates außer dem Schulleiter und dem Vertreter des Schulträgers werden während des Monats September für die Dauer von 3 Jahren in geheimer Wahl bestimmt.

Wahlberechtigt und wählbar sind alle Mitglieder des Lehr- und Erziehungspersonals, einschließlich der zeitweiligen Personalmitglieder, die bis zum Ende des Schuljahres bezeichnet worden sind.

**Art. 50 - Beschlußfähigkeit**

Der Pädagogische Rat ist beschlußfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist. Die Vorschläge des Pädagogischen Rates werden mehrheitlich gefaßt. Stimmenthaltungen werden nicht berücksichtigt. Der Pädagogische Rat versammelt sich mindestens viermal im Schuljahr.

**Art. 51 - Aufgaben**

Der Pädagogische Rat berät über die Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule und macht Vorschläge, insbesondere über die

1. Anschaffung des didaktischen Materials,
2. Gestaltung der Wochenstundenraster,
3. Ausarbeitung und Anpassung des Schulprojektes,
4. Ausarbeitung der Schulordnung,
5. Festlegung der Schulstrukturen,
6. Festlegung der Unterrichtsmethoden,
7. Maßnahmen für die Integration von Schülern mit erhöhtem Förderbedarf,
8. Begleitmaßnahmen für Schüler mit vorübergehenden Lernschwierigkeiten,
9. Organisation der formativen und normativen Bewertung der Schülerleistungen,
10. Planung und Gestaltung der pädagogischen Projektaktivitäten,
11. Jahresplanung für die Fort- und Weiterbildung des Personals,
12. Organisation der Arbeit der Klassenräte,
13. Organisation der internen Evaluierung der Schule.

**Art. 52 - Protokollführung**

Die Vorschläge des Pädagogischen Rates werden in einem Protokollbuch festgehalten, das dem Ministerium und der Inspektion zur Kenntnisnahme zur Verfügung steht.

**Art. 53 - Rolle des Schulleiters**

Der Schulleiter übernimmt die Vorschläge des Pädagogischen Rates. Übernimmt der Schulleiter die Vorschläge des Pädagogischen Rates nicht, weil personelle, materielle oder haushaltsmäßige Voraussetzungen ihn daran hindern, begründet er dem Pädagogischen Rat seine Entscheidung.

**Art. 54 - Rechte des Schulträgers**

Die Rechte des Schulträgers werden durch die Arbeit des Pädagogischen Rates nicht eingeschränkt.

*Abschnitt 3. — Schülervertretung und Elternvertretung***Art. 55 - Schülervertretung**

Die Schüler wirken durch gewählte Schülervertretungen am schulischen Leben mit.

Der Schulleiter ist verpflichtet, eine Schülervertretung ab der 2. Stufe des Sekundarunterrichts zu ermöglichen. Die Schülervertretungen haben ein Informations- und Beratungsrecht.

Das Schulprojekt einer jeden Schule enthält Bestimmungen über die Form der Mitwirkung der Schülervertretung. Diese Bestimmungen werden gemeinsam mit der Schülervertretung im Pädagogischen Rat erarbeitet und dem Schulträger zur Entscheidung vorgelegt.

**Art. 56 - Elternvertretungen**

Die Erziehungsberechtigten werden durch Elternvertretungen am Leben der Schule beteiligt.

Das Schulprojekt einer jeden Schule enthält Bestimmungen über die Form der Mitwirkung der Elternvertretung. Diese Bestimmungen werden gemeinsam mit der Elternvertretung im Pädagogischen Rat erarbeitet und dem Schulträger zur Entscheidung vorgelegt.

*KAPITEL VI. — Dauer eines Schuljahres sowie Urlaubs- und Ferienregelung***Art. 57 - Dauer des Schuljahres**

Die Regierung bestimmt die Dauer eines jeden Schuljahres. Die Schulen müssen zwischen 180 Tagen und 184 Tagen geöffnet sein.

**Art. 58 - Unterrichtsfreie Tage**

Die Regierung bestimmt den ersten und den letzten Unterrichtstag. Sie bestimmt die unterrichtsfreien Tage, regelt die Bestimmungen über zusätzliche oder außerplanmäßige freie Tage.

An folgenden Tagen findet kein Unterricht statt:

1. an allen Samstagen und Sonntagen,
2. am 1. November,
3. am 11. November,
4. am 15. November,
5. am 24., 25., und 26. Dezember,
6. am 1. Januar,
7. am Ostermontag,
8. am 1. Mai,
9. an Christi Himmelfahrt,
10. am Pfingstmontag.

**Art. 59 - Unterrichtstage**

Der Unterricht wird von montags bis freitags durchgeführt.

Im Grundschulwesen findet am Mittwochnachmittag kein Unterricht statt.

**Art. 60 - Wochenstundenplan in der Grundschule**

In der Grundschule umfaßt der Wochenstundenplan des Schülers 28 Unterrichtsstunden.

**Art. 61 - Wochenstundenplan in der Sekundarschule**

In der Sekundarschule umfaßt der Wochenstundenplan des Schülers mindestens 28 Unterrichtsstunden.

Die Regierung legt die Höchstzahl der Unterrichtsstunden für die einzelnen Studienrichtungen fest. Sie darf in keinem Fall über 36 Unterrichtsstunden pro Woche liegen.

**Art. 62 - Festlegung des Wochenstundenplans**

Nach Beratung im Pädagogischen Rat entscheidet der Schulleiter über die Organisation des Wochenstundenplanes.

**Art. 63 - Unterrichtsbefreiung**

Auf Antrag der Erziehungsberechtigten und nach Gutachten des Schulleiters kann die Regierung beschließen, daß ein Schüler in besonderen Fällen von der Pflicht entbunden werden kann, an allen Unterrichtsstunden teilzunehmen.

In Abweichung zu Absatz 1 entscheidet der Schulleiter, falls die Abwesenheit drei aufeinanderfolgende Schultage nicht überschreitet.

Eine generelle Befreiung vom Unterricht in Religion und nichtkonfessioneller Sittenlehre wird nicht gewährt.

**Art. 64 - Schultag**

Der Unterricht wird zwischen 8 Uhr und 17 Uhr organisiert. Abweichungen hiervon sind im Rahmen des Schulprojektes möglich.

Die Regierung kann wegen der Gestaltung der Schülerbeförderung einschränkende Maßnahmen festlegen.

**Art. 65 - Festlegung des Schultages**

Nach Beratung im Pädagogischen Rat entscheidet der Schulleiter über die Organisation des Schultages.

**Art. 66 - Mittagspause**

Die Mittagspause dauert mindestens 60 Minuten in der Grundschule und mindestens 50 Minuten in der Sekundarschule.

**Art. 67 - Abänderung des Wochenstundenplanes**

Der Wochenstundenplan kann aus pädagogischen Gründen im Laufe des Schuljahres verändert werden, wobei die vorgeschriebene Gesamtzahl der Stunden pro Fach am Ende der Stufe erreicht werden muß.

**KAPITEL VII. — Begleitung und Evaluierung der Schule****Abschnitt 1. — Interne Evaluierung****Art. 68 - Allgemeines**

Der Schulträger ist für die interne Evaluierung der Schule verantwortlich. Er beauftragt den Pädagogischen Rat mit der Organisation dieser Evaluierung.

Zweck dieser Evaluierung ist es,

1. zu überprüfen, inwiefern die Schulstrukturen, Methoden und Ergebnisse der schulischen Arbeit mit den Zielen des Schulprojektes übereinstimmen;
2. Vorschläge zur künftigen Entwicklung der Schule auszuarbeiten.

Die Evaluierung der Schule als Ganzes wird alle drei Jahre durchgeführt. Die Regierung überprüft, ob diese Evaluierung stattgefunden hat.

Es kann ebenfalls eine Evaluierung von pädagogischen Einzelthemen durchgeführt werden, die vom Schulträger oder vom Pädagogischen Rat festgelegt werden.

**Art. 69 - Einbeziehung der Eltern und Schüler**

Bei der internen Evaluierung werden die Standpunkte der Eltern- und Schülervertretungen eingeholt.

**Abschnitt 2. — Externe Evaluierung****Art. 70 - Allgemeines**

§ 1 - Die Regierung setzt eine Arbeitsgruppe ein, die sich mit der externen Evaluierung der Schulen und des Schulsystems befaßt.

Zweck dieser Evaluierung ist es,

1. zu überprüfen, ob und in welchem Maße die Schulen den Anforderungen des Gesellschaftsprojektes gerecht werden;
2. der Regierung, den Schulträgern und den Schulen Vorschläge zur Schulentwicklung zu unterbreiten;
3. zu überprüfen, ob die Schulen bei ihren Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen den Rahmen respektieren, der von der Regierung festgelegt worden ist.

§ 2 - Die Arbeitsgruppe erstellt einen Bericht, der dem Schulträger vorgelegt wird. Der Schulträger ist berechtigt, dem Bericht eine schriftliche Stellungnahme beizufügen. Der Bericht und die etwaige Stellungnahme werden der Regierung übermittelt.

**Art. 71 - Vertraulichkeit**

Die Arbeitsgruppe respektiert die Vertraulichkeit der Ergebnisse.

**Art. 72 - Periodizität**

Die externe Evaluierung findet in der Regel alle fünf Jahre statt. Sie kann auf Antrag des Schulträgers durchgeführt werden.

Die Zeitpunkte der externen Evaluierung des Schulsystems oder einzelner Aspekte werden von der Regierung festgelegt.

Ein Bericht über die externe Evaluierung des Schulsystems wird dem Rat vorgelegt.

**Art. 73 - Zusammensetzung**

§ 1 - Die Arbeitsgruppen, die mit der externen Evaluierung der Schulen und des Schulsystems betraut sind, setzen sich zusammen aus:

1. einem Vertreter des Ministeriums,
2. einem Vertreter der Inspektion,
3. einem Vertreter des betroffenen Schulträgers im Falle einer Evaluierung einer Schule,
4. zwei Vertretern aus Hochschulen und/oder Universitäten.

Als zusätzliches Mitglied kann die Arbeitsgruppe einen Vertreter aus dem kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Umfeld bezeichnen.

§ 2 - Die Mitglieder haben unter bestimmten Bedingungen, die von der Regierung festgelegt werden, Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtkostenentschädigungen.

**Abschnitt 3. — Schulbegleitung****Art. 74 - Schulbegleitung**

Die Regierung kann Fachkräfte damit beauftragen, die Schulen oder einzelne Personalmitglieder zu begleiten, um die Qualität ihrer Arbeit zu sichern. Diese Begleitung erfolgt auf Antrag des Schulträgers oder des Schulleiters im Gemeinschaftsunterrichtswesen.

KAPITEL VIII. — *Unterrichtsinhalte, Bewertung der Schülerleistungen und Abschlüsse**Abschnitt 1. — Unterrichtsinhalte***Art. 75** - Entwicklungsziele, Kompetenzen und Schlüsselkompetenzen

§ 1 - Der Kindergarten verfolgt Entwicklungsziele.

Die Primar- und die Sekundarschule leiten den Schüler an, sich fachbezogene und fachübergreifende Kompetenzen anzueignen.

§ 2 - Schlüsselkompetenzen sind die fachbezogenen Kompetenzen, die als Mindestanforderung von jedem Schüler erreicht werden müssen. Bei der Versetzung und der Vergabe der Stufen- und Abschluszeugnisse sind sie von ausschlaggebender Bedeutung.

§ 3 - Schlüsselkompetenzen werden für die gesamte Primarschule und für die Sekundarschule pro Fach beziehungsweise Fachbereich, Stufe und Unterrichtsform festgelegt, mit Ausnahme der Fächer Religion und nichtkonfessionelle Sittenlehre.

§ 4 - Der Rat legt die Entwicklungsziele und die Schlüsselkompetenzen auf Vorschlag der Regierung fest.

*Abschnitt 2. — Bewertung***Art. 76** - Allgemeines

Die Bewertung ist ein wesentlicher Bestandteil des Lehr- und Lernprozesses. Sie dient dazu, den Entwicklungs- und Leistungsstand eines jeden Schülers festzustellen.

**Art. 77** - Schriftliche Bewertung

Das Ergebnis der Bewertung wird in regelmäßigen Zeitabständen schriftlich festgehalten und kommentiert.

**Art. 78** - Zeugnis und Tagebuch

Das Zeugnis gibt in regelmäßigen Zeitabständen sowohl dem Schüler als auch den Erziehungsberechtigten Auskunft über die Bewertung pro Fach beziehungsweise Fachbereich.

Das Tagebuch des Schülers kann zusätzliche Auskünfte über den Leistungsstand des Schülers geben.

**Art. 79** - Formative Bewertung

Der Schüler wird während seiner gesamten Schulzeit in allen Unterrichten und sonstigen pädagogischen Aktivitäten formativ bewertet.

Die formative Bewertung wird kontinuierlich in allen Unterrichtsfächern, Fachbereichen und pädagogischen Projekten vorgenommen. Sie dient dazu, ständig Hinweise über die Entwicklung des Schülers auf seinem Weg zur Aneignung von Kompetenzen zu geben. Sie mißt diese Entwicklung nicht anhand von bestimmten Normen, sondern gibt grundlegende Auskünfte über seine individuelle Entwicklung.

**Art. 80** - Ziele der formativen Bewertung

§ 1 - Die formative Bewertung verfolgt erzieherische Ziele und betrifft die fachbezogenen und fachübergreifenden Kompetenzen.

§ 2 - Die formative Bewertung gibt dem Schüler wichtige Hinweise darüber, wie er sein Lern- und Arbeitsverhalten verbessern kann.

Sie gibt dem Lehrer die Gelegenheit, seine Unterrichtstätigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Sie gibt dem Klassenrat wichtige Hinweise für die Organisation von Begleitmaßnahmen für den Schüler. Außerdem gibt sie dem Klassenrat Informationen, wie ein Schüler wirkungsvoll begleitet und unterstützt werden kann.

**Art. 81** - Normative Bewertung

Die normative Bewertung dient dazu, dem Schüler, den Erziehungsberechtigten und dem Klassenrat Hinweise darauf zu geben, in welchem Maße der Schüler die anzustrebenden oder zu erwerbenden Kompetenzen erreicht hat. Dies erfolgt anhand von Normen, die für alle Schüler gleich sind und ihnen vorher mitgeteilt worden sind.

**Art. 82** - Festlegung der Fächer für die Versetzung und die Vergabe der Stufen- und Abschluszeugnisse

Bei der Entscheidung über die Vergabe des Abschluszeugnisses der Grundschule werden die Fächer Muttersprache, erste Fremdsprache und Mathematik berücksichtigt.

Bei der Entscheidung über die Versetzung und die Vergabe der Stufenzeugnisse und des Abschluszeugnisses der Sekundarschule werden die Fächer und Fachbereiche der Grundausbildung und der Studienrichtung des Schülers berücksichtigt.

Auf Vorschlag des Pädagogischen Rates entscheidet der Schulträger oder Schulleiter darüber, welche zusätzlichen Fächer oder Fachbereiche bei der Entscheidung über die Versetzung und die Vergabe der in den Absätzen 1 und 2 angeführten Stufen- und Abschluszeugnisse berücksichtigt werden.

**Art. 83** - Zeugnisse

Auf Vorschlag des Pädagogischen Rates legt der Schulleiter fest, wann die normative und formative Bewertung pro Fach oder Fachbereich in einem Zeugnis festgehalten wird. Innerhalb eines Schuljahres erfolgt sie mindestens zweimal. Das Zeugnis wird mit einem Kommentar versehen, der über den Fortschritt des Schülers Auskunft gibt.

*Abschnitt 3. — Klassenrat***Art. 84** - Aufgaben

Der Klassenrat

1. beobachtet, begleitet und berät die Schüler regelmäßig in ihrer schulischen und persönlichen Entwicklung;
2. stellt nach eingehender Beratung fest, inwieweit die Schlüsselkompetenzen erreicht wurden;
3. entscheidet über die Versetzung, die Orientierung und die Vergabe der in Abschnitt 4 angeführten Stufen- und Abschluszeugnisse.

**Art. 85** - Unterstützung und Orientierung des Schülers

Der Klassenrat achtet darauf, daß jeder Schüler seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen entsprechend die erforderliche Hilfe und Unterstützung erfährt.

Falls der Klassenrat nach Rücksprache mit dem Psycho-medizinisch-sozialen Zentrum der Ansicht ist, daß ein Schüler in der Regelschule nicht ausreichend gefördert werden kann und ein Sonderschulbesuch erforderlich ist, ist der Schulleiter verpflichtet, die Erziehungsberechtigten schriftlich darüber zu informieren und ihnen Orientierungshilfen anzubieten.

**Art. 86** - Zusammensetzung und Arbeitsweise

Der Schulleiter oder sein Vertreter, alle Mitglieder des Lehrpersonals sowie ein Vertreter des Erziehungspersonals einer Klasse sind stimmberechtigte Mitglieder des entsprechenden Klassenrates; ein Vertreter des Psycho-medizinisch-sozialen Zentrums kann als beratendes Mitglied an den Versammlungen des Klassenrats teilnehmen.

Der Vorsitz des Klassenrates wird vom Schulleiter oder seinem Vertreter geführt. Der Vorsitzende achtet darauf, daß die gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen eingehalten werden. Wird über die Vergabe der Stufen- und Abschlußzeugnisse beraten, ist die Anwesenheit des Schulleiters erforderlich; nur in Fällen höherer Gewalt kann er sich vertreten lassen.

Die Mitglieder des Klassenrates treffen ihre Entscheidungen im Konsens. Ist der Konsens nicht möglich, erfolgt eine Abstimmung, an der der Vorsitzende nicht teilnimmt. Es ist untersagt, sich der Stimme zu enthalten. Bei Stimmgleichheit entscheidet der Vorsitzende.

*Abschnitt 4. — Stufen- und Abschlußzeugnisse***Art. 87** - Allgemeines

Stufen- und Abschlußzeugnisse bestätigen offiziell, daß der Schüler die Schlüsselkompetenzen, die für die Primar-beziehungsweise Sekundarschule als Mindestanforderungen festgelegt worden sind, in ausreichendem Maße in jenen Fächern beherrscht, die für die Versetzung beziehungsweise für die Vergabe der Stufen- und Abschlußzeugnisse bezeichnet worden sind.

Die Beratung im Klassenrat über die Versetzung beziehungsweise über die Vergabe der Stufen- und Abschlußzeugnisse erfolgt auf der Grundlage der normativen und formativen Bewertung.

**Art. 88** - Abschlußzeugnis der Grundschule

Der Grundschulbesuch schließt mit dem Abschlußzeugnis der Grundschule ab.

**Art. 89** - Schulbesuchsbescheinigung

Ein Schüler, der am Ende seiner Grundschulzeit kein Abschlußzeugnis der Grundschule erhält, hat Anrecht auf eine schriftliche Erklärung des Schulleiters, in der die erreichten Kompetenzen und die Anzahl besuchter Schuljahre angeführt sind.

**Art. 90** - Schulexterner Prüfungsausschuß

Das Abschlußzeugnis der Grundschule kann schulextern erworben werden. Zu diesem Zwecke wird ein Prüfungsausschuß eingesetzt.

**Art. 91** - Stufenzeugnisse der Sekundarschule

Am Ende der beiden ersten Stufen des Sekundarunterrichtes wird ein Stufenzeugnis verliehen.

**Art. 92** - Abschlußzeugnis der Sekundarschule

Der Sekundarschulbesuch schließt mit dem Abschlußzeugnis der Sekundarschule ab.

**Art. 93** - Schulexterner Prüfungsausschuß

Es wird ein Prüfungsausschuß eingesetzt, vor dem das Stufenzeugnis der zweiten Stufe und das Abschlußzeugnis der Sekundarschule erworben werden können.

*KAPITEL IX. — Auftrag des Personals**Abschnitt 1. — Beschreibung des Auftrages***Art. 94** - Allgemeines

Die Aufträge der Personalmitglieder umfassen die Dienstleistungen, die notwendigerweise zur Ausübung des jeweiligen Amtes gehören, und weitere Aufgaben, die zur Verwirklichung des Schulprojektes dienen.

**Art. 95** - Festlegung

Der Schulträger oder der Schulleiter legt nach Rücksprache mit den betreffenden Personalmitgliedern schriftlich und in ausgewogener Weise die Aufträge fest, für deren Erfüllung sie ihre ganze berufliche Kompetenz einsetzen müssen.

**Art. 96** - Schulleiter

Der Auftrag des Schulleiters umfaßt vor allem folgende Aufgaben:

1. die pädagogische und organisatorische Führung der Schule im Auftrag des Schulträgers,
2. die Umsetzung des Gesellschaftsprojektes, des Erziehungsprojektes und des Schulprojektes,
3. die Führung und Begleitung des Personals der Schule,
4. die Vertretung der Schule nach außen,
5. die Gewährleistung, daß der Unterricht erteilt wird,
6. die Leitung der Klassenräte und anderer schulischer Konferenzen,
7. die Unterrichtsverteilung,
8. das Aufstellen der Wochenstundenpläne und der Jahrespläne,
9. die Aufnahme und Entlassung von Schülern, im Auftrag des Schulträgers,

10. die Organisation von Aufsichten und Vertretungen,
11. die Kontrolle über die Einhaltung der gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen und der Schulordnung,
12. die Zusammenarbeit mit den Personalmitgliedern, dem Pädagogischen Rat und den anderen Vertretungsorganen der Schule,
13. die Zusammenarbeit mit den Psycho-medizinisch-sozialen Zentren,
14. die Beratung der Schüler und ihrer Erziehungsberechtigten,
15. die Zusammenarbeit mit dem Schulträger,
16. die Organisation von Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen,
17. die persönliche ständige Fort- und Weiterbildung,
18. die Aufgaben, die dazu beitragen, das Schulprojekt zu verwirklichen.

**Art. 97 - Lehrpersonal**

Der Auftrag eines jeden Mitglieds des Lehrpersonals umfaßt vor allem folgende Aufgaben:

1. den Unterrichtsauftrag, das heißt die Planung, Vorbereitung und Durchführung der Unterrichtsstunden und der anderen pädagogischen Aktivitäten in Anwendung des Lehrplans,
2. den Erziehungsauftrag, das heißt die regelmäßige und persönliche Betreuung des Schülers und die Entwicklung seines Verantwortungsbewußtseins,
3. die regelmäßige Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen,
4. die Teilnahme an pädagogischen Konferenzen,
5. die Teilnahme an Personalversammlungen, Versammlungen des Klassenrates und Koordinationsversammlungen,
6. Aufsichten und Vertretungen,
7. die Organisation von Elternkontakten und die Teilnahme an Elternsprechstunden,
8. die Mitwirkung bei der internen und externen Evaluierung der Schule,
9. die Zusammenarbeit mit den Psycho-medizinisch-sozialen Zentren,
10. die Leitung einer Klasse und die Durchführung der damit verbundenen Verwaltungsaufgaben, wie das Verfassen von Berichten und Zeugnissen,
11. die Gestaltung eines Stoffverteilungsplanes,
12. die Führung eines Lehrertagebuches,
13. die Verbesserung von Schülerarbeiten und die regelmäßige Bewertung der Schüler,
14. die Aufgaben, die dazu beitragen, das Schulprojekt zu verwirklichen.

**Art. 98 - Erziehungspersonal**

Der Auftrag eines jeden Mitglieds des Erziehungspersonals umfaßt vor allem folgende Aufgaben:

1. den Erziehungsauftrag, das heißt die regelmäßige und persönliche Begleitung und Betreuung des Schülers und die Entwicklung seines Verantwortungsbewußtseins,
2. Aufsichten und Vertretungen,
3. die Realisierung von Verwaltungsaufgaben,
4. die regelmäßige Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen,
5. die Teilnahme an pädagogischen Konferenzen,
6. die Teilnahme an Personalversammlungen, Versammlungen des Klassenrates und Koordinationsversammlungen,
7. die Organisation von Elternkontakten und die Teilnahme an Elternsprechstunden,
8. die Mitwirkung bei der internen und externen Evaluierung der Schule und der eigenen Arbeit,
9. die Zusammenarbeit mit den Psycho-medizinisch-sozialen Zentren,
10. die Aufgaben, die dazu beitragen, das Schulprojekt zu verwirklichen.

**KAPITEL X. — Fort- und Weiterbildung des Personals**

**Art. 99 - Ziele**

§ 1 - Alle Personalmitglieder sind zu einer regelmäßigen Fort- und Weiterbildung verpflichtet.

§ 2 - Die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für das Lehr- und Erziehungspersonal sowie für den Schulleiter dienen dazu,

1. die persönliche und berufliche Entwicklung zu fördern;
2. die Qualität des Bildungsangebotes zu sichern;
3. die Kenntnis des sozialen und gesellschaftlichen Umfeldes der Schule zu entwickeln;
4. die fachlichen Kenntnisse zu aktualisieren und zu erweitern;
5. die pädagogischen Fähigkeiten und Fertigkeiten zu fördern;
6. neue Unterrichtsformen und -methoden und aktuelle Unterrichtsmaterialien kennenzulernen und gegebenenfalls einzuführen;
7. Fertigkeiten im Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen auszubauen.

**Art. 100** - Erstellen des Konzepts

Die Inspektion erstellt ein Konzept für die Fort- und Weiterbildung.

**Art. 101** - Organisation und Durchführung der Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen

Die Regierung beauftragt Fachkräfte mit folgenden Aufgaben:

1. Planung und Durchführung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Auftrag der Regierung,
2. Planung und Durchführung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auf Antrag einzelner Schulträger bzw. Schulen,
3. Erteilung von Informationen über Fort- und Weiterbildungsangebote anderer Anbieter aus dem In- und Ausland.

**Art. 102** - Erstellen des Fort- und Weiterbildungsplans

Der Pädagogische Rat erstellt im Einvernehmen mit dem Schulträger beziehungsweise seinem Vertreter für jedes Schuljahr einen eigenen Fort- und Weiterbildungsplan.

Mehrere Schulen können gemeinsam Fortbildungsmaßnahmen planen.

Der Schulträger kann die Personalmitglieder verpflichten, an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen.

**Art. 103** - Mittel

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel stellt die Regierung jedem Schulträger Mittel zur Verfügung, die es ihm ermöglichen, eigene Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen durchzuführen. Bei der Festlegung dieser Mittel werden der Schülerzahl, der Schulebene und der Unterrichtsform Rechnung getragen. Die Regierung legt hierfür die Ausführungsmodalitäten fest.

Mehrere Schulträger können sich für die Durchführung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zusammenschließen.

**KAPITEL XI. — Abänderungen des Dekrets vom 30. Juni 1997 zur Schaffung, Aufrechterhaltung und Schliessung von Grundschulen und zur Organisation des Grundschulwesens auf der Grundlage eines Stellenkapitals sowie des Gesetzes vom 30. Juli 1963 über die Regelung des Sprachgebrauchs im Unterrichtswesen**

**Art. 104** - Artikel 3 Nummer 12 des Dekretes vom 30. Juni 1997 zur Schaffung, Aufrechterhaltung und Schließung von Grundschulen und zur Organisation des Grundschulwesens auf der Grundlage eines Stellenkapitals wird aufgehoben.

**Art. 105** - Artikel 5 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Artikel 5 - Im Vorschulunterricht werden die Schüler berücksichtigt, die ihren Wohnsitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben und die bis zum letzten Schultag des Monats September an 10 Unterrichtstagen mindestens halbtags anwesend waren.

In Abweichung von Absatz 1 werden auch die Schüler berücksichtigt, die ihren Wohnsitz im Zuständigkeitsgebiet einer ausländischen Gebietskörperschaft haben, wenn sich diese Gebietskörperschaft mittels einer schriftlichen Vereinbarung anteilmäßig an den Personal- und Funktionskosten beteiligt, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft für diesen Kindergarten entstehen. »

**Art. 106** - In Artikel 7 desselben Dekretes wird die Wortfolge « keine 8 regulären Primarschüler » durch die Wortfolge « keine 12 regulären Primarschüler » ersetzt.

**Art. 107** - § 1 - In Artikel 9 desselben Dekretes wird die Wortfolge « von Artikel 10-12 » durch die Wortfolge « von Artikel 11 und 12 » ersetzt.

§ 2 - Artikel 10 desselben Dekretes wird aufgehoben.

**Art. 108** - In Artikel 11 § 1 desselben Dekretes wird die Wortfolge « Unbeschadet von Artikel 10 » durch die Wortfolge « Unbeschadet von Artikel 6 des Gesetzes vom 30. Juli 1963 über die Regelung des Sprachgebrauchs im Unterrichtswesen » ersetzt.

**Art. 109** - In Artikel 12 Absatz 2 desselben Dekretes wird die Wortfolge « in Artikel 10 und 11 » durch die Wortfolge « in Artikel 11 » ersetzt.

**Art. 110** - Artikel 19 desselben Dekretes wird durch folgenden Absatz ergänzt:

« Die in Artikel 29 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen angeführten Schüler mit erhöhtem Förderbedarf, die eine Regelprimarschule besuchen und wöchentlich während mindestens 14 Unterrichtsstunden dem Unterricht folgen, werden ebenfalls berücksichtigt. »

**Art. 111** - Artikel 21 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Artikel 21 - Eine Primarschulniederlassung, die mindestens 12 reguläre Schüler aufweist, erhält am 1. Oktober eine bestimmte Anzahl Vollzeitstellen, die wie folgt berechnet wird:

Anzahl Schüler	Anzahl Vollzeitstellen
12-15	1,25
16-20	1,5
21-25	2
26-30	2,25

für jede weitere angefangene Gruppe von 5 Schülern: eine zusätzliche Viertelstelle. »

**Art. 112** - Artikel 22 § 2 Absatz 3 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Die Anzahl Unterrichte wird auf der Grundlage der so ermittelten Schülerzahlen wie folgt festgelegt:

bis 23 Schüler:	1 Unterricht
von 24 bis 44 Schüler:	2 Unterrichte
von 45 bis 71 Schüler:	3 Unterrichte
von 72 bis 94 Schüler:	4 Unterrichte
von 95 bis 117 Schüler:	5 Unterrichte
von 118 bis 140 Schüler:	6 Unterrichte
von 141 bis 163 Schüler:	7 Unterrichte
von 164 bis 186 Schüler:	8 Unterrichte
von 187 bis 209 Schüler:	9 Unterrichte
von 210 bis 231 Schüler:	10 Unterrichte
von 232 bis 256 Schüler:	11 Unterrichte

für jede weitere angefangene Gruppe von 25 Schülern wird ein Unterricht hinzugefügt. »

**Art. 113** - In Artikel 22 § 3 desselben Dekretes wird die Wortfolge « weniger als 26 Schüler pro Stufe » durch die Wortfolge « weniger als 24 Schüler pro Stufe » ersetzt.

**Art. 114** - Artikel 26 desselben Dekretes wird durch folgenden Absatz ergänzt:

« In Abweichung von Absatz 1 Nummer 1 erhält eine Grundschule eine Viertelstelle, wenn sie mindestens 220 Schüler zählt und mindestens vier Niederlassungen hat. »

**Art. 115** - Im selben Dekret wird ein Artikel 26bis mit folgendem Wortlaut eingefügt: « Artikel 26bis. Eine von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierte und eine freie subventionierte Grundschule, die nicht in einer Niederlassung einer Sekundar- oder Hochschule desselben Schulträgers angesiedelt sind, erhalten für das Amt des Korrespondenten-Buchhalters entsprechend der Schülerzahl folgende Zahl von Stellen:

1. bis 49 Schüler:	eine Viertelstelle
2. von 50 bis 149 Schüler:	zwei Viertelstellen
3. von 150 bis 249 Schüler:	drei Viertelstellen
4. ab 250 Schülern:	eine Vollzeitstelle »

**Art. 116** - Im selben Dekret wird ein Artikel 26ter mit folgendem Wortlaut eingefügt:

« Artikel 26ter - Bei der Berechnung des in Artikel 25, 26 und 26bis angeführten Zusatzes zum Stellenkapital beziehungsweise angeführten Stellenkapitals für das Amt des Korrespondenten-Buchhalters werden die in Artikel 29 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen angeführten Schüler mit erhöhtem Förderbedarf, die eine Regelprimarschule besuchen und wöchentlich während mindestens 14 Unterrichtsstunden dem Unterricht folgen, ebenfalls berücksichtigt. »

**Art. 117** - Im selben Dekret wird ein Artikel 31bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

« Artikel 31bis - In Abweichung zu Artikel 15, 18 und 21 kann ein Schulträger bereits am ersten Tag des laufenden Schuljahres zusätzliche Viertelstellen aufgrund der Schülerzahlen an diesem Tag einrichten, wobei die Viertelstellen, die am 1. Oktober aufgrund der erfolgten Berechnung weniger zur Verfügung stehen, zu seinen Lasten gehen. »

**Art. 118** - Im selben Dekret werden in Artikel 38 die Nummern 3 und 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

« 3. der Königliche Erlaß vom 2. Dezember 1969 zur Festlegung der Normen für die Schaffung von Planstellen für Korrespondenten-Buchhalter und ausgewählte Korrespondenten-Buchhalter in den Staatsschulen, abgeändert durch den Königlichen Erlaß vom 15. April 1977, den Königlichen Erlaß Nummer 66 vom 20. Juli 1982 und den Königlichen Erlaß Nummer 211 vom 23. September 1983;

4. der Erlaß der Exekutive vom 12. Juni 1990 zur Festlegung der Normen für die Schaffung von Planstellen für Korrespondenten-Buchhalter in den freien subventionierten autonomen Grundschulen, deren Schulleiter nicht vollständig vom Unterricht befreit ist. »

**Art. 119** - Artikel 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 30. Juli 1963 über die Regelung des Sprachengebrauchs im Unterrichtswesen wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Dieser Vorschulunterricht beziehungsweise Primarschulunterricht kann nur organisiert werden, wenn jeweils mindestens 16 Erziehungsberechtigte, die in einer Entfernung von 4 Kilometern keinen entsprechenden Kindergarten beziehungsweise keine entsprechende Primarschule vorfinden, dies beantragen, wobei ein Kindergarten nur als Schulebene einer Grundschule gegründet werden kann. »

**Art. 120** - Artikel 6 Absatz 4 des Gesetzes vom 30. Juli 1963 über die Regelung des Sprachengebrauchs im Unterrichtswesen wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Das in Artikel 24 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen festgeschriebene Recht der Erziehungsberechtigten muß berücksichtigt werden. »

#### KAPITEL XII. — *Aufhebungs- und Abänderungsbestimmungen*

**Art. 121** - Aufhebung

§ 1 - Werden aufgehoben:

1. die Artikel 23 Absatz 4, 50 und 50bis der am 20. August 1957 koordinierten Gesetze über das Primarschulwesen;
2. die Artikel 4 und 8 Absatz 3 bis 6 des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung;

3. Artikel 1 § 4 Nummer 3 und § 6 sowie Artikel 3 § 1 Absatz 2 § 2 und § 3 des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht;

4. der Königliche Erlaß vom 29. März 1985 zur Festlegung der Öffnungstage der Unterrichtsanstalten des Vollzeitunterrichts;

5. der Erlaß der Exekutive vom 4. September 1991 zwecks Einsetzung einer pädagogischen Kommission für die Weiterbildung im Unterrichtswesen;

6. der Erlaß der Exekutive vom 16. Juni 1993 zur Festlegung der Bedingungen, denen ein Sekundarschulzentrum unterliegt.

§ 2 - Werden zu einem Zeitpunkt aufgehoben, der von der Regierung festgelegt wird:

1. die Artikel 6, 41, 42, 43 und 44 des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung;

2. Artikel 1 Absatz 1 und 2 sowie Artikel 3 des Gesetzes vom 19. Juli 1971 über die allgemeine Struktur des Sekundarschulwesens;

3. Artikel 5bis des Gesetzes vom 6. Juli 1970 über das Sonderschulwesen und das integrierte Schulwesen;

4. das Dekret vom 18. April 1994 bezüglich der Einsetzung des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie der Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuß;

5. der Königliche Erlaß vom 15. Juni 1984 über die Kantonalprüfung und die Vergabe des Abschlußzeugnisses der Grundschule

6. der Königliche Erlaß vom 15. Juni 1984 zur Festlegung der Form und der Regeln bezüglich der Vergabe des Abschlußzeugnisses der Grundschule;

7. die Artikel 5, 6, 7, 8, 10, 11 und 12 des Königlichen Erlasses vom 11. Dezember 1987 zur Festlegung einer Grundordnung der staatlichen Vollzeitunterrichtseinrichtungen, deren Unterrichtssprache Französisch oder Deutsch ist, mit Ausnahme der Hochschulunterrichtseinrichtungen.

§ 3 - Werden für das Regelgrundschulwesen, das Regelsekundarschulwesen und das Sonderschulwesen aufgehoben:

1. das Dekret vom 17. Juli 1995 über Einschreibebühren und Schulgeld im Unterrichtswesen;

2. Artikel 5 des Erlasses der Regierung vom 8. Dezember 1993 über die Ferien- und Urlaubsregelung im Unterrichtswesen.

#### Art. 122 - Abänderung

Artikel 1 § 1 Absatz 2 des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht, abgeändert durch das Dekret vom 17. Oktober 1994, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Die Vollzeitschulpflicht endet am Ende des Schuljahres, das im Laufe des Kalenderjahres endet, in dem der Minderjährige fünfzehn Jahre alt wird. Sie beinhaltet mindestens die zwei ersten Sekundarschuljahre des Vollzeitunterrichts. Sie darf nie über das Ende des Schuljahres hinausgehen, das im Laufe des Kalenderjahres endet, in dem der Minderjährige sechzehn Jahre alt wird. »

#### Art. 123 - Abänderung

Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Der Schulträger ist eine juristische oder natürliche Person, die für die Einrichtung, Organisation und Verwaltung einer oder mehrerer Schulen rechtlich die Verantwortung trägt und zum Unterhalt der Schule eigene Leistungen erbringt »

In Artikel 8 Absatz 2 desselben Gesetzes vom 29. Mai 1959, abgeändert durch das Gesetz vom 20. Februar 1978, wird der erste Satz durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Unter Religionsunterricht versteht man den Unterricht der Religion (katholische, protestantische, orthodoxe, israelitische oder islamitische) und der von der jeweiligen Religion abgeleiteten Sittenlehre. »

### KAPITEL XIII. — Inkrafttreten

#### Art. 124 - Inkrafttreten

Die Bestimmungen des vorliegenden Dekretes treten am 1. September 1998 in Kraft mit Ausnahme des Artikels 38, der am 1. Mai 1999 in Kraft treten wird, und mit Ausnahme der Artikel 11 bis 13, 16 bis 20, 22, 33, 39 bis 45, 48 bis 56, 61, 62, 65, 68 bis 103, die zu einem Zeitpunkt in Kraft treten, der von der Regierung festgelegt wird.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, daß es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.

Gegeben zu Eupen, den 31. August 1998

Der Minister-Präsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Der Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit,  
Familie und Senioren, Sport und Tourismus

J. MARAITE

Der Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales

K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht, Kultur, wissenschaftliche Forschung, Denkmäler und Landschaften

W. SCHRÖDER

—  
Note

#### Sitzungsperiode 1997-1998

Dokumente des Rates: 117 (1997-1998), Nr. 1. — Dekretentwurf 117 (1997-1998), Nr. 2-4 — Abänderungsvorschläge 117 (1997-1998), Nr. 5 — Bericht 117 (1997-1998), Nr. 6-7 — Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuß angenommenen Text

Ausführlicher Bericht: Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 31. August 1998

## MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 98 — 3119

[C - 98/33100]

**31 AOÛT 1998. — Décret relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires**

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1er. — *Dispositions générales et définitions***Article 1<sup>er</sup>.** Champ d'application

Le présent décret est applicable à l'enseignement fondamental et secondaire ordinaire organisé et subventionné par la Communauté germanophone, à l'exception de l'enseignement professionnel complémentaire.

Les articles 23, 24, 32 et 57 à 59 sont également applicables à l'enseignement spécial et à l'enseignement secondaire à horaire réduit organisés et subventionnés par la Communauté germanophone.

**Art. 2.** Qualifications

Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent aux deux sexes.

**Art. 3.** Majorité

À partir du jour où l'élève devient majeur, les droits et devoirs qui sont fixés dans le présent décret pour la personne chargée de l'éducation s'appliquent à lui.

**Art. 4.** Définitions

Pour l'application du présent décret, l'on entend par :

- 1° Conseil : le Conseil de la Communauté germanophone;
- 2° Gouvernement : le Gouvernement de la Communauté germanophone;
- 3° école : établissement de formation et d'éducation dirigé par un chef d'école et qui dispense un enseignement conformément à un programme d'études fixé ou approuvé par le Gouvernement;
- 4° pouvoir organisateur : personne morale ou physique qui est juridiquement responsable de la création, de l'organisation et de la gestion d'une ou de plusieurs écoles et fournit des prestations propres à la gestion de l'école;
- 5° personne chargée de l'éducation : personne qui exerce soit l'autorité parentale soit la tutelle de l'enfant soumis à l'obligation scolaire, en droit ou en fait;
- 6° enseignement à domicile : enseignement dispensé à un enfant soumis à l'obligation scolaire et organisé et financé par les personnes chargées de l'éducation elles-mêmes;
- 7° enseignement officiel : enseignement organisé par une personne juridique de droit public;
- 8° enseignement libre : enseignement organisé par une personne physique ou morale de droit privé;
- 9° programme d'études : grille-horaire hebdomadaire et programme des cours d'une classe dans l'enseignement primaire et secondaire;
- 10° grille-horaire hebdomadaire : liste des unités de cours d'une discipline ou d'un domaine pour une semaine d'enseignement;
- 11° plan d'activités : plan qui énumère les activités pédagogiques qui, en section maternelle, servent à atteindre les objectifs de développement;
- 12° programme des cours : plan qui reprend les objectifs, contenus, compétences-clés, compétences et références pour l'organisation, au sein de l'école primaire ou secondaire, d'une certaine discipline ou d'un certain domaine;
- 13° domaine : groupe de disciplines dont le contenu est mis en interconnexion;
- 14° objectif de développement : objectif poursuivi, en section maternelle, en ce qui concerne le savoir, l'observation, les capacités et le comportement;
- 15° compétences : capacités et aptitudes au niveau du savoir, du savoir-faire et du savoir-être (comportement); elles peuvent être disciplinaires ou interdisciplinaires;
- 16° compétence-clé : compétence minimale propre à une discipline qui doit être atteinte par tout élève;
- 17° degré : structure regroupant plusieurs années d'études au sein d'un niveau d'enseignement;
- 18° niveau d'enseignement : subdivision de l'enseignement ordinaire, à savoir section maternelle, école primaire et secondaire;
- 19° classe : groupe déterminé d'élèves qui suivent ensemble un enseignement. Ce groupe d'élèves peut être constitué d'élèves d'une même année d'études ou de plusieurs.
- 20° religion : une des religions visées à l'article 8 de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement;
- 21° autorité compétente pour le culte concerné : une autorité religieuse reconnue par l'Etat fédéral;
- 22° enseignement confessionnel : enseignement basé sur une des religions visées à l'article 8 de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement et organisé avec l'accord de l'autorité compétente pour le culte concerné, si elle existe;
- 23° élève nécessitant un soutien accru : élève soumis à l'obligation scolaire qui, en application de l'article 1<sup>er</sup> de la loi du 6 juillet 1970 sur l'enseignement spécial et intégré, est considéré comme élève handicapé et qui peut suivre l'enseignement intégré;

(Les notes concernant ce texte se trouvent p. 37718.)

24° inspection : personne(s) chargée(s) par le Gouvernement de la tutelle scolaire et du suivi pédagogique et/ou spécialisé des membres du personnel des écoles;

25° période de cours : unité de 50 minutes pendant laquelle est dispensé l'enseignement ou sont organisées d'autres activités pédagogiques dans le cadre de la formation scolaire;

26° pouvoir organisateur de formation : toute institution de droit public ou privé poursuivant un objectif formatif et reconnue par la Communauté germanophone.

27° certificats d'études : les certificats prescrits par la loi ou les règlements et qui sont délivrés à la fin d'une année d'études.

CHAPITRE II. — *Missions confiées par la société aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles ordinaires*

*Section 1<sup>re</sup>. — Projet social*

**Art. 5. Généralités**

Toute école organisée ou subventionnée par la Communauté germanophone doit remplir, dans son travail formatif et éducatif, une mission qui lui est confiée par la société. Cette mission consiste à poursuivre les objectifs généraux repris dans les articles de la présente section, dans tous les cours et autres les activités pédagogiques.

Tout travail formatif et éducatif se base obligatoirement sur :

1° la reconnaissance et le respect des droits de l'homme, tels qu'ils ont été fixés

a) dans la déclaration universelle des droits de l'homme, qui a été proclamée lors de l'assemblée générale des Nations Unies du 10 décembre 1948 et

b) dans la Convention européenne de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales du 4 novembre 1950

2° la défense et l'illustration de la langue ainsi que la promotion de la culture et de l'identité.

**Art. 6. Développement de la personnalité**

L'école favorise le processus de maturation des élèves en tenant compte de leur personnalité de leur besoin de réalisation de soi, en renforçant leur confiance en eux et en développant leur autonomie. Ce faisant, l'école prend en considération tous les aspects cognitifs, socio-affectifs, psychomoteurs et sanitaires.

L'école tient compte de l'origine sociale et culturelle des élèves et favorise ainsi l'égalité des chances.

L'école apprend aux élèves à reconnaître que tous les autres ont le même droit à la réalisation de soi et à l'autodétermination. Leurs rapports doivent s'organiser selon les principes de la justice, de la solidarité et de la tolérance, ainsi que de l'égalité des sexes.

Les élèves doivent être capables d'assumer leur co-responsabilité et leurs devoirs dans l'organisation des relations humaines en famille, à l'école et en dehors de celle-ci, dans leur vie professionnelle, au niveau de la société et de l'État.

**Art. 7. Respect de l'homme et de l'environnement**

L'école apprend à respecter l'autre et à avoir un comportement responsable vis-à-vis de l'environnement et de la nature.

**Art. 8. Les élèves dans la société**

L'école a pour mission de développer chez tous les élèves le sens du bien commun et des pratiques démocratiques élémentaires en éveillant leur intérêt pour les rapports sociaux, politiques, culturels et économiques. Elle prépare les élèves à prendre une place active et créative dans la vie économique et professionnelle.

En tant qu'espace vital, l'école crée les conditions permettant à toute la communauté scolaire d'agir au niveau des questions scolaires qui les concerne.

**Art. 9. Transmission du savoir, des connaissances et des capacités**

L'école doit transmettre du savoir et des connaissances, développer des capacités et des aptitudes. Elle apprend à être ouvert à la culture et à la science et à respecter les convictions religieuses et idéologiques des autres.

**Art. 10. Ouverture sur le monde**

L'école apprend l'ouverture sur le monde, promeut la pensée européenne et le multilinguisme.

**Art. 11. Objectifs de développement**

L'éducation en section maternelle poursuit des objectifs de développement et promeut principalement les capacités psychomotrices, socio-affectives et cognitives de l'enfant.

Les instituteurs maternels ont pour mission de considérer ces objectifs de développement comme base de leur travail formatif et éducatif, afin que tous les élèves de l'enseignement maternel soient préparés de façon optimale à l'enseignement primaire.

**Art. 12. Compétences**

L'objectif formatif de toutes les écoles primaires et secondaires est de transmettre des compétences.

L'école a pour mission de permettre à tous les élèves de s'approprier un maximum de compétences qui les mènent à l'acquisition des compétences-clés.

**Art. 13. Compétences interdisciplinaires**

L'apprentissage est organisé de telle manière que les élèves peuvent participer de manière active à la construction de leur propre savoir et à l'appropriation de compétences.

Les élèves doivent encore et toujours apprendre que le savoir et le savoir-faire ont un sens et sont applicables.

L'école s'efforce dès lors d'actualiser les situations d'apprentissage et de les intégrer dans le monde où vivent les élèves.

L'acquisition de méthodes d'apprentissage et de travail appropriées compte parmi les compétences interdisciplinaires. Dans la formation scolaire initiale et par la suite, apprendre à apprendre et promouvoir la disponibilité à fournir des prestations sont des conditions préalables importantes qui permettent l'apprentissage tout au long de la vie.

Pour ce, les écoles tiennent compte d'une approche des technologies de l'information et de la communication adaptée à l'âge des élèves.

**Art. 14. Équivalence des filières de formation**

Les orientations d'études et les formes que peut revêtir la formation sont des moyens différents mais équivalents pour réaliser les objectifs du présent décret.

Elles sont accessibles tant aux garçons qu'aux filles, sans exception.

Pour remplir cette mission qui leur est confiée par la société, les écoles ordinaires travaillent avec les autres pouvoirs organisateurs de formation chaque fois que cela s'avère sensé.

**Art. 15. Information sur les formations et les professions**

Les écoles sont obligées, en collaboration avec les centres PMS ou d'autres établissements spécialisés, d'informer et de conseiller les élèves et les personnes chargées de leur éducation sur les études, formations et professions possibles.

*Section 2. — Mission spéciale des pouvoirs organisateurs*

**Art. 16. Projet éducatif**

Chaque pouvoir organisateur élabore pour ses écoles son propre projet éducatif. Ce projet doit être compatible avec le projet social.

**Art. 17. Plan d'activités, programme d'études et programme de cours**

§ 1<sup>er</sup>. Chaque pouvoir organisateur élabore ou fait sien un plan d'activités pour ses sections maternelles.

Pour ses écoles primaires et secondaires, il élabore ou fait siens des programmes d'études ou des programmes de cours par discipline ou domaine et par degré.

A l'exception des programmes de religion et de morale non-confessionnelle, les plans d'activités et les programmes de cours contiennent, de manière explicite, respectivement les objectifs de développement et les compétences-clés.

Des compétences supplémentaires sont également reprises comme objectifs dans les différents programmes de cours.

§ 2. Les plans d'activités, programmes d'études et programmes de cours élaborés par des pouvoirs organisateurs subventionnés sont soumis à l'approbation du Gouvernement.

Le Gouvernement examine si les conditions du § 1<sup>er</sup>, alinéa 3 sont remplies.

Si le Gouvernement n'approuve pas des plans d'activités, des programmes d'études ou des programmes de cours élaborés par un pouvoir organisateur subventionné, ils sont retravaillés et soumis une nouvelle fois à l'approbation du Gouvernement. Entre-temps, le pouvoir organisateur applique dans les écoles concernées les plans d'activités, programmes d'études ou programmes de cours qui sont d'application dans les écoles communautaires ou qui ont déjà été approuvés par le Gouvernement.

**Art. 18. Programmes de religion**

Par dérogation à l'article 17, les autorités compétentes pour les cultes concernés, responsables du cours de religion, soumettent les programmes de cours au Gouvernement, pour information.

**Art. 19. Liberté pédagogique du pouvoir organisateur et interdiction de mener une activité politique**

§ 1<sup>er</sup>. Chaque pouvoir organisateur décide librement, sur proposition du Conseil pédagogique prévu au chapitre V, section 2, des fondements didactiques et des méthodes pédagogiques valables pour ses écoles.

§ 2. Toute activité ou propagande politique ainsi que toute activité lucrative sont interdites dans les écoles organisées ou subventionnées par la Communauté.

La concurrence déloyale entre écoles est interdite.

*Section 3. — Mission spécifique des différentes écoles*

**Art. 20. Projet d'établissement**

Le Conseil pédagogique élabore, sur ordre du pouvoir organisateur, un projet d'établissement pour chacune des écoles.

Le projet d'établissement doit comporter au moins les éléments suivants :

1° une description du concept pédagogique général, en ce compris les méthodes pédagogiques, appliqué dans l'école concernée ou le centre scolaire;

2° une structure d'organisation pédagogique de l'école, notamment les critères de répartition des élèves dans les classes ou groupes;

3° le mode d'évaluation du développement de l'élève et de ses prestations;

4° la forme des évaluations et la date à laquelle elles sont communiquées;

5° le cas échéant, une description des mesures qui sont prises pour les élèves nécessitant un soutien accru, y compris les formes de coopération avec les écoles spéciales ou avec d'autres services reconnus par le Gouvernement ou par l'Office pour les personnes handicapées;

6° une information sur les possibilités offertes aux élèves et/ou aux personnes chargées de leur éducation de contester les décisions les concernant;

7° le cas échéant, la forme que revêtira l'implication des élèves dans la vie de l'école, forme décidée en concertation avec la délégation des élèves;

8° la forme que revêtira l'implication des parents d'élèves dans la vie de l'école, forme décidée en concertation avec la délégation des parents d'élèves.

Le projet d'établissement est soumis à l'inspection pour information lorsqu'elle en fait la demande à l'occasion d'une visite.

CHAPITRE III. — *Structure de l'enseignement ordinaire**Section 1<sup>re</sup>. — L'école fondamentale***Art. 21. Structure**

§ 1<sup>er</sup>. L'école fondamentale se compose d'une section maternelle et d'une école primaire.

§ 2. La section maternelle s'adresse aux enfants qui ne sont pas encore soumis à l'obligation scolaire.

L'école primaire s'adresse aux enfants soumis à l'obligation scolaire et compte au plus trois degrés d'au moins deux années d'études.

Par dérogation aux alinéas 1 et 2, un enfant soumis à l'obligation scolaire peut fréquenter la section maternelle pendant la première année de l'obligation scolaire tandis qu'un enfant non soumis à l'obligation scolaire peut fréquenter l'école primaire à partir de l'année scolaire débutant l'année civile au cours de laquelle il atteint l'âge de cinq ans.

Dans les deux cas, les personnes chargées de l'éducation de l'enfant prennent une décision allant dans ce sens après avoir pris connaissance d'un avis motivé émis par le conseil de classe et le Centre psycho-médico-social compétent.

Lorsqu'il s'agit d'un enfant n'ayant pas encore fréquenté une section maternelle, seul l'avis du Centre psycho-médico-social est requis.

§ 3. Au terme du dernier degré, le conseil de classe décide d'attribuer ou non le certificat d'études de base.

§ 4. Le conseil de classe peut décider que l'élève accomplira, durant ses études primaires, une année supplémentaire dans un seul et même degré.

Sur proposition du conseil de classe et sur avis du centre P.M.S., les personnes chargées de l'éducation peuvent décider que leur enfant passera une 8<sup>e</sup> année à l'école primaire.

§ 5. Sur avis positif du conseil de classe, les personnes chargées de l'éducation peuvent décider que le temps passé à l'école primaire par leur enfant sera réduit d'un an.

*Section 2. — L'école secondaire***Art. 22. Structure**

§ 1<sup>er</sup>. L'école secondaire s'adresse aux élèves qui sont titulaires du certificat d'études de base ou auront atteint l'âge de 12 ans au 31 décembre de l'année scolaire en cours. Elle comporte trois degrés de deux années d'études chacun.

§ 2. Dans les 2<sup>e</sup> et 3<sup>e</sup> degrés, l'on opère une distinction entre les orientations d'études de l'enseignement de transition et les orientations d'études de l'enseignement de qualification.

§ 3. Il y a 3 formes d'enseignement :

1° l'enseignement général;

2° l'enseignement technique;

3° l'enseignement professionnel.

Dans l'enseignement professionnel, le 3<sup>e</sup> degré peut compter 3 années d'études.

Les 2<sup>e</sup> et 3<sup>e</sup> degrés de l'enseignement général et technique de transition préparent principalement à des études universitaires ou supérieures, permettent toutefois aussi l'accès direct à la vie professionnelle.

Les 2<sup>e</sup> et 3<sup>e</sup> degrés de l'enseignement technique et professionnel de qualification préparent principalement à l'accès direct à la vie professionnelle, permettent toutefois aussi des études ultérieures.

§ 4. Le Gouvernement propose au Conseil les certificats de fin de formation délivrés en dehors du système scolaire qui peuvent être pris en considération comme conditions d'admission dans l'enseignement de qualification. Le Gouvernement coordonne la formation professionnelle initiale proposée par les écoles et autres pouvoirs organisateurs de formation. Il détermine, le cas échéant, comment seront combinées plusieurs filières de formation.

CHAPITRE IV. — *Les élèves de l'enseignement ordinaire**Section 1<sup>re</sup>. — Libre choix de l'école et admission***Art. 23. Enseignement à domicile**

Les personnes chargées de l'éducation de l'enfant se décident pour l'enseignement en milieu scolaire ou pour l'enseignement à domicile.

**Art. 24. Libre choix de l'école**

Les personnes chargées de l'éducation de l'enfant qui se décident pour l'enseignement en milieu scolaire ou les élèves eux-mêmes ont en principe le libre choix entre l'enseignement organisé par la Communauté, l'enseignement officiel subventionné par elle, l'enseignement libre confessionnel, l'enseignement libre non-confessionnel et l'enseignement pluraliste.

Des considérations pédagogiques et/ou financières peuvent, aux différents niveaux d'enseignement et pour différentes zones géographiques en Communauté germanophone, amener plusieurs réseaux ou pouvoirs organisateurs à conclure des accords de coordination ou de complémentarité de leurs offres d'enseignement, et ce sous la co-responsabilité de différents réseaux d'enseignement.

Les personnes chargées de l'éducation de l'enfant ont droit à un remboursement partiel des frais de transport scolaire encourus pour le conduire à l'école de leur choix la plus proche, lorsque la distance entre le domicile de l'enfant et cette école n'est pas inférieure à la distance minimale fixée par le Gouvernement.

**Art. 25. Obligation d'inscription pour les écoles communautaires**

Les écoles de la Communauté sont obligées d'inscrire tout élève

1° qui est domicilié en Communauté germanophone;

2° qui remplit les conditions d'admission du niveau d'enseignement concerné.

**Art. 26. Obligation d'inscription pour les écoles communales**

Les écoles subventionnées d'un pouvoir organisateur communal sont obligées d'inscrire tout élève

1° qui est domicilié dans cette commune ou dans une commune voisine lorsque l'école où il souhaite s'inscrire est l'école la plus proche;

2° qui remplit les conditions d'admission du niveau d'enseignement concerné.

**Art. 27. Obligation d'inscription pour les écoles libres subventionnées**

Le pouvoir organisateur d'une école libre subventionnée est obligé d'inscrire tout élève

1° qui est domicilié en Communauté germanophone;

2° qui remplit les conditions d'admission du niveau d'enseignement concerné;

3° lorsque l'élève ou la personne chargée de son éducation approuve le projet éducatif.

Si l'inscription est refusée, le motif doit en être communiqué par recommandé à la personne chargée de l'éducation de l'enfant.

**Art. 28. Contrôle des inscriptions**

Le Gouvernement règle la vérification des inscriptions et de la fréquentation scolaire régulière des élèves soumis à l'obligation scolaire. Il détermine dans quelle mesure les absences sont acceptables.

Le chef d'école est obligé d'aider les services de contrôle lors de la vérification des inscriptions et de la fréquentation scolaire régulière.

*Section 2. — Inscription d'élèves nécessitant un soutien accru***Art. 29. Principe**

A la demande de la personne chargée de l'éducation de l'enfant, moyennant accord du chef d'école et après avoir entendu le Conseil pédagogique de cette école, un élève nécessitant un soutien accru inscrit dans une école spéciale peut fréquenter l'enseignement ordinaire lorsqu'un projet de soutien a été élaboré conformément à l'article 30.

**Art. 30. Projet de soutien**

L'école ordinaire doit, en accord avec les personnes chargées de l'éducation de l'enfant, avec l'école spéciale concernée et en collaboration avec les centres PMS concernés ou les autres institutions mentionnées à l'article 5 de la loi du 6 juillet 1970 sur l'enseignement spécial et intégré, développer un projet de soutien propre à l'élève en question. Ce projet de soutien fixe des objectifs précis en matière de compétences; chaque année, il est réexaminé et éventuellement adapté. Les institutions qui sont reconnues par le Gouvernement ou par l'Office pour les personnes handicapées peuvent participer à l'élaboration du projet de soutien individuel.

Les moyens mis en oeuvre par l'école ordinaire et par l'école spéciale doivent ressortir de ce projet.

**Art. 31. Devoir d'information**

Les chefs d'école tant de l'école ordinaire que de l'école spéciale doivent informer le Ministère de l'intégration d'un élève nécessitant un soutien accru.

*Section 3. — Accès gratuit à l'enseignement***Art. 32. Accès gratuit à l'enseignement**

§ 1<sup>er</sup>. L'accès à l'enseignement maternel, primaire et secondaire dispensé par un établissement d'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone est gratuit.

§ 2. Sur proposition du Gouvernement, le Conseil établit une liste des services et moyens didactiques pour lesquels l'école peut exiger une participation aux frais de la part des personnes chargées de l'éducation de l'enfant. Pour ces services et moyens didactiques, il ne peut être exigé que le prix de revient.

§ 3. Par dérogation au § 1<sup>er</sup>, un droit d'inscription est prélevé pour un élève de l'enseignement maternel lorsque, simultanément,

1° aucune des personnes chargées de l'éducation de l'élève n'a la nationalité belge;

2° l'élève n'est pas domicilié en Belgique;

3° un tel droit est prélevé dans l'Etat où l'élève est domicilié.

Le Gouvernement fixe le montant du droit d'inscription ainsi que les modalités de son acquittement. Le droit d'inscription ne peut en aucun cas dépasser 50.000 F.

*Section 4. — Instructions générales relatives à l'inscription***Art. 33. Informations fournies à l'inscription**

A l'occasion de la première inscription d'un enfant dans une école, le chef d'école informe, par écrit, les personnes chargées de son éducation sur

1° la forme juridique et la composition du pouvoir organisateur;

2° le projet éducatif ainsi que le projet de l'établissement;

3° le règlement intérieur de l'école et l'organisation concrète de l'horaire hebdomadaire et du jour d'école;

4° le transport scolaire;

5° les contacts avec les personnes chargées de l'éducation;

6° l'identité et les missions du centre PMS ou centre de santé compétent;

7° l'information scolaire et professionnelle, qu'elle soit interne ou externe;

8° le cas échéant, les mesures prises pour les élèves nécessitant un soutien accru, en ce compris les formes que peut revêtir la collaboration avec des écoles spéciales.

*Section 5. — Choix entre un cours de religion et un cours de morale non confessionnelle***Art. 34.** Choix du cours de religion ou de morale non-confessionnelle

Les personnes chargées de l'éducation de l'enfant décident, lors de son inscription dans une école de l'enseignement officiel, s'il suit un cours de religion ou un cours de morale non confessionnelle. Les personnes chargées de l'éducation doivent remettre une déclaration écrite.

Ce choix peut être modifié une fois jusqu'au dernier jour d'école du mois de septembre de chaque année scolaire.

*Section 6. — Droits et devoirs de l'élève et des personnes chargées de son éducation***Art. 35.** Généralités

L'élève a le droit et le devoir

1° de participer à l'enseignement et aux manifestations et activités scolaires;

2° de s'impliquer dans son propre cursus formatif.

**Art. 36.** Droits de l'élève

L'élève a le droit

1° d'être informé de toute affaire le concernant;

2° d'être informé sur son niveau de prestations;

3° d'être conseillé pour toute question relative à son cursus scolaire;

4° de contester toute décision le concernant;

5° d'être entendu avant que des mesures disciplinaires ne soit appliquées;

6° d'émettre librement son opinion dans le respect de l'intégrité physique et morale de ses compagnons d'études et de tous les membres du personnel.

**Art. 37.** Devoirs de l'élève

L'élève a le devoir de s'impliquer dans la réalisation des missions de l'école et de l'objectif formatif; il est notamment obligé

1° de suivre les instructions données par les membres du personnel de l'école, nécessaires dans le cadre de l'enseignement ou dans l'intérêt d'une vie scolaire ordonnée, et de respecter le règlement intérieur de l'école;

2° de s'abstenir de tout ce qui pourrait porter atteinte à un travail ordonné d'enseignement et d'éducation;

3° de respecter les installations et équipements scolaires.

*Section 7. — Structure de recours pour l'élève ou les personnes chargées de son éducation dans le cas d'un non passage dans la classe supérieure, d'une non délivrance d'un certificat d'études ou d'un renvoi de l'école***Art. 38.** Création, composition et mandat

§ 1<sup>er</sup>. Le Gouvernement institue une chambre de recours qui examine les décisions contestées relatives :

1° au renvoi de l'école,

2° au passage,

3° à la délivrance d'un certificat d'études.

§ 2. Cette chambre de recours se compose

1° de deux membres de l'inspection,

2° de deux agents du Ministère,

3° d'une personne désignée par le pouvoir organisateur, qui ne fait pas partie de l'école concernée.

Les membres visés au premier alinéa, 1° et 2°, sont désignés pour une durée de quatre ans. Le membre visé à l'alinéa 1, 3° n'est désigné que pour l'affaire concernée.

§ 3. La chambre de recours décide à la majorité des voix. Les abstentions ne sont pas permises. En cas de parité de voix, le recours est censé être rejeté.

§ 4. Les membres ont droit à des indemnités de parcours et de séjour selon les mêmes modalités que celles appliquées aux agents du rang 10.

**Art. 39.** Procédure

§ 1<sup>er</sup>. L'élève ou la personne chargée de son éducation qui voudrait contester une décision prise par le conseil de quant au passage ou à la délivrance d'un certificat d'études s'adresse au chef d'établissement dans les deux jours ouvrables qui suivent la communication de la décision. Le chef d'école confirme la décision du conseil de classe ou soumet à nouveau ce cas au conseil de classe pour des raisons de forme et de contenu. La confirmation ou la nouvelle décision est donnée dans les trois jours ouvrables.

Si l'élève, ou la personne chargée de son éducation, n'est pas d'accord avec la confirmation de la décision par le chef d'école ou avec la nouvelle décision du conseil de classe, il a le droit de saisir la chambre de recours.

La chambre de recours est également saisie lorsqu'un renvoi est contesté.

§ 2. Le recours doit être motivé et introduit par écrit dans les 10 jours suivant réception de la décision. Il est loisible au plaignant de mettre à la disposition de la chambre de recours tout document éclairant le cas. Les documents ne contiennent pas d'écrits portant sur des décisions concernant d'autres élèves.

§ 3. Le recours est adressé par lettre recommandée au Ministère de la Communauté germanophone, Division « Organisation de l'enseignement », qui convoque immédiatement la chambre de recours. Le plaignant adresse en même temps une copie du recours au chef d'école. Le chef d'école a le droit de mettre à la disposition de la chambre de recours un avis motivé ou tout document éclairant le cas.

La chambre de recours peut demander à l'école de lui remettre tout document jugé utile. Elle peut convoquer des personnes et consulter des experts. Le conseil de classe a le droit d'être entendu.

§ 4. La chambre de recours décide si les dispositions légales et réglementaires ont été respectées dans la prise de décision. Elle peut annuler des renvois de l'école. Elle peut casser des décisions concernant le passage ou la délivrance de certificats d'études; dans ce cas, le conseil de classe doit à nouveau statuer.

Cette nouvelle décision du conseil de classe ne peut faire l'objet d'un recours.

§ 5. Le Gouvernement fixe les autres modalités de la procédure.

**Art. 40. Généralités**

Sur proposition de son Conseil pédagogique, le pouvoir organisateur établit un règlement d'ordre intérieur pour chacune de ses écoles.

Le règlement d'ordre intérieur de l'école contient notamment des dispositions relatives :

1° aux relations entre les membres du personnel de l'école et les élèves et/ou les personnes chargées de leur éducation;

2° à la procédure d'inscription;

3° aux principes d'évaluation et la délivrance des certificats de fin d'études;

4° aux droits et devoirs de l'élève, en particulier en ce qui concerne la ponctualité et la fréquentation régulière;

5° aux heures d'ouverture de l'école;

6° aux travaux scolaires, aux travaux à domicile et à la tenue du journal de classe;

7° aux possibilités de recours contre une décision prise par le conseil de classe;

8° aux mesures d'ordre et de discipline et la procédure y relative.

**Art. 41. Devoir d'information**

Le règlement d'ordre de l'école est soumis à la signature des personnes chargées de l'éducation et de l'élève de l'enseignement secondaire lors de l'inscription et à chaque modification.

*Section 9. — mesures disciplinaires*

**Art. 42. Généralités**

§ 1<sup>er</sup>. L'exclusion temporaire des cours et le renvoi de l'école sont les seules mesures disciplinaires.

Ils sont prononcés dans des cas exceptionnels et doivent être proportionnels aux fautes reprochées.

§ 2. Les mesures disciplinaires sont prononcées par le pouvoir organisateur ou son délégué.

**Art. 43. Exclusion temporaire**

Lors d'une exclusion temporaire des cours, l'élève est exclu de toutes les périodes de cours et de toutes les autres manifestations scolaires de sa classe. Sa présence dans l'école est obligatoire à moins qu'un autre accord écrit ne soit passé avec les personnes chargées de son éducation.

Au cours d'une année scolaire, un élève peut être temporairement exclu de toutes les périodes de cours pendant 10 jours scolaires au plus.

**Art. 44. Renvoi de l'école**

Un renvoi de l'école ne devient effectif qu'au moment de l'inscription dans une autre école, au plus tard toutefois 15 jours calendrier après la réception du recommandé visé à l'article 45, 4°.

Jusque là, l'élève concerné est considéré comme temporairement exclu. L'école veille au suivi de l'élève.

**Art. 45. Procédure en cas d'exclusion temporaire et de renvoi de l'école**

En cas d'exclusion temporaire de trois jours scolaire ou moins, l'élève doit être entendu.

Une exclusion temporaire de plus de trois jours ou un renvoi de l'école ne peut intervenir que dans le cadre d'une procédure respectant les principes suivants :

1° l'avis préalable du conseil de classe est demandé;

2° les personnes chargées de l'éducation peuvent consulter le dossier disciplinaire;

3° l'élève est entendu en présence des personnes chargées de son éducation ainsi que, le cas échéant, de son conseil;

4° la décision prise est motivée par écrit et est signifiée par recommandé aux personnes chargées de l'éducation.

*CHAPITRE V. — Implication dans les écoles ordinaires*

*Section 1<sup>re</sup>. — Dispositions générales*

**Art. 46. Objectif**

L'objectif de l'implication est de promouvoir la responsabilité propre et la coopération de tous les participants au travail formatif et éducatif de l'école.

**Art. 47. Droits et devoirs**

Cette implication entraîne des droits et des devoirs pour tous les participants. Ceci exige une collaboration de tous basée sur la confiance.

*Section 2. — Le Conseil pédagogique*

**Art. 48. Généralités**

Le pouvoir organisateur institue, auprès de chaque école, un Conseil pédagogique.

Par dérogation au premier alinéa, le pouvoir organisateur est libre d'instituer un Conseil pédagogique pour plusieurs écoles ou plusieurs Conseils pédagogiques pour une école.

Le Conseil pédagogique a un droit d'information et de consultation dans toutes les questions d'ordre pédagogique et dans toutes les affaires concernant l'organisation de l'école.

**Art. 49. Composition et fonctionnement**

Le Conseil pédagogique se compose du (des) chef(s) d'école, du représentant du pouvoir organisateur et d'au moins 5 membres du personnel enseignant et éducatif.

Dans une école ou implantation comptant moins de 5 membres du personnel enseignant et éducatif, le Conseil pédagogique compte, par dérogation au premier alinéa, tous les membres du personnel enseignant et éducatif.

Tous les membres du Conseil pédagogique ont voix délibérative. Le chef d'école ou un des chefs d'école est président du Conseil pédagogique.

Le Conseil pédagogique peut inviter d'autres personnes à assister à ses réunions avec voix consultative.

Tous les membres du Conseil pédagogique, à l'exclusion du chef d'école et du représentant du pouvoir organisateur, sont désignés au cours du mois de septembre, au scrutin secret, pour une période de trois ans.

On le droit de vote et d'éligibilité tous les membres du personnel enseignant et éducatif, en ce compris les membres du personnel temporaires désignés jusqu'à la fin de l'année scolaire.

**Art. 50. Quorum de présences**

Le Conseil pédagogique peut délibérer valablement lorsque la majorité de ses membres sont présents. Les propositions émises par le Conseil pédagogiques sont prises à la majorité des voix. Les abstentions ne sont pas prises en compte. Le Conseil pédagogique se réunit au moins quatre fois l'an.

**Art. 51. Missions**

Le Conseil pédagogique discute du travail formatif et éducatif de l'école et émet des propositions relatives notamment

- 1° à l'acquisition du matériel didactique;
- 2° à l'organisation des grilles-horaires hebdomadaires;
- 3° à l'élaboration et l'adaptation du projet de l'établissement;
- 4° à l'élaboration du règlement d'ordre intérieur de l'école;
- 5° à la fixation des structures de l'école;
- 6° à la fixation des méthodes d'enseignement;
- 7° aux mesures d'intégration des élèves nécessitant un soutien accru;
- 8° aux mesures de suivi des élèves rencontrant momentanément des difficultés d'apprentissage;
- 9° à l'organisation de l'évaluation formative et normative des prestations des élèves;
- 10° à la planification et à l'organisation d'activités pédagogiques projetées;
- 11° à la planification annuelle du recyclage et de la formation continuée du personnel;
- 12° à l'organisation du travail des conseils de classe;
- 13° à l'organisation de l'évaluation interne de l'école.

**Art. 52. Procès-verbaux**

Les propositions émises par le Conseil pédagogique sont consignées dans un registre des procès-verbaux qui reste à disposition du Ministère et de l'inspection, pour information.

**Art. 53. Rôle du chef d'école**

Le chef d'école reprend les propositions émises par le Conseil pédagogique. S'il ne le fait pas parce qu'il en est empêché par des conditions personnelles, matérielles ou budgétaires, il motive sa décision auprès du Conseil pédagogique.

**Art. 54. Droits du pouvoir organisateur**

Les droits du pouvoir organisateur ne sont pas limités par le travail du Conseil pédagogique.

*Section 3. — Représentation des élèves et des parents d'élèves***Art. 55. Représentation des élèves**

Les élèves s'impliquent dans la vie scolaire par le biais de délégations d'élèves élus.

Le chef d'école est obligé d'organiser une représentation des élèves à partir du 2ème degré de l'enseignement secondaire. Les délégations d'élèves ont un droit d'information et de consultation.

Le projet d'établissement de chacune des écoles contient des dispositions relatives à la forme que revêt l'implication de la délégation des élèves. Ces dispositions sont élaborées au sein du Conseil pédagogique avec la délégation des élèves et sont soumises au pouvoir organisateur pour décision.

**Art. 56. Représentation des parents d'élèves**

Les personnes chargées de l'éducation s'impliquent dans la vie de l'école par le biais de délégations de parents d'élèves.

Le projet d'établissement de chacune des écoles contient des dispositions relatives à la forme que revêt l'implication de la délégation des parents élèves. Ces dispositions sont élaborées au sein du Conseil pédagogique avec la délégation des parents d'élèves et sont soumises au pouvoir organisateur pour décision.

CHAPITRE VI. — *Durée d'une année scolaire et régime des congés et des vacances***Art. 57.** Durée de l'année scolaire

Le Gouvernement détermine la durée de chaque année scolaire. Les écoles doivent être ouvertes de 180 à 184 jours.

**Art. 58.** Jours de congé scolaires

Le Gouvernement détermine le premier et le dernier jour d'école. Il détermine les jours de congé scolaire, fixe les dispositions relatives aux jours de congé supplémentaires ou exceptionnels.

Aucun cours n'est dispensé aux dates suivantes :

- 1° tous les samedis et dimanches;
- 2° le 1<sup>er</sup> novembre;
- 3° le 11 novembre;
- 4° le 15 novembre;
- 5° les 24, 25 et 26 décembre;
- 6° le 1<sup>er</sup> janvier;
- 7° le lundi de Pâques;
- 8° le 1<sup>er</sup> mai;
- 9° le jour de l'ascension;
- 10° le lundi de Pentecôte.

**Art. 59.** Jours d'école

Les cours sont dispensés du lundi au vendredi.

Dans l'enseignement fondamental, aucun cours n'est dispensé le mercredi après-midi.

**Art. 60.** Horaire hebdomadaire dans l'enseignement fondamental

Dans une école fondamentale, l'horaire hebdomadaire des élèves comprend 28 périodes de cours.

**Art. 61.** Horaire hebdomadaire dans l'enseignement secondaire

Dans une école secondaire, l'horaire hebdomadaire des élèves comprend au moins 28 périodes de cours.

Le Gouvernement fixe le nombre maximum de périodes de cours pour chaque orientation d'études. Il ne peut en aucun cas excéder 36.

**Art. 62.** Détermination de l'horaire hebdomadaire

Après délibération en Conseil pédagogique, le chef d'école décide de l'organisation de l'horaire hebdomadaire.

**Art. 63.** Dispenses

À la demande des personnes chargées de l'éducation de l'enfant et sur avis du chef d'école, le Gouvernement peut décider qu'un élève sera ou non dispensé, dans des cas particuliers, de participer à toutes les périodes de cours.

Par dérogation à l'alinéa premier, c'est le chef d'école qui décide lorsque l'absence ne dépasse pas trois jours scolaires consécutifs.

Une dispense générale pour le cours de religion ou de morale non-confessionnelle n'est jamais accordée.

**Art. 64.** Jour d'école

Les cours sont dispensés entre 8 et 17 heures. Des dérogations sont possibles dans le cadre du projet scolaire.

Pour des raisons liées à l'organisation du transport scolaire, le Gouvernement peut fixer des mesures restrictives.

**Art. 65.** Organisation des jours d'école

Après délibération en Conseil pédagogique, le chef d'école décide de l'organisation de chaque jour d'école.

**Art. 66.** Pause de midi

La pause de midi dure au moins 60 minutes dans une école fondamentale et 50 dans une école secondaire.

**Art. 67.** Modification de l'horaire hebdomadaire

L'horaire hebdomadaire peut être modifié dans le courant de l'année scolaire pour des raisons pédagogiques, le nombre total de périodes par discipline devant être atteint en fin de degré.

CHAPITRE VII. — *Suivi et évaluation de l'école*Section 1<sup>re</sup>. — *Evaluation interne***Art. 68.** Généralités

Le pouvoir organisateur est responsable de l'évaluation interne de l'école. Il charge le Conseil pédagogique d'organiser cette évaluation.

Cette évaluation a pour but :

- 1° d'examiner dans quelle mesure les structures scolaires, les méthodes et résultats du travail scolaire répondent aux objectifs du projet d'établissement;
- 2° d'élaborer des propositions en vue du développement de l'école.

L'évaluation de l'école dans son ensemble est effectuée tous les trois ans. Le Gouvernement vérifie si cette évaluation a bien eu lieu.

L'évaluation peut également porter sur des thèmes pédagogiques particuliers qui sont déterminés par le pouvoir organisateur ou par le Conseil pédagogique.

**Art. 69.** Implication des parents et des élèves

Lors de l'évaluation interne, l'avis des délégations de parents d'élèves et des délégations d'élèves est recueilli.

**Section 2 - Évaluation externe****Art. 70.** Généralités

§ 1<sup>er</sup>. Le Gouvernement met sur pied un groupe de travail qui est chargé de l'évaluation externe des écoles et du système scolaire.

Cette évaluation a pour but :

- 1° d'examiner dans quelle mesure les écoles répondent aux exigences du projet social;
- 2° de soumettre au Gouvernement, aux pouvoirs organisateurs et aux écoles des propositions en vue du développement scolaire;
- 3° de vérifier si les écoles, lors de leurs mesures de recyclage et de formation continuée, respectent le cadre fixé par le Gouvernement.

§ 2. Le groupe de travail rédige un rapport qui est remis au pouvoir organisateur. Ce dernier est autorisé à y joindre un avis écrit. Le rapport et l'avis éventuel sont transmis au Gouvernement.

**Art. 71.** Confidentialité

Le groupe de travail respecte la confidentialité des résultats.

**Art. 72.** Périodicité

En règle générale, l'évaluation externe a lieu tous les cinq ans. Elle peut être effectuée à la demande du pouvoir organisateur.

Le Gouvernement fixe les dates auxquelles doit être effectuée l'évaluation externe de tout le système scolaire ou de certains aspects.

Un rapport sur l'évaluation externe du système scolaire est présenté au Conseil.

**Art. 73.** Composition

§ 1<sup>er</sup>. Les groupes de travail chargés de l'évaluation externe des écoles et du système scolaire sont composés :

- 1° d'un représentant du Ministère;
- 2° d'un représentant de l'inspection;
- 3° d'un représentant du pouvoir organisateur concerné lorsqu'il s'agit de l'évaluation d'une école;
- 4° de deux représentants provenant d'écoles supérieures et/ou d'universités.

Le groupe de travail peut désigner un représentant du monde culturel, économique et social comme membre supplémentaire.

§ 2. A certaines conditions fixées par le Gouvernement, les membres ont droit à des jetons de présence et à des indemnités pour frais de déplacement.

**Section 3. — Suivi des écoles****Art. 74.** Suivi des écoles

Le Gouvernement peut charger des spécialistes de suivre les écoles ou certains membres du personnel pour garantir la qualité de leur travail. Ce suivi est effectué à la demande du pouvoir organisateur ou du chef d'école dans l'enseignement communautaire.

**CHAPITRE VIII. — Contenu des cours, évaluation des prestations fournies par les élèves et certificats de fin d'études****Section 1<sup>re</sup>. — Contenu des cours****Art. 75.** Objectifs de développement, compétences et compétences-clés

§ 1<sup>er</sup>. La section maternelle poursuit des objectifs de développement.

L'école primaire et l'école secondaire apprennent aux élèves à acquérir des compétences disciplinaires ou interdisciplinaires.

§ 2. Les compétences-clés sont les compétences disciplinaires qui constituent l'exigence minimale à laquelle doit satisfaire chaque élève. Elles sont déterminantes pour la délivrance des certificats de fin d'études ou de fin de degré.

§ 3. A l'exception des cours de religion et de morale non-confessionnelle, les compétences-clés sont déterminées d'une part pour l'ensemble des classes pour l'enseignement primaire et d'autre part par discipline ou domaine, par degré et par forme d'enseignement pour l'enseignement secondaire.

§ 4. Le Conseil fixe les objectifs de développement et les compétences-clés sur proposition du Gouvernement.

**Section 2. — Évaluation****Art. 76.** Généralités

L'évaluation fait partie intégrante du processus d'apprentissage et d'enseignement. Elle sert à déterminer le stade de développement et les prestations de chaque élève.

**Art. 77.** Évaluation écrite

Le résultat de l'évaluation est régulièrement consigné par écrit et commenté.

**Art. 78.** Bulletin et journal de classe

Le bulletin renseigne régulièrement l'élève ainsi que la personne chargée de son éducation sur l'évaluation par discipline ou par domaine.

Le journal de classe de l'élève peut donner d'autres informations quant à ses prestations.

**Art. 79. Évaluation formative**

Pendant toute la durée de sa scolarité, l'élève est évalué continuellement dans tous les cours et autres activités pédagogiques.

L'évaluation formative est effectuée continuellement dans toutes les disciplines, dans tous les domaines et dans tous les projets pédagogiques. Elle sert à donner en permanence des indications sur l'évolution de la manière dont l'élève acquiert des compétences. Elle ne mesure pas cette évolution au moyen de normes déterminées, mais donne des renseignements fondamentaux sur son développement personnel.

**Art. 80. Objectifs de l'évaluation formative**

§ 1<sup>er</sup>. L'évaluation formative poursuit des objectifs éducatifs et porte sur les compétences disciplinaires et interdisciplinaires.

§ 2. L'évaluation formative indique à l'élève comment il peut améliorer ses méthodes d'apprentissage et de travail.

Elle donne à l'enseignant la possibilité d'examiner ses cours et, éventuellement, de les adapter.

Elle donne au Conseil de classe des indications importantes pour l'organisation de mesures de suivi des élèves. En outre, elle indique au conseil de classe comment un élève peut être suivi et soutenu de façon efficace.

**Art. 81. Évaluation normative**

L'évaluation normative sert à donner à l'élève, à la personne chargée de son éducation et au conseil de classe des indications qui montrent dans quelle mesure l'élève a atteint les compétences visées ou à acquérir. Cette évaluation est basée sur des normes identiques pour tous les élèves et qui leurs sont préalablement communiquées.

**Art. 82. Détermination des disciplines prises en considération pour le passage et l'attribution des certificats de fin de degré et de fin d'études**

Pour la décision concernant l'attribution du certificat d'études de base sont prises en considération les disciplines « langue maternelle », « première langue étrangère » et « mathématiques ».

Pour la décision concernant le passage et l'attribution des certificats de fin de degré et de fin d'études secondaires, sont pris en considération les disciplines et domaines constituant la formation de base et l'orientation d'études de l'élève.

Sur la proposition du Conseil pédagogique, le pouvoir organisateur ou le chef d'école détermine quels sont les disciplines ou domaines supplémentaires pris en compte lors de la décision relative au passage et à l'attribution des certificats de fin de degré et de fin d'études mentionnés aux alinéas 1 et 2.

**Art. 83. Bulletins**

Sur la proposition du Conseil pédagogique, le chef d'école détermine quand l'évaluation formative et l'évaluation normative par discipline ou domaine doivent être consignées dans le bulletin. Elles le sont au moins deux fois par année scolaire. Le bulletin comprend un commentaire sur les progrès réalisés par l'élève.

*Section 3. — Le conseil de classe***Art. 84. Missions**

Le conseil de classe :

1° observe, accompagne et conseille régulièrement les élèves tout au long de leur parcours scolaire et de leur évolution personnelle;

2° détermine, après délibération approfondie, dans quelle mesure les compétences-clés ont été atteintes;

3° décide du passage, de l'orientation de l'élève et de la délivrance des certificats de fin d'études et de fin de degré mentionnés à la section 4.

**Art. 85. Soutien et orientation de l'élève**

Le conseil de classe veille à ce que chaque élève prenne connaissance de l'aide et du soutien nécessaires suivant ses capacités et ses besoins.

Lorsque le Conseil de classe estime, après en avoir discuté avec le centre PMS, que les capacités d'un élève ne peuvent être suffisamment développées dans l'enseignement ordinaire et qu'il est nécessaire pour lui de fréquenter un enseignement spécialisé, le chef d'école est tenu d'en informer par écrit les personnes chargées de l'éducation de l'élève et de leur soumettre des propositions d'orientation.

**Art. 86. Composition et fonctionnement**

Le chef d'école ou son représentant, tous les membres du personnel enseignant ainsi qu'un représentant du personnel éducatif d'une classe ont voix délibérative au sein du conseil de classe concerné; un représentant du centre P.M.S. peut participer aux réunions du conseil de classe avec voix consultative.

La présidence du conseil de classe est assurée par le chef d'école ou son représentant. Le président veille au respect des dispositions légales et réglementaires. Lorsque la délibération a pour objet la délivrance des certificats de fin d'études ou de fin de degré, la présence du chef d'école est requise; il ne peut être représenté qu'en cas de force majeure.

Les membres du conseil de classe prennent leurs décisions de manière consensuelle. Si le consensus n'est pas possible, l'on procède à un vote auquel ne prend pas part le président. Les abstentions sont interdites. En cas de parité des voix, la décision est prise par le président.

*Section 4. — Certificats de fin d'études ou de fin de degré***Art. 87. Généralités**

Les certificats de fin d'études ou de fin de degré confirment officiellement que l'élève maîtrise suffisamment les compétences-clés pour chaque discipline, à savoir les exigences minimales requises dans l'enseignement primaire et secondaire pour le passage ou la délivrance d'un certificat de fin d'études.

La délibération du conseil de classe relative au passage ou à la délivrance d'un certificat de fin d'études se base sur l'évaluation formative et normative.

**Art. 88. Certificat d'études de base**

La fréquentation de l'enseignement fondamental est sanctionnée par un certificat d'études de base.

**Art. 89. Attestation de fréquentation scolaire**

L'élève qui ne reçoit pas le certificat d'études de base à la fin de son cycle a droit à une déclaration écrite du chef d'école énumérant les compétences atteintes et le nombre d'années scolaires suivies.

**Art. 90. Jury d'examens pour la délivrance extra-scolaire du certificat d'études de base**

Le certificat d'études de base peut être délivré en dehors du système scolaire. Un jury d'examens est créé à cette fin.

**Art. 91. Certificat de fin de degré dans l'enseignement secondaire**

Un certificat de fin de degré est délivré à la fin des deux premiers degrés d'enseignement secondaire.

**Art. 92. Certificat de fin d'études de l'enseignement secondaire**

La fréquentation de l'enseignement secondaire est sanctionnée par un certificat de fin d'études de l'enseignement secondaire.

**Art. 93. Jury d'examens pour la délivrance extra-scolaire de certificats**

Il est créé un jury d'examens qui peut délivrer le certificat de fin de deuxième degré et le certificat de fin d'études de l'enseignement secondaire.

**CHAPITRE IX. — Mission du personnel***Section 1<sup>re</sup>. — Description de la mission***Art. 94. Généralités**

Les missions des membres du personnel comprennent les prestations absolument indispensables à l'exercice de chaque fonction et d'autres tâches qui servent la réalisation du projet d'établissement.

**Art. 95. Détermination**

Après en avoir discuté avec les membres du personnel concernés, le pouvoir organisateur ou le chef d'école détermine les missions par écrit, en les répartissant équitablement, missions pour lesquelles ils devront mettre en oeuvre toutes leurs compétences professionnelles.

**Art. 96. Chef d'école**

La mission du chef d'école consiste à :

- 1° assurer la direction pédagogique et organisationnelle de l'école sur ordre du pouvoir organisateur;
- 2° mettre en application le projet social, le projet éducatif et le projet d'établissement;
- 3° assurer la direction et le suivi du personnel de l'école;
- 4° représenter l'école à l'extérieur;
- 5° veiller à ce que les cours aient lieu;
- 6° présider les conseils de classe et autres conférences scolaires;
- 7° distribuer les cours;
- 8° établir les horaires hebdomadaires et annuels;
- 9° accueillir et renvoyer les élèves sur ordre du pouvoir organisateur;
- 10° organiser les surveillances et les remplacements;
- 11° contrôler le respect des dispositions légales et réglementaires ainsi que du règlement intérieur de l'école;
- 12° collaborer avec les membres du personnel, le Conseil pédagogique et les autres organes représentatifs au sein de l'école;
- 13° collaborer avec les centres PMS;
- 14° conseiller les élèves et les personnes chargées de leur éducation;
- 15° collaborer avec le pouvoir organisateur;
- 16° organiser des recyclages et la formation continuée;
- 17° suivre personnellement des recyclages et une formation continuée;
- 18° remplir les tâches qui concourent à la réalisation du projet d'établissement.

**Art. 97. Personnel enseignant**

La mission de chacun des membres du personnel enseignant consiste principalement à :

- 1° assurer la charge qui lui est attribuée, à savoir planifier, préparer et dispenser les périodes de cours et autres activités pédagogiques en suivant le programme des cours;
- 2° assurer sa tâche éducative qui consiste à encadrer régulièrement et personnellement l'élève et à développer son sens des responsabilités;
- 3° participer régulièrement aux recyclages et formations continuées organisés;
- 4° participer aux conférences pédagogiques;
- 5° participer aux réunions du personnel, du conseil de classe et de coordination;
- 6° assurer les surveillances et les remplacements;
- 7° organiser les contacts avec les parents et veiller à ce qu'ils participent aux réunions de parents;
- 8° s'impliquer dans l'évaluation interne et externe de l'école;
- 9° collaborer avec les centres PMS;
- 10° diriger une classe et assurer les tâches administratives y afférentes, telles que la rédaction de rapports et de bulletins;
- 11° organiser la répartition des matières;
- 12° tenir un journal de classe;
- 13° corriger les travaux effectués par les élèves et évaluer régulièrement les élèves;
- 14° assurer les tâches qui concourent à la concrétisation du projet d'établissement.

**Art. 98. Personnel éducatif**

La mission de chacun des membres du personnel éducatif consiste principalement à :

- 1° assurer sa charge éducative, c.-à-d. accompagner et encadrer régulièrement et personnellement les élèves et développer leur sens des responsabilités;
- 2° assurer les surveillances et les remplacements;
- 3° accomplir des tâches administratives;
- 4° participer régulièrement aux recyclages et formations continuées organisés;
- 5° participer à des conférences pédagogiques;
- 6° participer aux réunions du personnel, du conseil de classe et de coordination;
- 7° organiser les contacts avec les parents et veiller à ce qu'ils participent aux réunions de parents;
- 8° s'impliquer dans l'évaluation interne et externe de l'école et de leur propre travail;
- 9° collaborer avec les centres PMS;
- 10° assurer les tâches qui concourent à la concrétisation du projet d'établissement.

**CHAPITRE X. — Recyclage et formation continuée du personnel****Art. 99. Objectifs**

§ 1<sup>er</sup>. Tous les membres du personnel sont tenus de participer régulièrement à des recyclages et à la formation continuée.

§ 2. Les mesures de recyclage et de formation continuée organisées pour le personnel enseignant et éducatif ainsi que pour le chef d'école servent principalement à

- 1° promouvoir le développement personnel et professionnel;
- 2° garantir la qualité des formations proposées;
- 3° faire mieux connaître l'environnement social de l'école;
- 4° actualiser et élargir les connaissances dans la discipline enseignée;
- 5° promouvoir les aptitudes et capacités pédagogiques;
- 6° faire connaître de nouvelles formes et méthodes d'enseignement ainsi que du matériel didactique actuel et à les appliquer le cas échéant;
- 7° améliorer les relations humaines.

**Art. 100. Conception**

L'inspection établit un concept pour la formation continuée.

**Art. 101. Organisation et réalisation des mesures recyclage et de formation continuée**

Le Gouvernement charge des experts des missions suivantes :

- 1° planifier et réaliser des mesures de recyclage et de formation continuée sur ordre du Gouvernement;
- 2° planifier et réaliser des mesures de recyclage et de formation continuée sur ordre d'un pouvoir organisateur ou d'une école;
- 3° prodiguer des informations sur les offres de recyclage et de formation continuée proposées par d'autres institutions, en Belgique ou à l'étranger.

**Art. 102.** Établissement d'un plan de recyclage et de formation

Pour chaque année scolaire, le Conseil pédagogique établit son propre plan de recyclage et de formation continuée en accord avec le pouvoir organisateur ou son représentant.

Plusieurs écoles peuvent planifier ensemble des mesures de recyclage.

Le pouvoir organisateur peut obliger les membres du personnel à participer à un recyclage ou à une formation continuée.

**Art. 103.** Crédits budgétaires

Dans les limites des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement met à la disposition des différents pouvoirs organisateurs les crédits nécessaires à la réalisation de leurs propres mesures de recyclage et de formation continuée. Pour fixer ces crédits, il sera tenu compte du nombre d'élèves, du niveau d'enseignement et de la forme d'enseignement. Le Gouvernement fixe les modalités d'exécution de ces mesures.

Plusieurs pouvoirs organisateurs peuvent réaliser ensemble des mesures de recyclage et de formation continuée.

**CHAPITRE XI. — Modifications du décret du 30 juin 1997 portant création, maintien, fermeture et organisation de l'enseignement fondamental ordinaire sur base d'un capital emplois et de la loi du 30 juillet 1963 concernant le régime linguistique dans l'enseignement**

**Art. 104.** L'article 3, 12° du décret du 30 juin 1997 portant création, maintien, fermeture et organisation de l'enseignement fondamental ordinaire sur base d'un capital emplois est abrogé.

**Art. 105.** L'article 5 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 5 - Dans l'enseignement maternel, sont pris en considération les élèves domiciliés en Communauté germanophone qui ont, jusqu'au dernier jour d'école du mois de septembre, été présents pendant au moins 10 jours d'école à raison de demi-journées.

Par dérogation à l'alinéa 1, les élèves domiciliés dans le ressort d'une entité étrangère peuvent aussi être pris en compte si cette entité participe proportionnellement aux frais de personnel et de fonctionnement encourus par la Communauté germanophone pour cette école maternelle, à condition que cette participation fasse l'objet d'une convention écrite.

**Art. 106.** À l'article 7 du même décret, le passage « pas 8 élèves régulièrement inscrits » est remplacé par « pas 12 élèves régulièrement inscrits ».

**Art. 107.** § 1. À l'article 9 du même décret, le passage « des articles 10 à 12° » est remplacé par « des articles 11 et 12° ».

§ 2. L'article 10 du même décret est abrogé.

**Art. 108.** À l'article 11, § 1 du même décret, le passage « Nonobstant l'article 10° » est remplacé par « Nonobstant l'article 6 de la loi du 30 juillet 1963 concernant le régime linguistique dans l'enseignement ».

**Art. 109.** À l'article 12, alinéa 2 du même décret, le passage « aux articles 10 et 11° » est remplacé par « à l'article 11° ».

**Art. 110.** L'article 19 du même décret est complété par l'alinéa suivant :

« Les élèves nécessitant un soutien accru visés à l'article 29 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, qui fréquentent une école primaire ordinaire et suivent au moins 14 périodes de cours par semaine, sont également pris en considération »

**Art. 111.** L'article 21 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 21. Un lieu d'implantation primaire qui compte au moins 12 élèves régulièrement inscrits obtient au 1<sup>er</sup> octobre un nombre déterminé d'emplois à temps plein, calculé comme suit :

Nombre d'élèves	Nombre d'emplois à temps plein
12-15	1,25
16-20	1,5
21-25	2
26-30	2,25

pour tout autre groupe entamé de 5 élèves : 1/4 d'emploi supplémentaire. »

**Art. 112.** L'article 22, § 2, alinéa 3 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Le nombre de cours, déterminé sur base de ce total, est fixé comme suit :

jusqu'à 23 élèves :	1 cours
de 24 à 44 élèves :	2 cours
de 45 à 71 élèves :	3 cours
de 72 à 94 élèves :	4 cours
de 95 à 117 élèves :	5 cours
de 118 à 140 élèves :	6 cours
de 141 à 163 élèves :	7 cours
de 164 à 186 élèves :	8 cours
de 187 à 209 élèves :	9 cours
de 210 à 231 élèves :	10 cours
de 232 à 256 élèves :	11 cours

pour tout autre groupe entamé de 25 élèves : 1 cours supplémentaire. »

**Art. 113.** A l'article 22, § 3 du même décret, le passage « moins de 26 élèves par degré » est remplacé par « moins de 24 élèves par degré ».

**Art. 114.** L'article 26 du même décret est complété par l'alinéa suivant :

« Par dérogation à l'alinéa 1, 1°, l'école fondamentale obtient 1/4 d'emploi si elle compte au moins 220 élèves et 4 implantations ».

**Art. 115.** Dans le même décret, il est inséré un article 26bis libellé comme suit :

« Article 26bis : Une école fondamentale organisée par la Communauté germanophone et une école fondamentale libre subventionnée qui ne se situent pas dans une implantation d'une école secondaire ou supérieure du même pouvoir organisateur, obtiennent d'après le nombre d'élèves le nombre d'emplois suivant pour la fonction de correspondant-comptable :

1° jusqu'à 49 élèves :	1/4 d'emploi;
2° de 50 à 149 élèves :	2/4 d'emploi;
3° de 150 à 249 élèves :	3/4 d'emploi;
4° à partir de 250 élèves :	1 emploi à temps plein.

**Art. 116.** Dans le même décret, il est inséré un article 26ter libellé comme suit :

« Article 26ter : Les élèves nécessitant un soutien accru visés à l'article 29 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, qui fréquentent une école primaire ordinaire et suivent au moins 14 périodes de cours par semaine, sont également pris en considération lors du calcul du complément au capital emplois et du capital emplois pour la fonction de correspondant-comptable, visés aux articles 25, 26 et 26bis. »

**Art. 117.** Dans le même décret, il est inséré un article 31bis libellé comme suit :

« Article 31bis : Par dérogation aux articles 15, 18 et 21, un pouvoir organisateur peut, dès le premier jour de l'année scolaire en cours, organiser des quarts d'emploi supplémentaires d'après le nombre d'élèves, en devant supporter ceux qui, en raison du calcul intervenu, ne seront plus disponibles au 1<sup>er</sup> octobre.

**Art. 118.** Dans le même décret, l'article 38 est complété par les points 3° et 4° suivants :

« 3° l'arrêté royal du 2 décembre 1969 fixant les normes de création d'emplois de correspondant-comptable et de correspondant-comptable sélectionné dans les établissements d'enseignement de l'Etat, modifié par l'arrêté royal du 15 avril 1977 et les arrêtés royaux n°s 66 du 20 juillet 1982 et 211 du 23 septembre 1983;

4° l'arrêté de l'Exécutif du 12 juin 1990 fixant les normes de création d'emplois de correspondant-comptable et de correspondant-comptable sélectionné dans les établissements d'enseignement fondamental autonomes libres subventionnés dont le chef d'école n'est pas entièrement dispensé de l'enseignement. »

**Art. 119.** L'article 6, alinéa 2 de la loi du 30 juillet 1963 concernant le régime linguistique dans l'enseignement est remplacé par la disposition suivante :

« Cet enseignement maternel ou primaire ne peut être organisé qu'à la demande d'au moins 16 personnes chargées de l'éducation qui ne trouvent pas d'école maternelle ou primaire à une distance de 4 km, une école maternelle ne pouvant être créée qu'en tant que niveau d'enseignement d'une école fondamentale.

**Art. 120.** L'article 6, alinéa 4 de la loi du 30 juillet 1963 concernant le régime linguistique dans l'enseignement est remplacé par la disposition suivante :

« Le droit des personnes chargées de l'éducation défini à l'article 24 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires doit être respecté. »

## CHAPITRE XII. — Dispositions abrogatoires et modificatives

**Art. 121.** Abrogation

§ 1<sup>er</sup>. Sont abrogés :

1° les articles 23, alinéa 4, 50 et 50bis des lois sur l'enseignement primaire coordonnées le 20 août 1957;

2° les articles 4 et 8, alinéas 3 à 6 de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement;

3° l'article 1, § 4, 3° et § 6 ainsi que l'article 3, § 1, alinéa 2, §§ 2 et 3 de la loi du 29 juin 1983 concernant l'obligation scolaire;

4° l'arrêté royal du 29 mars 1985 fixant les jours d'ouverture des établissements d'enseignement de plein exercice.

5° l'arrêté de l'Exécutif du 4 septembre 1991 instituant une commission pédagogique pour la formation continuée dans l'enseignement;

6° l'arrêté de l'Exécutif du 16 juin 1993 fixant les conditions auxquelles doit répondre un centre d'enseignement secondaire.

§ 2. Sont abrogés à une date fixée par le Gouvernement :

1° les articles 6, 41, 42, 43 et 44 de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement;

2° l'article 1, alinéas 1 et 2 et l'article 3 de la loi du 19 juillet 1971 relative à la structure générale et à l'organisation de l'enseignement secondaire;

3° l'article 5*bis* de la loi du 6 juillet 1970 sur l'enseignement spécial et intégré;

4° le décret du 18 avril 1994 relatif à l'installation d'un jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire et à l'organisation des examens présentés devant ce jury;

5° l'arrêté royal du 15 juin 1984 relatif à l'examen cantonal pour la délivrance du certificat d'études de base;

6° l'arrêté royal du 15 juin 1984 déterminant la forme et les règles de délivrance du certificat d'études de base;

7° les articles 5, 6, 7, 8, 10, 11 et 12 de l'arrêté royal du 11 décembre 1987 déterminant le règlement organique des établissements de plein exercice de l'Etat dont la langue de l'enseignement est le français ou l'allemand, à l'exclusion des établissements d'enseignement supérieur.

§ 3. Sont abrogés pour l'enseignement fondamental ordinaire, l'enseignement secondaire ordinaire et l'enseignement spécial :

1° le décret du 17 juillet 1995 relatif aux droits d'inscription et au minerval dans l'enseignement;

2° l'article 5 de l'arrêté du Gouvernement du 8 décembre 1993 relatif au régime des vacances et congés dans l'enseignement.

#### Art. 122. Modification

L'article 1<sup>er</sup>, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2 de la loi du 29 juin 1983 concernant l'obligation scolaire, modifié par le décret du 17 octobre 1994, est remplacé par la disposition suivante :

« L'obligation scolaire est à temps plein jusqu'à la fin de l'année scolaire intervenant pendant l'année civile au cours de laquelle le mineur atteint l'âge de quinze ans. Elle comporte au moins les deux premières années de l'enseignement secondaire de plein exercice. Elle ne peut en aucun cas se prolonger au-delà de l'année scolaire prenant fin durant l'année civile au cours de laquelle le mineur atteint l'âge de seize ans. »

#### Art. 123. Modification

L'article 2, alinéa 3 de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement est remplacé par la disposition suivante :

« Le pouvoir organisateur est une personne morale ou physique qui est juridiquement responsable de la création, de l'organisation et de la gestion d'une ou de plusieurs écoles et fournit des prestations propres à la gestion de l'école ».

A l'article 8, alinéa 2 de la même loi du 29 mai 1959, modifié par la loi du 20 février 1978, la première phrase est remplacée par la disposition suivante :

« Par enseignement de la religion, il faut entendre l'enseignement de la religion (catholique, protestante, orthodoxe, israélite et islamique) et de la morale inspirée par cette religion. »

### CHAPITRE XIII. — *Entrée en vigueur*

#### Art. 124. Entrée en vigueur

Les dispositions du présent décret entrent en vigueur le 1<sup>er</sup> septembre 1998, à l'exception de l'article 38 qui entrera en vigueur le 1<sup>er</sup> mai 1999 et des articles 11 à 13, 16 à 20, 22, 33, 39 à 45, 48 à 56, 61, 62, 65 et 68 à 103 qui entreront en vigueur à une date fixée par le Gouvernement.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au Moniteur Belge.

Eupen, le 31 août 1998

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président, Ministre des Finances, des Relations internationales,  
de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et du Tourisme  
J. MARAITE

Le Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales  
K.- H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement, de la Culture, de la Recherche scientifique et des Monuments et Sites  
W. SCHRÖDER

—  
Note

*Session 1997-1998*

*Documents du Conseil*: 117 (1997-1998) n° 1. — Projet de décret, 117 (1997-1998) n° 2-4. — Propositions d'amendement, 117 (1997-1998) n° 5. — Rapport, 117 (1997-1998) n°s 6-7. — Propositions d'amendement relatives au texte adopté par la commission

*Compte rendu intégral*. — Discussion et vote. Séance du 31 août 1998.

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 98 — 3119

[C - 98/33100]

**31 AUGUSTUS 1998. — Decreet betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs**

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen en definities***Artikel 1.** Toepassingsgebied

Dit decreet is van toepassing op het gewoon basis- en secundair onderwijs dat door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd en gesubsidieerd wordt, met uitzondering van het complementair beroepsonderwijs.

De artikels 23, 24, 32 en 57 tot 59 zijn eveneens van toepassing op het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd en gesubsidieerd buitengewoon onderwijs en secundair onderwijs met beperkt leerplan.

**Art. 2.** Hoedanigheden

In dit decreet gelden de hoedanigheden voor beide geslachten.

**Art. 3.** Meerderjarigheid

Vanaf de dag waarop een leerling meerderjarig wordt, gelden voor hem de rechten en plichten die in dit decreet vastgelegd zijn voor de persoon belast met zijn opvoeding.

**Art. 4.** Definities

Voor de toepassing van dit decreet verstaat men onder :

- 1° Raad : de Raad van de Duitstalige Gemeenschap;
- 2° Regering : de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;
- 3° school : inrichting voor vorming en opvoeding die door een schoolhoofd wordt geleid en een onderwijs verstrekt overeenkomstig een studieprogramma vastgelegd of goedgekeurd door de Regering;
- 4° inrichtende macht : rechts- of natuurlijke persoon die de rechtelijke verantwoordelijkheid voor de oprichting, de organisatie en het bestuur van één of meerdere scholen op zich neemt en die prestaties verleent die eigen zijn aan het beheer van een school;
- 5° persoon belast met de opvoeding : persoon die ofwel het ouderlijk gezag ofwel de voogdij over het leerplichtige kind in rechte of feitelijk uitoefent;
- 6° huisonderwijs : onderwijs verstrekt aan leerplichtige kinderen en dat door de personen belast met hun opvoeding georganiseerd en gefinancierd wordt;
- 7° officieel onderwijs : onderwijs georganiseerd door een publiekrechtelijke rechtspersoon;
- 8° vrij onderwijs : onderwijs georganiseerd door een privaatrechtelijke natuurlijke persoon of rechtspersoon;
- 9° studieprogramma : wekelijkse lessentabel en leerplannen van een klas in het lager en het secundair onderwijs;
- 10° wekelijkse lessentabel : lijst van de onderwijseenheden verstrekt tijdens een week onderwijs in een vak of vakgebied;
- 11° activiteitenplan : plan dat de pedagogische activiteiten opsomt die in de kleuterafdeling de ontwikkelingsdoelen dienen te bereiken;
- 12° leerplan : plan met de doeleinden, inhouden, sleutelbevoegdheden, bevoegdheden en referenties voor de organisatie van een bepaald vak of vakgebied in het lager of secundair onderwijs;
- 13° vakgebied : groep vakken die qua inhoud in verband tot elkaar gebracht worden;
- 14° ontwikkelingsdoelen : doeleinden qua kennis, inzicht, vaardigheden en attitudes die in de kleuterafdeling nagestreefd worden;
- 15° bevoegdheden : bekwaamheden en vaardigheden qua kennis, know-how en attitudes; er zijn vakgebonden of vakoverschrijdende bevoegdheden;
- 16° sleutelbevoegdheid : minimale vakbekwaamheid die door elke leerling moet worden verworven;
- 17° graad : structuur die in één onderwijsniveau meerdere leerjaren telt;
- 18° onderwijsniveau : indeling van het gewoon onderwijs in de kleuterafdeling, lagere school en secundaire school;
- 19° klas : bepaalde groep leerlingen die samen het onderwijs volgen. Deze leerlingengroep bestaat uit leerlingen van hetzelfde leerjaar of van meerdere leerjaren;
- 20° godsdienst : één der godsdiensten bedoeld in artikel 8 van de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving;
- 21° bevoegde instantie van de betrokken eredienst : een kerkelijke gezagdrager erkend door de federale Staat;
- 22° confessioneel onderwijs : onderwijs gebaseerd op één der godsdiensten bedoeld in artikel 8 van de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving en verstrekt met de instemming van de bevoegde instantie van de betrokken eredienst, indien zo'n instantie bestaat;
- 23° leerling die krachtig moet worden gesteund : leerplichtige leerling die met toepassing van artikel 1 van de wet van 6 juli 1970 op het buitengewoon en geïntegreerd onderwijs als gehandicapte leerling wordt beschouwd en die het geïntegreerd onderwijs kan volgen;

(De nota's betreffende deze tekst bevinden zich op blz. 37734.)

24° inspectie : persoon of personen die door de Regering belast worden met het schooltoezicht en de pedagogische resp. vakkundige begeleiding van de personeelsleden van de scholen;

25° lestijd : eenheid van vijftig minuten aangewend voor het onderwijs of voor andere pedagogische activiteiten in het kader van de schoolopleiding;

26° inrichtende macht op het gebied van de opleiding : alle door de Duitstalige Gemeenschap erkende publiekrechtelijke of private instellingen die een vormingsdoel nastreven.

27° studiegetuigschriften : door de wet of de reglementen voorgeschreven getuigschriften die op het einde van een studiejaar uitgereikt worden.

## HOOFDSTUK II. — *Opdracht toevertrouwd door de maatschappij aan de inrichtende machten en aan het personeel van de gewone scholen*

### *Afdeling 1. — Maatschappelijk project*

#### **Art. 5. Algemeenheden**

Elke school die door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd is, moet in het kader van haar vormings- en opleidingswerk een opdracht vervullen die haar door de maatschappij toevertrouwd is. Deze opdracht bestaat erin de algemene doeleinden, opgenomen in de artikels van deze afdeling, in alle cursussen en andere pedagogische activiteiten na te streven.

Elk vormings- en opleidingswerk moet gebaseerd zijn op :

1° de erkenning en de naleving van de rechten van de mens zoals bepaald door

a) de Universele verklaring van de rechten van de mens, afgekondigd door de Algemene Vergadering van de Verenigde Naties op 10 december 1948 en

b) het Europees Verdrag van 4 november 1950 tot bescherming van de rechten van de mens en de fundamentele vrijheden;

2° de verdediging en de luister van de taal alsmede op de bevordering van cultuur en identiteit.

#### **Art. 6. Ontwikkeling van de persoonlijkheid**

De school bevordert de rijpingsproces van de leerlingen doordat ze rekening houdt met hun persoonlijkheid en hun behoefte aan zelfverwezenlijking, hun zelfvertrouwen versterkt en hun autonomie ontwikkelt. Daardoor houdt de school rekening met alle cognitieve, sociale, affectieve, psychomotorische en sanitaire aspecten.

De school houdt rekening met de sociale en culturele afkomst van de leerling en bevordert zo de gelijke kansen.

De school leert de leerlingen aan te erkennen dat alle anderen hetzelfde recht hebben op zelfverwezenlijking en op zelfbeschikking. Hun betrekkingen moeten op de rechtvaardigheid, de solidariteit en de verdraagzaamheid berusten alsmede op de gelijke kansen voor mannen en vrouwen.

De leerlingen moeten in staat zijn hun medeverantwoordelijkheid te dragen alsmede hun plichten bij de organisatie van de menselijke betrekkingen in de huiselijke kring, op en buiten school, in hun professioneel leven, in de maatschappij en op het niveau van de Staat.

#### **Art. 7. Achtung voor mens en milieu**

Op school leert men de anderen te eerbiedigen en zich milieubewust te gedragen.

#### **Art. 8. De leerlingen in de maatschappij**

De school heeft als opdracht bij alle leerlingen het gevoel voor het algemeen belang en de elementaire democratische gebruiken te bevorderen door hun belangstelling te wekken voor de sociale, politieke, culturele en economische vraagstellingen. De school bereidt er de leerlingen voor in het maatschappelijk en professioneel leven een actieve en creatieve rol te spelen.

Als levensruimte maakt de school het de hele schoolgemeenschap mogelijk aan vraagstukken omtrent de school mee te werken die haar betreffen.

#### **Art. 9. De overbrenging van kennis, bekwaamheid en vaardigheid**

De school moet kennis overbrengen, bekwaamheden en vaardigheden ontwikkelen. Ze leert aan voor cultuur en wetenschap open te staan en eerbied voor de godsdienstige en ideologische overtuigingen van de anderen te hebben.

#### **Art. 10. Wereldoriëntatie**

De school leert aan internationaal opgesteld te zijn, bevordert de Europese ideeën en de meertaligheid.

#### **Art. 11. Ontwikkelingsdoelen**

De opvoeding in de kleuterafdeling streeft ontwikkelingsdoelen na en bevordert voornamelijk de psychomotorische, sociale, affectieve en cognitieve bekwaamheden van het kind.

De kleuterleiders hebben als opdracht deze ontwikkelingsdoelen als basis te beschouwen voor hun vormings- en opvoedingswerk opdat alle leerlingen van het kleuteronderwijs optimaal worden voorbereid op het lager onderwijs.

#### **Art. 12. Bevoegdheden**

Het vormingsdoel van alle lagere en secundaire scholen bestaat erin bevoegdheden bij te brengen.

De school heeft als opdracht alle leerlingen in staat te stellen om zoveel mogelijke bevoegdheden te verwerven die hen ertoe brengen zich sleutelbevoegdheden eigen te maken.

#### **Art. 13. Vakoverschrijdende bevoegdheden**

Het « aanleren » wordt georganiseerd opdat de leerlingen actief aan de « opbouw » van hun eigen kennis en aan de verwerving van bevoegdheden kunnen meewerken.

De leerlingen moeten steeds de ervaring opdoen dat kennis en vaardigheden zinvol zijn en in praktijk kunnen worden gebracht.

De school tracht dus de leersituaties te actualiseren en deze bij het levensmilieu van de leerlingen te betrekken.

De verwerving van gepaste leer- en werkmethodes behoort tot de vakoverschrijdende bevoegdheden. Tijdens de schoolopleiding leren te leren en bereid te zijn om prestaties te leveren bedingen het levenslang leren.

Daarvoor hebben de scholen een aanpak van de informatie- en communicatietechnieken die aan de leeftijd van de leerlingen aangepast is.

**Art. 14.** Gelijkwaardigheid van de opleidingswegen

De studierichtingen en opleidingsvormen zijn verschillende maar gelijkwaardige middelen om de doeleinden van dit decreet te realiseren.

Ze zijn toegankelijk voor jongens en meisjes zonder uitzondering.

Om deze maatschappelijke opdracht te vervullen, werken de scholen samen met andere inrichtende machten op het gebied van de opleiding telkens als het als zinvol geacht wordt.

**Art. 15.** Opleidings- en beroepsvoorlichting

De scholen zijn ertoe verplicht, in samenwerking met de PMS-centra of andere gespecialiseerde instellingen, de leerlingen en de personen belast met hun opvoeding te informeren en te adviseren over de mogelijke studierichtingen, opleidingen en beroepen.

*Afdeling 2.* — Specifieke opdracht van de inrichtende machten

**Art. 16.** Opvoedkundig project

Elke inrichtende macht stelt een eigen opvoedkundig project op voor haar scholen. Dit project moet verenigbaar zijn met het maatschappelijk project.

**Art. 17.** Activiteitenplan, studieprogramma en leerplan

§ 1. Elke inrichtende macht stelt een activiteitenplan op of neemt er één over voor haar kleuterafdelingen.

Voor zijn lagere en secundaire scholen stelt zij studieprogramma's of leerplannen op of neemt ze over per vak of vakgebied en per graad.

Met uitzondering van de leerplannen voor de cursussen « godsdienst » of « niet-confessionele zedenleer » moeten de activiteitenplannen en de leerplannen respectievelijk de sleutelbevoegdheden en de ontwikkelingsdoelen duidelijk vermelden.

Bijkomende bevoegdheden worden ook als doelen in de verschillende leerplannen opgenomen.

§ 2. De activiteitenplannen, de studieprogramma's en de leerplannen opgesteld door gesubsidieerde inrichtende machten worden aan de Regering ter goedkeuring voorgelegd.

De Regering onderzoekt of er aan de voorwaarden van § 1, lid 3 voldaan wordt.

Indien de Regering activiteitenplannen, studieprogramma's of leerplannen opgesteld door een inrichtende macht niet goedkeurt, dan worden ze omgewerkt en opnieuw de Regering ter goedkeuring voorgelegd. Intussen past de inrichtende macht in de betrokken scholen een activiteitenplan, leerplan of studieprogramma toe dat van toepassing is in de gemeenschapsscholen of dat door de Regering al goedgekeurd is.

**Art. 18.** Leerplannen voor de cursus « godsdienst »

In afwijking van artikel 17 maken de bevoegde instanties van de betrokken erediensten, die verantwoordelijk zijn voor de cursus godsdienst, de leerplannen ter informatie aan de Regering over.

**Art. 19.** Pedagogische vrijheid van de inrichtende macht en verbod van politieke activiteit

§ 1. Op de voordracht van de pedagogische raad waarin hoofdstuk V, afdeling 2 voorziet, beslist elke inrichtende macht vrij over de didactische fundamenteën en pedagogische methodes voor haar scholen.

§ 2. Elke politieke activiteit of propaganda alsook elke winstgevende bedrijvigheid zijn verboden in de scholen georganiseerd of gesubsidieerd door de Gemeenschap.

Oneerlijke mededinging tussen scholen is verboden.

*Afdeling 3.* — Specifieke opdracht van de verschillende scholen

**Art. 20.** Schoolproject

Op de opdracht van de inrichtende macht stelt de pedagogische raad voor elke school een project op.

Het schoolproject moet tenminste volgende elementen omvatten :

1° een beschrijving van het algemeen pedagogisch concept - met inbegrip van de pedagogische methodes - voor de betrokken school of schoolgemeenschap;

2° een structuur van de pedagogische organisatie van de school, met name de criteria voor de indeling van de leerlingen bij een klas of groep;

3° de wijze waarop van de ontwikkeling van de leerling en van zijn prestaties wordt geëvalueerd;

4° de wijze en de tijd waarop de evaluaties worden meegedeeld;

5° desgevallend, een beschrijving van de maatregelen genomen ten gunste van de leerlingen die krachtig moeten worden gesteund met inbegrip van de wijze waarop medegewerkt wordt met de buitengewone scholen of met andere diensten erkend door de Regering of de Dienst voor de personen met een handicap;

6° een informatie over de mogelijkheden die aan de leerlingen en/of de personen belast met hun opvoeding aangeboden worden om beslissingen te betwisten die hen betreffen;

7° desgevallend, de vorm die de medebeslissing van de leerlingen in het schoolleven zal aannemen, vorm die in overleg met de leerlingenafvaardiging wordt aangenomen;

8° de vorm die de medebeslissing van de ouders in het schoolleven zal aannemen, vorm die in overleg met de oudersafvaardiging wordt aangenomen.

Indien de inspectie ter gelegenheid van een bezoek erom vraagt, wordt haar het schoolproject ter informatie overgemaakt.

HOOFDSTUK III. — *Structuur van het gewoon onderwijs**Afdeling 1. — De basisschool***Art. 21. Structuur**

§ 1. De basisschool bestaat uit een kleuterafdeling en een lagere school.

§ 2. De kleuterafdeling richt zich tot kinderen die nog niet leerplichtig zijn.

De lagere school richt zich tot leerplichtige kinderen en telt ten hoogste drie graden van tenminste twee leerjaren.

In afwijking van leden 1 en 2 mag een leerplichtig kind de kleuterafdeling tijdens het eerste jaar leerplicht bezoeken en mag een niet-leerplichtig kind het lager onderwijs vanaf het schooljaar bezoeken dat tijdens het kalenderjaar begint waar het kind 5 jaar oud wordt.

In beide gevallen nemen de personen belast met zijn opvoeding een dienovereenkomstige beslissing nadat zij een met redenen omkleed advies van de klasseraad en van het bevoegde PMS-centrum ter kennis hebben genomen.

Gaat het om een kind dat een kleuterafdeling nog niet heeft bezocht, dan is slechts het advies van het PMS-centrum vereist.

§ 3. Na de laatste graad beslist de klasseraad of het bewijs van basisonderwijs al dan niet zal worden uitgereikt.

§ 4. De klasseraad kan beslissen dat de leerling op de lagere school één enkele keer een bijkomend jaar in één en hetzelfde niveau volgt.

Op de voordracht van de klasseraad en op advies van een PMS-centrum kunnen de personen belast met de opvoeding beslissen dat hun kind de jaren doorgebracht op de lagere school met een 8ste jaar verlengt.

§ 5. Op grond van een gunstig advies van de klasseraad kunnen de personen belast met de opvoeding beslissen dat de jaren doorgebracht door hun kind op de lagere school met één jaar worden verminderd.

*Afdeling 2. — De secundaire school***Art. 22. Structuur**

§ 1. De secundaire school richt zich tot jongeren die houder zijn van het bewijs van basisonderwijs of die op 31 december van het lopende schooljaar de leeftijd van 12 jaar zullen hebben bereikt. Zij telt drie graden van telkens twee leerjaren.

§ 2. In de tweede en derde graden onderscheidt men de studierichtingen van de overgangsafdeling en die van de kwalificatieafdeling.

§ 3. Er zijn drie onderwijsvormen :

1° het algemeen onderwijs;

2° het technisch onderwijs;

3° het beroepsonderwijs.

In het beroepsonderwijs kan de derde graad drie leerjaren tellen.

De tweede en de derde graden van de overgangsafdeling van het algemeen en technisch onderwijs bereiden voornamelijk op het universitair en hoger onderwijs voor, kunnen echter ook directe toegang verlenen tot het beroepsleven.

De tweede en de derde graden van de kwalificatieafdeling van het technisch en beroepsonderwijs bereiden voornamelijk op een direct toegang tot het beroepsleven voor, sluiten verdere studies echter niet uit.

§ 4. De Regering stelt de Raad de eindgetuigschriften voor die buiten schoolverband uitgereikt worden en als toelatingsvoorwaarde kunnen worden opgenomen voor het kwalificatieonderwijs. De Regering coördineert de oorspronkelijke beroepsopleiding aangeboden door de scholen en de andere inrichtende machten van opleidingen. Zij bepaalt eveneens hoe de verschillende opleidingen met elkaar kunnen worden gecombineerd.

HOOFDSTUK IV. — *De leerlingen van het gewoon onderwijs**Afdeling 1. — Vrije keuze van de school en toelating***Art. 23. Huisonderwijs**

De personen belast met de opvoeding van een kind kiezen het schoolonderwijs of het huisonderwijs.

**Art. 24. Vrije keuze van de school**

De personen belast met de opvoeding van een kind die het schoolonderwijs kiezen of de kinderen zelf hebben in principe de keuze tussen het door de Gemeenschap georganiseerd onderwijs, het door haar gesubsidieerd officieel onderwijs, het vrij confessioneel onderwijs, het vrij niet-confessioneel onderwijs en het pluralistische onderwijs.

Pedagogische en/of financiële overleggingen kunnen, op de verschillende onderwijsniveaus en voor verschillende geografische zones binnen de Duitstalige Gemeenschap, meerdere onderwijsnetten of inrichtende machten ertoe leiden onder de medeverantwoordelijkheid van verschillende onderwijsnetten overeenkomsten te sluiten met het oog op de coördinatie en de complementariteit van het aangeboden onderwijs.

De personen belast met de opvoeding van een kind hebben recht op een gedeeltelijke terugbetaling van de kosten aangegaan voor het vervoer van het kind naar de dichtstbijgelegen vrij gekozen school indien de afstand tussen de woonplaats van het kind en deze school niet onder de minimale door de Regering vastgelegde afstand ligt.

**Art. 25. Inschrijvingsverplichting opgelegd aan de Gemeenschapsscholen**

De scholen van de Gemeenschap zijn ertoe verplicht elke leerling in te schrijven

1° die in de Duitstalige Gemeenschap woonachtig is;

2° die aan de toelatingsvoorwaarden voor het betrokken onderwijsniveau voldoet.

**Art. 26.** Inschrijvingsverplichting opgelegd aan de gemeentelijke scholen

De gesubsidieerde scholen ressorterend onder een gemeentelijke inrichtende macht zijn ertoe verplicht elke leerling in te schrijven

1° die in deze gemeente of in een naburige gemeente woonachtig is, wanneer de school waarin hij zich wil inschrijven de dichtstbij gelegen is;

2° die aan de toelatingsvoorwaarden voor het betrokken onderwijsniveau voldoet.

**Art. 27.** Inschrijvingsverplichting opgelegd aan de vrije gesubsidieerde scholen

De inrichtende macht van een vrije gesubsidieerde school is ertoe verplicht elke leerling in te schrijven

1° die in de Duitstalige Gemeenschap woonachtig is;

2° die aan de toelatingsvoorwaarden voor het betrokken onderwijsniveau voldoet;

3° wanneer de leerling of de persoon belast met zijn opvoeding het opvoedkundig project toestemt.

Wordt de inschrijving geweigerd, dan moet de reden erom per aangetekende brief aan de persoon belast met de opvoeding van het kind medegedeeld worden.

**Art. 28.** Controle op de inschrijvingen

De Regering regelt de controle op de inschrijvingen en op het regelmatig schoolbezoek van de leerplichtige leerlingen en bepaalt de mate waarin afwezigheden aanneembaar zijn.

Het schoolhoofd is ertoe verplicht de controlediensten bij te staan tijdens de controle op de inschrijvingen en op het regelmatig schoolbezoek.

*Afdeling 2. — Inschrijving van leerlingen die krachtig moeten worden gesteund***Art. 29.** Principe

Op verzoek van de persoon belast met de opvoeding, mits toestemming van het schoolhoofd van de gewone school en nadat de pedagogische raad van deze school gehoord is, mag een in een buitengewone school ingeschreven leerling die krachtig moet worden gesteund het gewoon onderwijs bezoeken wanneer een steunproject werd uitgewerkt overeenkomstig artikel 30.

**Art. 30.** Steunproject

In onderlinge overeenstemming met de personen belast met de opvoeding van het kind, met de betrokken buitengewone school en in samenwerking met de bevoegde PMS-centra of met andere in artikel 5 van de wet van 6 juli 1970 op het buitengewoon en geïntegreerd onderwijs vermelde inrichtingen moet de gewone school een steunproject uitwerken dat aan de betrokken leerling aangepast is. Dit steunproject moet precieze doeleinden vastleggen qua bevoegdheden. Het wordt jaarlijks onderzocht en zo nodig aangepast. De door de Regering of door de Dienst voor personen met een handicap erkende inrichtingen, mogen aan de uitwerking van het individueel steunproject meewerken.

De middelen die door de gewone en de buitengewone school aangewend worden, moeten in dit project duidelijk tot uiting komen.

**Art. 31.** Informatieplicht

Bij integratie van een leerling die krachtig moet worden gesteund, moeten zowel het schoolhoofd van de gewone school als hetgeen van de buitengewone school het Ministerie ervan verwittigen.

*Afdeling 3. — kosteloze toegang tot het onderwijs***Art. 32.** Kosteloze toegang tot het onderwijs

§ 1. De toegang tot het kleuter-, lager en secundair onderwijs verstrekt door een onderwijsinrichting die door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd wordt, is kosteloos.

§ 2. Op de voordracht van de Regering stelt de Raad een lijst op met de diensten en leermiddelen waarvoor de school een kostenbijdrage van de persoon belast met de opvoeding van het kind mag eisen. Voor die diensten en leermiddelen mag slechts de kostprijs verlangd worden.

§ 3. In afwijking van § 1 wordt een inschrijvingsgeld geïnd voor een leerling van het kleuteronderwijs wanneer tegelijkertijd

1° geen van de personen belast met de opvoeding van de leerling Belg is;

2° de leerling niet in België woonachtig is;

3° een dergelijk inschrijvingsgeld wordt geheven in de Staat waar de leerling woonachtig is.

De Regering bepaalt het bedrag van het inschrijvingsgeld alsmede de modaliteiten voor de uitbetaling ervan. Het inschrijvingsgeld mag in geen geval 50.000 BF overschrijden.

*Afdeling 4. — Algemene richtlijnen inzake inschrijving***Art. 33.** Informatie verstrekt bij de inschrijving

Bij de eerste inschrijving van een kind op school informeert het schoolhoofd schriftelijk de personen belast met zijn opvoeding over :

1° de juridische vorm en de samenstelling van de inrichtende macht;

2° het opvoedkundig project en het schoolproject;

3° het schoolreglement en de concrete organisatie van het wekelijkse uurrooster en van een schooldag;

4° het leerlingenvervoer;

- 5° de contacten met de personen belast met de opvoeding van het kind;
- 6° de identiteit en de opdrachten van het bevoegde PMS-centrum of van de bevoegde gezondheidsdienst;
- 7° de interne en externe informatie inzake school en beroep;
- 8° desgevallend, de maatregelen genomen ten gunste van de leerlingen die krachtig moeten worden gesteund, met inbegrip van de wijze waarop met buitengewone scholen samengewerkt wordt.

*Afdeling 5.* — Keuze tussen de cursus « godsdienst » en de cursus « niet-confessionele zedenleer »

**Art. 34.** Beslissing ofwel de cursus « godsdienst » ofwel de cursus « niet-confessionele zedenleer » te volgen

Bij de inschrijving van een kind in een school van het officieel onderwijs beslissen de personen belast met zijn opvoeding of het de cursus godsdienst of niet-confessionele zedenleer zal volgen. Zij moeten een schriftelijke verklaring afgeven.

Tot de laatste schooldag van de maand september van elk schooljaar kan de keuze één keer gewijzigd worden.

*Afdeling 6.* — Rechten en plichten van de leerling en van de persoon belast met zijn opvoeding

**Art. 35.** Algemeenheden

De leerling heeft het recht en de plicht

- 1° het onderwijs te volgen en aan de schoolse manifestaties en activiteiten deel te nemen;
- 2° zich te investeren in zijn opleiding.

**Art. 36.** Rechten van de leerling

De leerling heeft het recht

- 1° over elke zaak die hem betreft, geïnformeerd te worden;
- 2° over zijn prestatieniveau van geïnformeerd te worden;
- 3° geadviseerd te worden voor vragen i.v.m. zijn schoolloopbaan;
- 4° beslissingen die hem betreffen te betwisten;
- 5° gehoord te worden voordat tuchtmaatregelen toegepast worden;
- 6° zich vrij te uiten, echter met inachtneming van de lichamelijke en zedelijke integriteit van zijn klasgenoten en van alle personeelsleden.

**Art. 37.** Verplichtingen van de leerling

De leerling heeft de verplichting mee te werken aan de realisatie van de schoolopdrachten en van het vormingsdoel; hij moet o.a.

1° handelen overeenkomstig de onderrichtingen gegeven door de personeelsleden van de school en die noodzakelijk zijn in het kader van het onderwijs of met het oog op een ordentelijk schoolleven, en zich schikken naar het schoolreglement;

- 2° zich onthouden van alles wat een ordentelijk onderwijs- en opvoedingswerk kan schaden;
- 3° de schoolse installaties en uitrustingen zorgvuldig gebruiken.

*Afdeling 7.* — Structuur van de beroepsmogelijkheden voor de leerling of de personen belast met zijn opvoeding bij niet-overgang, niet-uitreiking van een studiegetuigschrift of uitsluiting uit de school

**Art. 38.** - Oprichting, samenstelling en opdracht

§ 1. De Regering richt een raad van beroep op belast met het onderzoek van de betwisten beslissingen m.b.t. :

- 1° de uitsluiting uit de school;
- 2° de overgang;
- 3° de uitreiking van een studiegetuigschrift.

§ 2. Deze raad van beroep bestaat uit :

- 1° twee leden van de inspectie;
- 2° twee ambtenaren van het Ministerie;
- 3° een door de inrichtende macht aangewezen persoon die niet tot het personeel van de betrokken school behoort.

De leden bedoeld in het eerste lid onder 1° en 2° worden aangewezen voor een periode van vier jaar. Het lid bedoeld in het eerste lid onder 3° wordt slechts voor de betrokken zaak aangewezen.

§ 3. De raad van beroep beslist bij meerderheid van stemmen. Onthoudingen zijn niet toegelaten. Bij staking der stemmen wordt het beroep als verworpen beschouwd.

§ 4. De leden hebben recht op de terugbetaling van de reis- en verblijfkosten volgens de modaliteiten die toepasselijk zijn op de ambtenaren van rang 10.

**Art. 39.** Procedure

§ 1. De leerling of de persoon belast met zijn opvoeding die een beslissing van de klasseraad m.b.t. de overgang of de uitreiking van een studiegetuigschrift wensen te betwisten, wenden zich tot het schoolhoofd binnen de twee werkdagen na de mededeling van de beslissing. Het schoolhoofd bekrachtigt de beslissing van de klasseraad of legt de zaak om formele of inhoudelijke redenen opnieuw aan de klasseraad voor met het oog op een nieuwe beslissing. De bekrachtiging of de nieuwe beslissing vinden plaats binnen de drie werkdagen.

Indien de leerling of de persoon belast met zijn opvoeding het niet eens zijn met de bekrachtiging door het schoolhoofd of met de nieuwe beslissing van de klasseraad, hebben ze het recht deze zaak bij de raad van beroep aanhangig te maken.

Bij uitsluiting uit de school wordt de zaak ook bij de raad van beroep aanhangig gemaakt.

§ 2. Het met redenen omkleed beroep moet binnen de 10 dagen na de mededeling van de beslissing schriftelijk ingediend worden. De klager heeft de mogelijkheid om bescheiden ter beschikking van de raad van beroep te stellen die hem dienstig kunnen zijn om het geval beter te begrijpen. De bescheiden omvatten geen geschreven document m.b.t. beslissingen betreffende andere leerlingen.

§ 3. Het beroep wordt per aangetekende brief bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, Afdeling « Organisatie van het Onderwijs » ingediend dat de raad van beroep onmiddellijk bijeenroept. De klager richt tegelijkertijd een afschrift van het beroep tot het schoolhoofd. Het schoolhoofd is ertoe gemachtigd een met redenen omkleed advies of documenten ter beschikking van de raad van beroep te stellen die hem dienstig kunnen zijn om het geval beter te begrijpen.

De raad van beroep kan de school om alle dienstige documenten verzoeken. Hij kan personen oproepen en deskundigen raadplegen. De klasseraad heeft het recht om gehoord te worden.

§ 4. De raad van beroep beslist of de wettelijke en reglementaire bepalingen al dan niet nageleefd werden bij de beslissing. Hij kan uitsluiting uit de school opheffen. Hij kan beslissingen over de overgang of de uitreiking van studiegetuigschriften vernietigen; in dit geval moet de klasseraad opnieuw beslissen.

Tegen deze nieuwe beslissing mag geen beroep ingesteld worden.

§ 5. De Regering bepaalt de nadere regels inzake procedure.

#### *Afdeling 8. — Schoolreglement*

##### **Art. 40. Algemeenheden**

Op de voordracht van haar pedagogische raad stelt de inrichtende macht een schoolreglement op voor al haar scholen.

Het schoolreglement omvat o.a. bepalingen over

1° de betrekkingen tussen de personeelsleden van de school en de leerlingen en/of de personen belast met hun opvoeding;

2° de inschrijvingsprocedure;

3° de principes inzake evaluatie en uitreiking van de eindgetuigschriften;

4° de rechten en plichten van de leerling inzonderheid wat de punctualiteit en het regelmatig schoolbezoek aangaat;

5° de openingsuren van de school;

6° de werken van de leerlingen, de huiswerken en de schoolagenda;

7° de mogelijkheden om een beroep in te stellen tegen een beslissing van de klasseraad;

8° de orde- en tuchtmaatregelen en de desbetreffende procedure.

##### **Art. 41. Informatieplicht**

Het schoolreglement dient, bij de inschrijving en bij elke wijziging, door de leerling van het secundair onderwijs en de personen belast met zijn opvoeding ondertekend te worden.

#### *Afdeling 9. — Tuchtmaatregelen*

##### **Art. 42. Algemeenheden**

§ 1. De tijdelijke verwijdering uit de cursussen en de uitsluiting uit de school zijn de enige tuchtmaatregelen.

Ze worden slechts in buitengewone gevallen uitgesproken en moeten met de verweten fouten overeenkomen.

§ 2. Tuchtmaatregelen worden door de inrichtende macht of haar gevolmachtigde uitgesproken.

##### **Art. 43. Tijdelijke verwijdering**

Bij tijdelijke verwijdering wordt de leerling uitgesloten uit alle lestijden en alle andere activiteiten van zijn klas. Hij moet op school aanwezig zijn behalve als een andere overeenkomst met de persoon belast met zijn opvoeding schriftelijk wordt afgesloten.

In de loop van een leerjaar kan een leerling ten hoogste tijdens 10 schooldagen van alle lestijden tijdelijk uitgesloten worden.

##### **Art. 44. Uitsluiting uit de school**

Een uitsluiting uit de school heeft pas uitwerking op het ogenblik van de inschrijving in een andere school, echter ten laatste 15 kalenderdagen na ontvangst van de in artikel 45, 4° bedoelde aangetekende brief.

Tot op dit ogenblik wordt de leerling beschouwd als tijdelijk uitgesloten. De school zorgt voor zijn begeleiding.

##### **Art. 45. Procedure bij tijdelijke verwijdering en bij uitsluiting uit de school**

Bij een tijdelijke verwijdering voor drie schooldagen of minder moet de leerling gehoord worden.

Een tijdelijke verwijdering voor meer dan drie schooldagen of een uitsluiting uit de school kan slechts volgens een procedure gebeuren die de volgende principes in acht neemt :

1° het advies van de klassenraad moet vooraf worden ingewonnen;

2° de personen belast met de opvoeding mogen het tuchtdossier inzien;

3° de leerling wordt gehoord in aanwezigheid van de persoon belast met zijn opvoeding of, desgevallend, van zijn raadsman;

4° de beslissing wordt schriftelijk met redenen omkleed en aan de persoon belast met de opvoeding per aangetekende brief overgemaakt.

HOOFDSTUK V. — *Medebeslissing in de gewone scholen**Afdeling 1. — Algemene bepalingen***Art. 46. Doel**

De medebeslissing heeft ten doel de eigen verantwoordelijkheid en de samenwerking van alle personen te bevorderen die aan het vormings- en opvoedingswerk van de school deelnemen.

**Art. 47. Rechten en plichten**

Deze medebeslissing brengt rechten en plichten mee voor alle partijen. Dit vereist een samenwerking van iedereen die op het vertrouwen berust.

*Afdeling 2. — De pedagogische raad***Art. 48. Algemeenheden**

De inrichtende macht richt in elke school een pedagogische raad op.

In afwijking van lid 1 staat het de inrichtende macht vrij om een pedagogische raad voor meerdere scholen of meerdere pedagogische raden voor één school op te richten.

De pedagogische raad heeft een informatie- en consultatierecht voor alle pedagogische vraagstukken en aangelegenheden i.v.m. de schoolorganisatie.

**Art. 49. Samenstelling en werking**

De pedagogische raad bestaat uit het (de) schoolhoofd(en), de vertegenwoordiger van de inrichtende macht en ten minste 5 leden van het onderwijzend en opvoedend personeel.

In een school of vestiging met minder dan 5 leden van het onderwijzend en opvoedend personeel bestaat, in afwijking van lid 1, de pedagogische raad uit alle leden van het onderwijzend en opvoedend personeel.

Alle leden van de pedagogische raad zijn stemgerechtigd. Het schoolhoofd of één der schoolhoofden is voorzitter van de pedagogische raad.

De pedagogische raad kan andere personen met raadgevende stem zijn zittingen laten bijwonen.

Alle leden van de pedagogische raad, met uitzondering van het schoolhoofd en van de vertegenwoordiger van de inrichtende macht, worden tijdens de maand september voor drie jaar, bij geheime stemming, gekozen.

Alle leden van het onderwijzend en opvoedend personeel, zelfs personeelsleden die tijdelijk tot het einde van het schooljaar zijn aangesteld, zijn kiesgerechtigd en verkiesbaar.

**Art. 50. Aanwezigheidsquorum**

De pedagogische raad kan slechts geldig beraadslagen wanneer de meerderheid van zijn leden aanwezig is. De voorstellen van de pedagogische raad worden met de meerderheid aangenomen. Stemonthoudingen worden niet in aanmerking genomen. Tijdens één schooljaar komt de pedagogische raad ten minste vier keer bijeen.

**Art. 51. Opdrachten**

De pedagogische raad beraadslaagt over het vormings- en opvoedingswerk van de school en doet voorstellen, met name over

- 1° de aanschaffing van leermiddelen;
- 2° de organisatie van de wekelijkse lessentabellen;
- 3° de uitwerking en de aanpassing van het schoolproject;
- 4° het opstellen van het schoolreglement;
- 5° de vastlegging van de schoolstructuren;
- 6° de vastlegging van de onderwijsmethoden;
- 7° maatregelen tot integratie van leerlingen die krachtig moeten worden gesteund;
- 8° begeleidingsmaatregelen ten gunste van leerlingen die tijdelijk in leermoeilijkheden verkeren;
- 9° de organisatie van de vormende en normatieve evaluatie van de prestaties geleverd door de leerling;
- 10° de planning en de organisatie van de pedagogische projectactiviteiten;
- 11° de jaarlijkse planning qua vorming en voortgezette opleiding van het personeel;
- 12° de organisatie van de interne evaluatie van de school.

**Art. 52. Opstellen van proces-verbalen**

De voorstellen van de pedagogische raad worden in een register van de proces-verbalen opgetekend dat het Ministerie en de inspectie als informatie ter beschikking staat.

**Art. 53. Rol van het schoolhoofd**

Het schoolhoofd neemt de voorstellen van de pedagogische raad over. Als het schoolhoofd om personele, materiële of budgettaire redenen de voorstellen van de pedagogische raad niet overneemt, verantwoordt het zijn beslissing bij de pedagogische raad.

**Art. 54. Rechten van de inrichtende macht**

De rechten van de inrichtende macht worden door het werk van de pedagogische raad niet beperkt.

*Afdeling 3. — Leerlingen- en oudersafvaardigingen***Art. 55.** Leerlingenafvaardiging

Via gekozen leerlingenafvaardigingen werken de leerlingen mee aan het schoolleven.

Het schoolhoofd is ertoe verplicht vanaf de tweede graad van het secundair onderwijs een leerlingenafvaardiging te organiseren. De leerlingenafvaardigingen hebben een informatie- en consultatierecht.

Elk schoolproject omvat bepalingen over de wijze waarop de leerlingenafvaardiging meewerkt. Deze bepalingen worden in de pedagogische raad gezamenlijk met de leerlingenafvaardiging uitgewerkt en aan de inrichtende macht voorgelegd die de beslissing neemt.

**Art. 56.** Oudersafvaardigingen

Via gekozen oudersafvaardigingen werken de personen belast met de opvoeding van de leerlingen aan het schoolleven mee.

Elk schoolproject omvat bepalingen over de wijze waarop de oudersafvaardiging meewerkt. Deze bepalingen worden in de pedagogische raad gezamenlijk met de oudersafvaardigingen uitgewerkt en aan de inrichtende macht voorgelegd die een beslissing neemt.

*HOOFDSTUK VI. — Duur van een schooljaar, verlof- en vakantieregeling***Art. 57.** Duur van het schooljaar

De Regering bepaalt de duur van elk schooljaar. De scholen moeten van 180 tot 184 dagen openen.

**Art. 58.** Schoolvakanties

De Regering bepaalt de eerste en de laatste schooldag. Zij bepaalt de schoolvakanties, legt de bepalingen vast over de supplementaire en buitengewone verlofdagen.

Aan volgende dagen worden de lessen geschorst :

1° op de zaterdagen en zondagen;

2° op 1 november;

3° op 11 november;

4° op 15 november;

5° op 24, 25 en 26 december;

6° op 1 januari;

7° op Paasmaandag;

8° op 1 mei;

9° op Hemelvaartsdag;

10° op Pinksterenmaandag.

**Art. 59.** Schooldagen

Het onderwijs wordt van maandag tot vrijdag verstrekt.

In het basisonderwijs wordt 's woensdagsnamiddags geen les gegeven.

**Art. 60.** Wekelijks uurrooster in het lager onderwijs

In het basisonderwijs telt het wekelijkse uurrooster van de leerlingen 28 lestijden.

**Art. 61.** Wekelijks uurrooster in het secundair onderwijs

In het secundair onderwijs telt het wekelijkse uurrooster tenminste 28 lestijden.

De Regering bepaalt het maximaal aantal lestijden voor elke studierichting. Het mag in géén geval 36 lestijden overschrijden.

**Art. 62.** Vastlegging van het wekelijkse uurrooster

Na een overleg in het kader van de pedagogische raad beslist het schoolhoofd over de organisatie van het wekelijkse uurrooster.

**Art. 63.** Onderwijsvrijstelling

Op verzoek van de personen belast met de opvoeding van het kind en op advies van het schoolhoofd kan de Regering beslissen dat een leerling, in bijzondere gevallen, ervan mag vrijgesteld worden alle lestijden te volgen.

In afwijking van het eerste lid beslist echter het schoolhoofd als de afwezigheid niet langer duurt dan drie opeenvolgende schooldagen.

Een algemene vrijstelling wordt nooit toegekend voor de cursus « godsdienst » of « niet-confessionele zedenleer ».

**Art. 64.** Schooldag

De cursussen worden verstrekt tussen 8 en 17 uur. Afwijkingen zijn mogelijk in het kader van het schoolproject.

De Regering kan beperkende maatregelen vastleggen wegens de organisatie van het leerlingenvervoer.

**Art. 65.** Organisatie van de schooldag

Na een overleg in het kader van de pedagogische raad beslist het schoolhoofd over de organisatie van elke schooldag.

**Art. 66.** Middagpauze

De middagpauze duurt ten minste 60 minuten in een basisschool en tenminste 50 minuten in een secundaire school.

**Art. 67.** Wijziging van het wekelijkse uurrooster

Het wekelijkse uurrooster mag in de loop van het schooljaar om pedagogische redenen gewijzigd worden; daarbij moet op het einde van de graad het voorgeschreven totaal aantal uren per vak bereikt worden.

HOOFDSTUK VII. — *Begeleiding en evaluatie van de school**Afdeling 1. — Interne evaluatie***Art. 68.** Algemeenheden

De inrichtende macht is verantwoordelijk voor de interne evaluatie van de school. Zij belast de pedagogische raad met de organisatie ervan.

Deze evaluatie heeft ten doel :

1° te onderzoeken in hoeverre de schoolstructuren, de methoden en de resultaten van het schoolwerk aan de doeleinden van het schoolproject voldoen;

2° voorstellen uit te werken met het oog op de ontwikkeling van de school.

De evaluatie van de school in haar geheel gebeurt om de drie jaar. De Regering gaat na of deze evaluatie wel heeft plaatsgevonden.

Specifieke pedagogische thema's bepaald door de inrichtende macht of de pedagogische raad kunnen ook geëvalueerd worden.

**Art. 69.** Betrokkenheid van ouders en leerlingen

Bij de interne evaluatie wordt het advies van de ouders- en leerlingenafvaardigingen ingewonnen.

*Afdeling 2. — Externe evaluatie***Art. 70.** Algemeenheden

§ 1. De Regering richt een werkgroep op die met de externe evaluatie van de scholen en van het onderwijs belast is.

Deze evaluatie heeft ten doel :

1° te onderzoeken in hoeverre de scholen aan de eisen van het maatschappelijk project voldoen;

2° aan de Regering, de inrichtende machten en de scholen voorstellen te doen met het oog op de schoolontwikkeling;

3° na te gaan of de scholen het kader vastgelegd door de Regering naleven bij hun maatregelen m.b.t. de bijscholing en de voortgezette opleiding.

§ 2. De werkgroep stelt een bericht op dat aan de inrichtende macht overgelegd wordt. De inrichtende macht mag er een schriftelijk advies bij voegen. Het bericht en het eventueel uitgebracht advies worden aan de Regering overgemaakt.

**Art. 71.** Vertrouwelijkheid

De werkgroep neemt het vertrouwelijke karakter van de resultaten in acht.

**Art. 72.** Periodiciteit

Normaliter gebeurt de externe evaluatie om de vijf jaar. Zij kan op verzoek van de inrichtende macht gebeuren.

De Regering bepaalt de datums waarop de externe evaluatie van het hele onderwijs of van bepaalde aspecten ervan plaatsvindt.

Een bericht over de externe evaluatie van het schoolsysteem wordt de Raad voorgelegd.

**Art. 73.** Samenstelling

§ 1. De werkgroepen belast met de externe evaluatie van de scholen en van het onderwijs bestaan uit :

1° een vertegenwoordiger van het Ministerie;

2° een vertegenwoordiger van de inspectie;

3° een vertegenwoordiger van de betrokken inrichtende macht wanneer het om de evaluatie van een school gaat;

4° twee vertegenwoordigers van hogescholen en/of universiteiten.

De werkgroep kan een vertegenwoordiger uit culturele, economische en sociale kringen als bijkomend lid aanwijzen.

§ 2. Onder bepaalde door de Regering vastgelegde voorwaarden hebben de leden recht op aanwezigheidsgeld en reiskostenvergoeding.

*Afdeling 3. — Begeleiding van de scholen***Art. 74.** Begeleiding van de scholen

De Regering kan deskundigen ermee belasten de scholen of bepaalde personeelsleden te begeleiden om de kwaliteit van hun werk te garanderen. Deze begeleiding vindt op verzoek van de inrichtende macht of van het schoolhoofd in het Gemeenschapsonderwijs plaats.

HOOFDSTUK VIII. — *Inhoud van de cursussen, evaluatie van de prestaties geleverd door de leerlingen en eindgetuigschriften**Afdeling 1. — Inhoud van de cursussen***Art. 75.** Ontwikkelingsdoelen, bevoegdheden en sleutelbevoegdheden

§ 1. De kleuterafdeling streeft ontwikkelingsdoelen na.

De lagere school en de secundaire school leren de leerlingen aan vakgebonden of vakoverschrijdende bevoegdheden te verwerven.

§ 2. De sleutelbevoegdheden zijn de minimale vakbekwaamheden die door elke leerling moeten worden verworven. Ze zijn beslissend voor de uitreiking van het graad- en eindgetuigschrift.

§ 3. Behalve wat de cursussen « godsdienst » en « niet-confessionele zedenleer » betreft, worden in het lager onderwijs de sleutelbevoegdheden voor alle klassen bepaald en in het secundair onderwijs per vak of vakgebied, per graad en per onderwijsvorm.

§ 4. De Raad legt de ontwikkelingsdoelen en de sleutelbevoegdheden vast op de voordracht van de Regering.

Voor de cursus godsdienst deelt de Regering de sleutelbevoegdheden voorgesteld door de bevoegde instantie van de betrokken eredienst ter informatie aan de Raad mede.

*Afdeling 2. — Evaluatie***Art. 76.** Algemeenheden

De evaluatie maakt integrerend deel van het leren en aanleren. Ze dient ertoe het ontwikkelings- en prestatieniveau van elke leerling te bepalen.

**Art. 77.** Schriftelijke evaluatie

Het resultaat van de evaluatie wordt regelmatig opgetekend en uitgelegd.

**Art. 78.** Schoolrapport en -agenda

Het schoolrapport informeert regelmatig de leerling alsmede de persoon belast met zijn opvoeding over de evaluatie per vak of vakgebied.

De schoolagenda van de leerling kan ook verder informeren over zijn prestatieniveau.

**Art. 79.** Vormende evaluatie

Tijdens zijn hele schooltijd wordt de leerling voortdurend in alle cursussen en andere pedagogische activiteiten geëvalueerd.

De vormende evaluatie gebeurt voortdurend in alle vakken, vakgebieden en alle pedagogische projecten. Ze dient ertoe voortdurend informatie te geven over de manier waarop de leerling bevoegdheden verwerft. Zij meet de vooruitgang niet op basis van bepaalde normen maar geeft wezenlijke informatie over de persoonlijke ontwikkeling van de leerling.

**Art. 80.** Doelstellingen van de vormende evaluatie

§ 1. De vormende evaluatie streeft vormingsdoelen na en betreft de vakgebonden en vakoverschrijdende bevoegdheden.

§ 2. De vormende evaluatie leert de leerling hoe hij zijn leer- en werkmethodes kan verbeteren.

Zij geeft de leraar de mogelijkheid om de wijze waarop hij doceert te analyseren en die, desgevallend, aan te passen.

Zij geeft de klasseraad belangrijke informatie voor de uitvoering van maatregelen m.b.t. de leerlingenbegeleiding. Bovendien leert ze de klasseraad hoe een leerling efficiënt begeleid en ondersteund kan worden.

**Art. 81.** Normatieve evaluatie

De normatieve evaluatie dient ertoe de leerling, de persoon belast met zijn opvoeding en de klasseraad informatie te geven die tonen in hoeverre de leerling de beoogde of te verwerven bevoegdheden heeft bereikt. Deze evaluatie steunt op normen die identiek zijn voor alle leerlingen en hen van te voren worden medegedeeld.

**Art. 82.** Vastlegging van de vakken die in aanmerking genomen worden voor de overgang en voor de uitreiking van een graad- of eindgetuigschrift

Voor de beslissing betreffende de uitreiking van het bewijs van basisonderwijs worden de vakken « moedertaal », « eerste vreemde taal » en « wiskunde » in aanmerking genomen.

Voor de beslissing betreffende de overgang en de uitreiking van het graad- en eindgetuigschrift in het secundair onderwijs worden de vakken en vakgebieden van de basisopleiding en van de studierichting gevolgd door de leerling in aanmerking genomen.

Op de voordracht van de pedagogische raad bepaalt de inrichtende macht of het schoolhoofd welke bijkomende vakken of vakgebieden in aanmerking worden genomen bij de beslissing betreffende de overgang van de leerling en de uitreiking van de graad- en eindgetuigschriften bedoeld in de leden 1 en 2.

**Art. 83.** Schoolrapporten

Op de voordracht van de pedagogische raad bepaalt het schoolhoofd wanneer de vormende resp. normatieve evaluatie per vak of vakgebied in een schoolrapport moet worden opgetekend. De evaluatie vindt ten minste twee keer per schooljaar plaats. Het schoolrapport bevat een commentaar op de vooruitgang van de leerling.

*Afdeling 3. — De klasseraad***Art. 84.** Optrachten

De klasseraad :

1° observeert, begeleidt en adviseert regelmatig de leerlingen tijdens hun schoolloopbaan en hun persoonlijke ontwikkeling;

2° bepaalt, na grondige beraadslaging, in welke mate de sleutelbevoegdheden zijn bereikt;

3° beslist over de overgang, de oriëntatie van de leerling en de uitreiking van de graad- en eindgetuigschriften bedoeld in de afdeling 4.

**Art. 85.** Ondersteuning en oriëntatie van de leerlingen

De klasseraad zorgt ervoor dat elke leerling kennis neemt van de hulp en ondersteuning die hij nodig heeft op grond van zijn bekwaamheden en behoeften.

Als de klasseraad meent, na er met het PMS-centrum over gesproken te hebben, dat de bekwaamheden van een kind in het gewoon onderwijs niet genoeg kunnen worden bevorderd en dat het bezoek van het buitengewoon onderwijs noodzakelijk is, is het schoolhoofd ertoe gehouden de personen belast met de opvoeding van de leerling ervan schriftelijk te informeren en hen bij de oriëntatie te helpen.

**Art. 86.** Samenstelling en werking

Het schoolhoofd of zijn vertegenwoordiger, alle leden van het onderwijzend personeel en een vertegenwoordiger van het opvoedend personeel van een klas zijn stemgerechtigde leden van de betrokken klasseraad; een vertegenwoordiger van het PMS-centrum kan de zittingen van de klasseraad met raadgevende stem bijwonen.

Het voorzitterschap van de klasseraad wordt waargenomen door het schoolhoofd of zijn vertegenwoordiger. De voorzitter zorgt voor de naleving van de wettelijke en reglementaire bepalingen/voorschriften. Wanneer er beraadslaagd wordt over de uitreiking van de graad- of eindgetuigschriften is de aanwezigheid van het schoolhoofd vereist; slechts bij overmacht mag het vertegenwoordigd worden.

De leden van de klasseraad nemen de beslissingen per consensus. Indien geen consensus wordt bereikt, dan wordt er tot een stemming overgegaan waaraan de voorzitter niet deelneemt. Onthoudingen zijn verboden. Bij staking van stemmen wordt de beslissing door de voorzitter genomen.

*Afdeling 4. — Graad- en eindgetuigschriften***Art. 87.** Algemeenheden

De graad- en eindgetuigschriften bekrachtigen dat de leerling de sleutelbevoegdheden, die in het lager en secundair onderwijs als minimale bekwaamheden vereist worden, in elk vak genoeg beheerst dat voor de overgang of voor de uitreiking van een eindgetuigschrift in aanmerking worden genomen.

De beraadslaging van de klasseraad betreffende de overgang of de uitreiking van een eindgetuigschrift steunt op de vormende en normatieve evaluatie.

**Art. 88.** Bewijs van basisonderwijs

Het bezoek van het basisonderwijs wordt door een bewijs van basisonderwijs bekrachtigd.

De leerling die de sleutelbevoegdheden genoeg beheerst, verkrijgt het bewijs van basisonderwijs.

**Art. 89.** Studiebewijs

De leerling die op het einde van het basisonderwijs het bewijs van basisonderwijs niet verkrijgt, heeft recht op een schriftelijke verklaring uitgereikt door het schoolhoofd waarin de bereikte bevoegdheden en het aantal gevolgde leerjaren worden vermeld.

**Art. 90.** Examencommissie voor de uitreiking van getuigschriften buiten schoolverband

Het bewijs van basisonderwijs kan buiten schoolverband uitgereikt worden. Er wordt te dien einde een examencommissie opgericht.

**Art. 91.** Graadgetuigschrift in het secundair onderwijs

Een graadgetuigschrift wordt uitgereikt op het einde van de eerste twee graden van het secundair onderwijs.

**Art. 92.** Getuigschrift van secundair onderwijs

Het bezoek van het secundair onderwijs wordt door de uitreiking van een getuigschrift van secundair onderwijs bekrachtigd.

**Art. 93.** Examencommissie voor de uitreiking van getuigschriften buiten schoolverband

Er wordt een examencommissie opgericht die het getuigschrift van de tweede graad en het getuigschrift van secundair onderwijs kan uitreiken.

*HOOFDSTUK IX. — Optrachten van het personeel**Afdeling 1. — Beschrijving van de opdrachten***Art. 94.** Optrachten

De opdrachten van de personeelsleden omvatten de prestaties die beslist nodig zijn voor de uitoefening van hun respectievelijke functie en andere opdrachten die bijdragen tot de verwezenlijking van het schoolproject.

**Art. 95.** Vastlegging

Na er met de betrokken personeelsleden gesproken te hebben, verdeelt de inrichtende macht of het schoolhoofd op billijke wijze de opdrachten, waarvoor de personeelsleden al hun beroepsvaardigheden zullen moeten aanwenden, en legt ze schriftelijk vast.

**Art. 96. Schoolhoofd**

De opdracht van het schoolhoofd bestaat erin :

- 1° voor de pedagogische en organisatorische leiding van de school op de voordracht van de inrichtende macht te zorgen;
- 2° het maatschappelijk project, het opvoedkundig project en het schoolproject in praktijk te brengen;
- 3° het personeel van de school te leiden en te begeleiden;
- 4° de school buiten te vertegenwoordigen;
- 5° het verstrekken van het onderwijs te garanderen;
- 6° de klasseraden en andere schoolvergaderingen te voorzitten;
- 7° de cursussen te verdelen;
- 8° de wekelijkse en jaarlijkse uurroosters op te maken;
- 9° de leerlingen op de voordracht van de inrichtende macht op te nemen en uit de school uit te sluiten;
- 10° de toezichten en de vervangingen te organiseren;
- 11° na te gaan of de wettelijke en reglementaire bepalingen en het schoolreglement nageleefd worden;
- 12° met de personeelsleden, de pedagogische raad en andere representatieve verenigingen binnen de school samen te werken;
- 13° met de PMS-centra samen te werken;
- 14° de leerlingen en de personen belast met hun opvoeding te adviseren;
- 15° met de inrichtende macht samen te werken;
- 16° bijscholingen en voortgezette opleidingen te organiseren;
- 17° bijscholingen en voortgezette opleidingen persoonlijk te volgen;
- 18° taken te vervullen die tot de verwezenlijking van het schoolproject bijdragen.

**Art. 97. Onderwijzend personeel**

De opdracht van elk lid van het onderwijzend personeel bestaat hoofdzakelijk erin :

- 1° de hem toegewezen opdracht te vervullen, t.w. de lestijden en de overige pedagogische activiteiten volgens het leerplan te programmeren, voor te bereiden en te verstrekken;
- 2° zijn opvoedingsopdracht te vervullen, d.w.z. de leerling regelmatig en persoonlijk te begeleiden en zijn zin voor verantwoordelijkheid te ontwikkelen;
- 3° regelmatig deel te nemen aan de georganiseerde bijscholingen en voortgezette opleidingen;
- 4° aan de schoolvergaderingen deel te nemen
- 5° aan de personeelsvergaderingen, vergaderingen van de klasseraad en coördinatievergaderingen deel te nemen;
- 6° de toezichten en vervangingen waar te nemen;
- 7° de contacten met de ouders te organiseren en ervoor te zorgen dat zij aan de ouderavonden deelnemen;
- 8° mede te beslissen bij de interne en externe evaluatie van de school;
- 9° met de PMS-centra samen te werken;
- 10° een klas te leiden en de desbetreffende administratieve taken waar te nemen, zoals het opstellen van verslagen en schoolrapporten;
- 11° de verdeling van de leerstof te organiseren;
- 12° een leraarsagenda te houden;
- 13° de werken van de leerlingen te verbeteren en de leerlingen regelmatig te beoordelen;
- 14° taken te vervullen die tot de verwezenlijking van het schoolproject bijdragen.

**Art. 98. Opvoedend personeel**

De opdracht van elk lid van het opvoedend personeel bestaat hoofdzakelijk erin :

- 1° zijn opvoedingsopdracht te vervullen, d.w.z. de leerlingen regelmatig en persoonlijk te begeleiden en hun zin voor verantwoordelijkheid te ontwikkelen;
- 2° de toezichten en vervangingen waar te nemen; 3° administratieve taken te vervullen;
- 4° regelmatig deel te nemen aan de georganiseerde bijscholingen en voortgezette schoolopleidingen;
- 5° aan pedagogische vergaderingen deel te nemen;
- 6° aan personeelsvergaderingen, vergaderingen van de klasseraad en coördinatievergaderingen deel te nemen;
- 7° de contacten met de ouders te organiseren en ervoor te zorgen dat zij aan de ouderavonden deelnemen;
- 8° mede te beslissen bij de interne en externe evaluatie van de school en van hun eigen werk;
- 9° met de PMS-centra samen te werken;
- 10° taken te vervullen die tot de verwezenlijking van het schoolproject bijdragen.

**HOOFDSTUK X. — Bijscholing en voortgezette opleiding van het personeel****Art. 99. Doeleinden**

§ 1. Alle personeelsleden zijn ertoe gehouden regelmatig aan bijscholingen en aan de voortgezette opleiding deel te nemen.

§ 2. De bijscholing en voortgezette opleiding georganiseerd voor het onderwijzend en opvoedend personeel alsmede voor het schoolhoofd dienen ertoe :

- 1° de persoonlijke en professionele ontwikkeling te bevorderen;
- 2° de kwaliteit van de aangeboden opleidingen te garanderen;
- 3° nader kennis te maken met de maatschappelijke omgeving van de school;
- 4° de kennis van het verstrekte vak te actualiseren en uit te breiden;
- 5° de pedagogische bekwaamheden en vaardigheden te bevorderen;
- 6° nieuwe onderwijsvormen en -methodes, alsmede actuele leermiddelen te leren kennen en ze desgevallend in de praktijk te gebruiken;
- 7° de menselijke betrekkingen te verbeteren.

**Art. 100.** Conceptie

De inspectie legt een concept vast voor de voortgezette opleiding.

**Art. 101.** Organisatie en verwezenlijking van de maatregelen m.b.t. de bijscholing en de voortgezette opleiding

De Regering belast deskundigen met volgende opdrachten :

1° maatregelen m.b.t. de bijscholing en de voortgezette opleiding op de voordracht van de Regering te programmeren en te verwezenlijken;

2° maatregelen m.b.t. de bijscholing en de voortgezette opleiding op de voordracht van een inrichtende macht of van een school te programmeren en te verwezenlijken;

3° inlichtingen te verstrekken over de bijscholing en de voortgezette opleiding die door andere binnen- of buitenlandse instellingen aangeboden worden.

**Art. 102.** Opstelling van het plan van bijscholing en voortgezette opleiding

Voor elk schooljaar stelt de pedagogische raad zijn eigen plan van bijscholing en voortgezette opleiding op in overeenstemming met de inrichtende macht of haar vertegenwoordiger.

Meerdere scholen kunnen samen bijscholingsmaatregelen programmeren.

De inrichtende macht kan de personeelsleden ertoe dwingen aan een bijscholing of een voortgezette opleiding deel te nemen.

**Art. 103.** Begrotingsmiddelen

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen stelt de Regering ter beschikking van de verscheidenen inrichtende machten de middelen die noodzakelijk zijn voor de verwezenlijking van hun eigen maatregelen m.b.t. bijscholing en voortgezette opleiding. Bij de vastlegging van de middelen wordt rekening gehouden met het aantal leerlingen, het onderwijsniveau en de onderwijsvorm. De Regering legt de nadere uitvoeringsregels vast.

Meerdere inrichtende machten kunnen samen maatregelen m.b.t. de bijscholing en de voortgezette opleiding verwezenlijken.

**HOOFDSTUK XI. — Wijzigingen van het decreet van 30 juni 1997 houdende Oprichting, handhaving, sluiting en organisatie van het gewoon basisonderwijs op basis van een betrekkingenpakket en van de wet van 30 juli 1963 houdende taalregeling in het onderwijs**

**Art. 104.** Artikel 3, 12° van het decreet van 30 juni 1997 houdende oprichting, handhaving, sluiting en organisatie van het gewoon basisonderwijs op basis van een betrekkingenpakket wordt opgeheven.

**Art. 105.** Artikel 5 van hetzelfde decreet wordt door volgende bepaling vervangen :

« **Artikel 5** - In het kleuteronderwijs worden in aanmerking genomen de leerlingen die hun woonplaats in de Duitstalige Gemeenschap hebben en die tot de laatste schooldag van de maand september gedurende ten minste 10 schooldagen, ten belope van halve dagen, aanwezig waren.

In afwijking van het eerste lid kunnen ook de leerlingen in aanmerking worden genomen die hun woonplaats in het ambtsgebied van een buitenlandse entiteit hebben, indien deze evenredig bijdraagt in de personeels- en werkingskosten die de Duitstalige Gemeenschap voor deze kleuterschool moet dragen; die kostenbijdrage moet in een geschreven overeenkomst vastgelegd zijn. »

**Art. 106.** In artikel 7 van hetzelfde decreet wordt de passus « geen 8 regelmatige leerlingen » door de passus « geen 12 regelmatige leerlingen » vervangen.

**Art. 107.** § 1. In artikel 9 van hetzelfde decreet wordt de passus « van de artikels 10 tot 12 » door de passus « van de artikels 11 en 12 » vervangen.

§ 2. Artikel 10 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

**Art. 108.** In artikel 11, § 1 van hetzelfde decreet wordt de passus « Onverminderd artikel 10 » door de passus « Onverminderd artikel 6 van de wet van 30 juli 1963 houdende taalregeling in het onderwijs » vervangen.

**Art. 109.** In artikel 12, lid 2 van hetzelfde decreet wordt de passus « in de artikels 10 en 11 » door de passus « in artikel 11 » vervangen.

**Art. 110.** Artikel 19 van hetzelfde decreet wordt door volgend lid aangevuld :

« De leerlingen die krachtig moeten worden gesteund, zoals bedoeld in artikel 29 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs, en die een gewone lagere school bezoeken en wekelijks tenminste aan 14 lestijden deelnemen, worden eveneens in aanmerking genomen. »

**Art. 111.** Artikel 21 van hetzelfde decreet wordt door de volgende bepaling vervangen :

« Artikel 21 - Een vestigingsplaats lager onderwijs die ten minste 12 regelmatige leerlingen telt, verkrijgt op 1 oktober een bepaald aantal voltijdse betrekkingen, berekend als volgt :

Aantal leerlingen	Aantal voltijdse betrekkingen
12-15	1,25
16-20	1,5
21-25	2
26-30	2,25

en bijkomend 1/4 voltijdse betrekking voor elke begonnen groep van 5 leerlingen. »

**Art. 112.** - Artikel 22, 2, lid 3 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :  
« Op grond van het zo bepaald aantal leerlingen wordt het aantal cursussen als volgt vastgelegd :

tot 23 leerlingen	1 cursus
van 24 tot 44 leerlingen	2 cursussen
van 45 tot 71 leerlingen	3 cursussen
van 72 tot 94 leerlingen	4 cursussen
van 95 tot 117 leerlingen	5 cursussen
van 118 tot 140 leerlingen	6 cursussen
van 141 tot 163 leerlingen	7 cursussen
van 164 tot 186 leerlingen	8 cursussen
van 187 tot 209 leerlingen	9 cursussen
van 210 tot 231 leerlingen	10 cursussen
van 232 tot 256 leerlingen	11 cursussen

en 1 bijkomend cursus voor elke begonnen groep van 25 leerlingen. »

**Art. 113.** In artikel 22, § 3 van hetzelfde decreet wordt de passus « minder dan 26 leerlingen per graad » door « minder dan 24 leerlingen per graad » vervangen

**Art. 114.** Artikel 26 van hetzelfde decreet wordt met volgend lid aangevuld :

« In afwijking van het eerste lid, 1° verkrijgt een basisschool 1/4 voltijdse betrekking als zij ten minste 220 leerlingen telt en ten minste vier vestigingsplaatsen heeft. »

**Art. 115.** In hetzelfde decreet wordt een artikel *26bis* ingevoegd dat luidt als volgt :

« Artikel *26bis* : Een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde en een vrije gesubsidieerde basisschool die zich niet in een vestigingsplaats van een secundaire of hogeschool van éénzelfde inrichtende macht bevinden, verkrijgen naargelang de schoolbevolking volgende betrekkingen als rekenplichtig correspondent :

1° tot 49 leerlingen :	1/4 betrekking;
2° van 50 tot 149 leerlingen :	2/4 betrekking;
3° van 150 tot 249 leerlingen :	3/4 betrekking;
4° vanaf 250 leerlingen :	één voltijdse betrekking.

**Art. 116.** In hetzelfde decreet wordt een artikel *26ter* ingevoegd dat luidt als volgt :

« Artikel *26ter* : Bij de berekening van het betrekkingenpakket of van de aanvulling bij het betrekkingenpakket voor het ambt als rekenplichtig correspondent, zoals bedoeld in de artikels 25, 26 en *26bis*, worden de leerlingen die krachtig moeten worden gesteund, zoals bedoeld in artikel 29 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs, en die een gewone lagere school bezoeken en wekelijks tenminste aan 14 lestijden deelnemen, eveneens in aanmerking genomen. »

**Art. 117.** In hetzelfde decreet wordt een artikel *31bis* ingevoegd dat luidt als volgt :

« Artikel *31bis* : In afwijking van de artikels 15, 18 en 21 kan een inrichtende macht reeds op de eerste dag van het lopende schooljaar bijkomende 1/4 van betrekkingen organiseren op basis van de schoolbevolking op die dag; zij moet echter de betrekkingen op zich nemen die op grond van de nieuwe berekening op 1 oktober niet meer beschikbaar zijn. »

**Art. 118.** In hetzelfde decreet worden in artikel 38 de punten 3° en 4° ingevoegd, luidend als volgt :

3° het koninklijk besluit van 2 december 1969 tot vaststelling van de normen voor de schepping van betrekkingen van rekenplichtig correspondent en geselecteerd rekenplichtig correspondent in de inrichtingen van het Rijksonderwijs, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 15 april 1977 en door de koninklijke besluiten nr. 66 van 20 juli 1982 en 211 van 23 september 1983;

4° het besluit van de Executieve van 12 juni 1990 tot vaststelling van de normen voor de schepping van betrekkingen van rekenplichtig correspondent en geselecteerd rekenplichtig correspondent in de vrije gesubsidieerde autonome inrichtingen voor basisonderwijs, wanneer het schoolhoofd niet volledig van het houden van een klas vrijgesteld is. »

**Art. 119.** Artikel 6, lid 2 van de wet van 30 juli 1963 houdende taalregeling in het onderwijs wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Dit kleuter- of lager onderwijs mag slechts worden ingericht, als telkens ten minste 16 personen belast met de opvoeding erom vragen en die binnen een afstand van 4 kilometer geen dienovereenkomstige kleuterschool resp. lagere school vinden; de kleuterschool mag echter slechts als onderwijsniveau van een basisschool opgericht worden. »

**Art. 120.** Artikel 6, lid 4 van de wet van 30 juli 1963 houdende taalregeling in het onderwijs wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Het recht van de personen belast met de opvoeding, zoals bepaald in artikel 24 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs, moet geëerbiedigd worden. »

HOOFDSTUK XII. — *Opheffings- en wijzigingsbepalingen***Art. 121.** Opheffing

§ 1. Zijn opgeheven :

1° de artikelen 23, lid 4, 50 en 50bis van de wetten op het lager onderwijs, gecoördineerd op 20 augustus 1957;

2° de artikelen 4 en 8, leden 3 tot 6 van de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving;

3° artikel 1, § 4, 3° en § 6, en artikel 3, § 1, lid 2, §§ 2 en 3 van de wet van 29 juni 1983 betreffende de leerplicht;

4° het koninklijk besluit van 29 maart 1985 houdende vastlegging van de openingsdagen van de inrichtingen voor onderwijs met volledig leerplan;

5° het besluit van de Executieve van 4 september 1991 tot inrichting van een pedagogische commissie voor de voortgezette opleiding in het onderwijs;

6° het besluit van de Executieve van 16 juni 1993 tot vaststelling van de voorwaarden waaraan een schoolgemeenschap voor secundair onderwijs moet voldoen.

§ 2. Op een door de Regering vastgelegde datum zullen worden opgeheven :

1° de artikelen 6, 41, 42, 43 en 44 van de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving;

2° artikel 1, leden 1 en 2, en artikel 3 van de wet van 19 juli 1971 betreffende de algemene structuur en de organisatie van het secundair onderwijs;

3° artikel 5bis van de wet van 6 juli 1970 op het buitengewoon en geïntegreerd onderwijs;

4° het decreet van 18 april 1994 betreffende de inrichting van een examencommissie van de Duitstalige Gemeenschap voor het secundair onderwijs en de organisatie van de examens afgelegd voor deze examencommissie;

5° het koninklijk besluit van 15 juni 1984 betreffende het kantonnaal examen tot uitreiking van het getuigschrift van basisonderwijs;

6° het koninklijk besluit van 15 juni 1984 tot vaststelling van de vorm en van de regels voor de uitreiking van het getuigschrift van het basisonderwijs;

7° de artikelen 5, 6, 7, 8, 10, 11 en 12 van het koninklijk besluit van 11 december 1987 tot vaststelling van het organiek reglement voor de rijksonderwijsinrichtingen met volledig leerplan, waarvan de onderwijstaal het Frans of het Duits is, met uitzondering van de inrichtingen voor hoger onderwijs;

§ 3. Zijn opgeheven voor het gewoon basisonderwijs, het gewoon secundair onderwijs en het buitengewoon onderwijs :

1° het decreet van 17 juli 1995 betreffende het inschrijvings- en het schoolgeld in het onderwijs;

2° artikel 5 van het besluit van de Regering van 8 december 1993 over de vakantie- en verlofregeling in het onderwijs.

**Art. 122.** Wijziging

Artikel 1, § 1, lid 2 van de wet van 29 juni 1983 betreffende de leerplicht, gewijzigd bij het decreet van 17 oktober 1994, wordt door de volgende bepaling vervangen :

« De leerplicht is voltijds tot op het einde van het schooljaar, dat tijdens het kalenderjaar eindigt, tijdens hetwelk de minderjarige de leeftijd van vijftien jaar bereikt. Ze omvat ten minste de eerste twee leerjaren van het secundair onderwijs met volledig leerplan; in geen geval duurt ze voort na het einde van het schooljaar, dat tijdens het kalenderjaar eindigt, tijdens hetwelk de minderjarige de leeftijd van zestien jaar bereikt. »

**Art. 123.** Wijziging

Artikel 2, lid 3 van de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving wordt vervangen door de volgende bepaling :

« De inrichtende macht is een rechts- of een natuurlijke persoon die de rechtelijke verantwoordelijkheid voor de oprichting, de organisatie en het bestuur van één of meerdere scholen op zich neemt en die prestaties verleent die eigen zijn aan het beheer van een school. »

In artikel 8, lid 2 van dezelfde wet van 29 mei 1959, gewijzigd bij de wet van 20 februari 1978, wordt de eerste zin door de volgende bepaling vervangen :

« Onder cursus godsdienst verstaat men het onderwijzen van de godsdienst (katholieke, protestante, orthodoxe, Israëlitische of islamitische) en van de ervan voortvloeiende zedenleer ».

HOOFDSTUK XIII. — *Inwerkingtreding***Art. 124.** Inwerkingtreding

De bepalingen van dit decreet treden in werking op 1 september 1998, met uitzondering van artikel 38, dat op 1 mei 1999 in werking treedt, en van de artikelen 11 tot 13, 16 tot 20, 22, 33, 39 tot 45, 48 tot 56, 61, 62, 65 en 68 tot 103 die op een datum vastgelegd door de Regering in werking zullen treden.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Gegeven te Eupen op 31 augustus 1998

De Minister-President,

De Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid,  
Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme

J. MARAITE

De Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden

K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek, Monumenten en Landschappen

W. SCHRÖDER

—  
Nota

*Zitting 1997-1998*

*Bescheiden van de Raad* : 117 (1997-1998) nr. 1. — Ontwerp van decreet, 117 (1997-1998) nrs. 2-4. — Voorstellen tot wijziging, 117 (1997-1998) nr. 5. — Verslag, 117 (1997-1998) nrs. 6-7. — Voorstellen tot wijziging betreffende de tekst aangenomen door de commissie.

*Integraal verslag*. — Bespreking en aanneming, vergadering van 31 augustus 1998.